



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

N° 19

2011

STATISTISCHE ANALYSEN



Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2009

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16

56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0

Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Referat „Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen,
Forschungsdatenzentrum“ und Referat „Bildung“

Autorin: Bettina Link

Erschienen im Februar 2011

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:

http://www.statistik.rlp.de/stat_analysen/bildung/KennzahlenBildung.pdf

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Bildung ist die Grundlage für die Entwicklung und Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung sichert den Wohlstand und ist die Voraussetzung für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Es erhöht die individuellen Chancen am Arbeitsmarkt und ist zudem bestimmend für die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe. Für den Einzelnen ist die erfolgreiche Teilhabe an Bildung eng verknüpft mit den persönlichen Lebenschancen.

Insbesondere vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und des erwarteten Fachkräftemangels gewinnt die Debatte um die optimale Ausgestaltung von Bildungsprozessen an Bedeutung. Im Fokus stehen unter anderem die frühkindliche Bildung und Erziehung, die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die Qualifikation von Fachkräften für naturwissenschaftlich-technische Berufe und die Gestaltung von Formen des lebenslangen Lernens.

Die Voraussetzung für sachlich fundierte Diskussionen zur Bildung sind relevante und belastbare Informationen über das Bildungsgeschehen im Land. Hierzu soll dieser Kennzahlenband einen Beitrag leisten. Dargestellt werden Merkmale zu den wichtigsten Bildungsbereichen, beginnend mit der frühkindlichen Betreuung und Erziehung sowie der schulischen Bildung und endend mit der allgemeinen Weiterbildung. Der Betrachtungszeitraum erstreckt sich in der Regel – ausgehend vom Jahr 2009 – über zehn Jahre. Es wurden Kennzahlen gewählt, die kontinuierlich verfügbar und geeignet sind, zentrale Sachverhalte des Bildungsbereichs zu dokumentieren. Die Mehrzahl der Kennzahlen ist auf die regionale und nationale Bildungsberichterstattung abgestimmt.

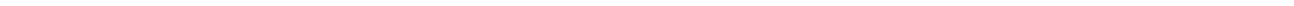
Die Grafiken und beschreibenden Texte werden um Erläuterungen zu den verwendeten Begriffen sowie einen Tabellenanhang und ein Glossar mit der Erläuterung zentraler Begriffe ergänzt. Der Kennzahlenband basiert hauptsächlich auf Daten der amtlichen Statistik, der Kinder- und Jugendhilfe-, der Schul-, der Berufsbildungs- und der Hochschulstatistik, dem Mikrozensus sowie auf Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Bad Ems, im Februar 2011

A handwritten signature in blue ink that reads "Jörg Berres". The signature is stylized and fluid.

(Jörg Berres)

Präsident des Statistischen Landesamtes



Vorwort	3
Hinweise	6
Verzeichnisse	7
Grundinformationen.....	11
Vorschulische Bildung und Betreuung	20
Allgemeinbildende Schulen	23
Das Berufsbildungssystem	39
Berufsbildende Schulen	41
Duale Berufsausbildung	45
Hochschulen	55
Ausbildungsförderung	75
Weiterbildung	79
Tabellenanhang	83
Glossar.....	107

Zeichenerklärung, Datenquellen und sonstige Hinweise

Zeichenerklärung	x	Nachweis nicht sinnvoll
	.	Zahl unbekannt oder geheim
	-	nichts vorhanden
	...	Zahl fällt später an

Sonstige Hinweise

Vor allem aus Platzgründen wurde in den Grafiken und Tabellen auf geschlechtsspezifische Bezeichnungen von Personengruppen verzichtet.

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „15 bis unter 65 Jahre“ die Darstellungsform „15–65 Jahre“ verwendet.

Grafiken

G 1	Bevölkerung 2000–2030 nach Altersjahren	11
G 2	Bevölkerung 2000–2030 nach Altersgruppen	12
G 3	Bevölkerung 2009 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund	13
G 4	Bevölkerung im Alter von 25 Jahren und älter 2009 nach Bildungsstand und Geschlecht	14
G 5	Bevölkerung 2009 nach Bildungsstand, ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht	14
G 6	Beschäftigungsquoten der 25- bis unter 65-Jährigen 2009 nach Bildungsstand und Geschlecht	15
G 7	Bildungsbeteiligungquoten 2008 nach Altersgruppen	16
G 8	Bildungspersonal 2007/08 nach Bildungsbereichen und Funktionen	17
G 9	Struktur des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals 2009 nach Bildungsbereichen.....	18
G 10	Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) 1999–2009 nach Bildungsbereichen.....	19
G 11	Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung 2006–2009 nach Altersgruppen	20
G 12	Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung 2009 nach Migrationshintergrund und Altersgruppen.....	21
G 13	Unter 6-Jährige in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2006 und 2009 nach vertraglich vereinbarten täglichen Betreuungszeiten und Altersgruppen	22
G 14	Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 1999/2000–2009/2010 nach Schulstufen	23
G 15	Schulanfängerinnen und -anfänger an Grundschulen 1999–2009 nach Einschulungsart	24
G 16	Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen in den Schuljahren 1999/2000 und 2009/2010	26
G 17	Schülerinnen und Schüler der achten Klassenstufe an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 1999/2000–2009/2010 nach ausgewählten Schularten.....	27
G 18	Schülerinnen und Schüler der achten Klassenstufe allgemeinbildender Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Schularten und Migrationshintergrund.....	28
G 19	Die häufigsten Leistungsfächer in der Jahrgangsstufe 11 der Mainzer Studienstufe in den Schuljahren 1999/2000 und 2009/2010 nach Geschlecht.....	29
G 20	Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen 2009/10 nach den zehn häufigsten nichtdeutschen Staatsangehörigkeiten und Familiensprachen	30
G 21	Schülerinnen und Schüler mit Förderschwerpunkt und deren Anteil an Regelschulen 2009/10 nach Förderschwerpunkten.....	31
G 22	Ganztagsschülerinnen und -schüler in den Schuljahren 2005/06–2009/10 nach Angebotsart	32
G 23	Nichtversetztenquote in den Schuljahren 1998/99–2008/09 nach ausgewählten Schularten	34

Verzeichnisse

G 24	Schulentlassene allgemeinbildender Schulen 1999–2009 nach Abschlussart	35
G 25	Schulentlassene allgemeinbildender Schulen 2009 nach Abschlussart, Geschlecht und Migrationshintergrund	36
G 26	Schüler-Lehrer-Relation in den Schuljahren 1999/2000 und 2009/2010 nach Schularten	37
G 27	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler im Haushaltsjahr 2007 nach ausgewählten Schularten	38
G 28	Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen in den Schuljahren 1999/2000 und 2009/2010 nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems, Geschlecht und Staatsangehörigkeit	39
G 29	Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen in den Schuljahren 1999/2000–2009/2010 nach Schulformen	41
G 30	An berufsbildenden Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse 1999 und 2009	42
G 31	Altersstruktur der hauptamtlichen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Geschlecht	43
G 32	Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2009/10 nach Bildungsgängen	44
G 33	Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 1999–2009	45
G 34	Ausbildungsquoten 2008 und 2009 nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten	46
G 35	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 1995–2009 nach Berufsbereichen	47
G 36	Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2009 nach Ausbildungsbereichen und Vorbildung	48
G 37	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach Ausbildungsbereichen und Staatsangehörigkeit ...	50
G 38	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht	51
G 39	Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in den 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2009 nach Geschlecht	52
G 40	Vertragslösungsquoten 2009 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht	53
G 41	Bestandene Abschlussprüfungen 2009 nach Ausbildungsbereichen	54
G 42	Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz 2010	55
G 43	Eckdaten zur Entwicklung der rheinland-pfälzischen Hochschulen 1999–2009	56
G 44	Studienberechtigtenquote 1999–2009	57
G 45	Studienanfängerquote am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz 1999–2008	58
G 46	Fachstudienanfänger, Studierende und Absolventen 2009 nach angestrebtem Abschluss	59
G 47	MINT-Anteile bei Studienanfängerinnen und -anfängern, Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen 1999–2009	60

G 48	Studierende in MINT-Fächern im Wintersemester 2009/10 nach Studienbereichen und Geschlecht.....	61
G 49	Studierende in den am stärksten besetzten Studienfächern im Wintersemester 2009/10 nach Geschlecht	62
G 50	Studierende in Rheinland-Pfalz im Wintersemester 2009/10 nach Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung	63
G 51	Rheinland-pfälzischer Studierendenwanderungssaldo mit anderen Bundesländern im Wintersemester 2009/10	64
G 52	Bildungsausländer im Wintersemester 2009/10 nach den zehn häufigsten Herkunftsländern	65
G 53	Frauen an Hochschulen 1999 und 2009 nach ausgewählten Kennzahlen.....	67
G 54	Erstabsolventenquote 1999–2008	69
G 55	Mittlere Fachstudiendauer (Median) bei Erstabschluss 1999 und 2009 nach Fächergruppen	70
G 56	Betreuungsrelationen 1999 und 2009 nach Fächergruppen	71
G 57	Einnahmen der Hochschulen 1998–2008 nach Einnahmearten	73
G 58	Laufende Ausgaben der staatlichen Hochschulen 2008 nach Fächergruppen	74
G 59	Geförderte nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 1999–2009 nach Geschlecht	75
G 60	Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2009 nach Förderungsarten	76
G 61	Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 1999–2009.....	77
G 62	Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 2009 nach Ausbildungsstätten	78
G 63	Weiterbildungsveranstaltungen, -teilnehmer und -stunden 2009 nach Landesorganisationen.....	79
G 64	Teilnehmende an Weiterbildungsmaßnahmen 2009 nach Themenbereichen und Geschlecht	80

Tabelle

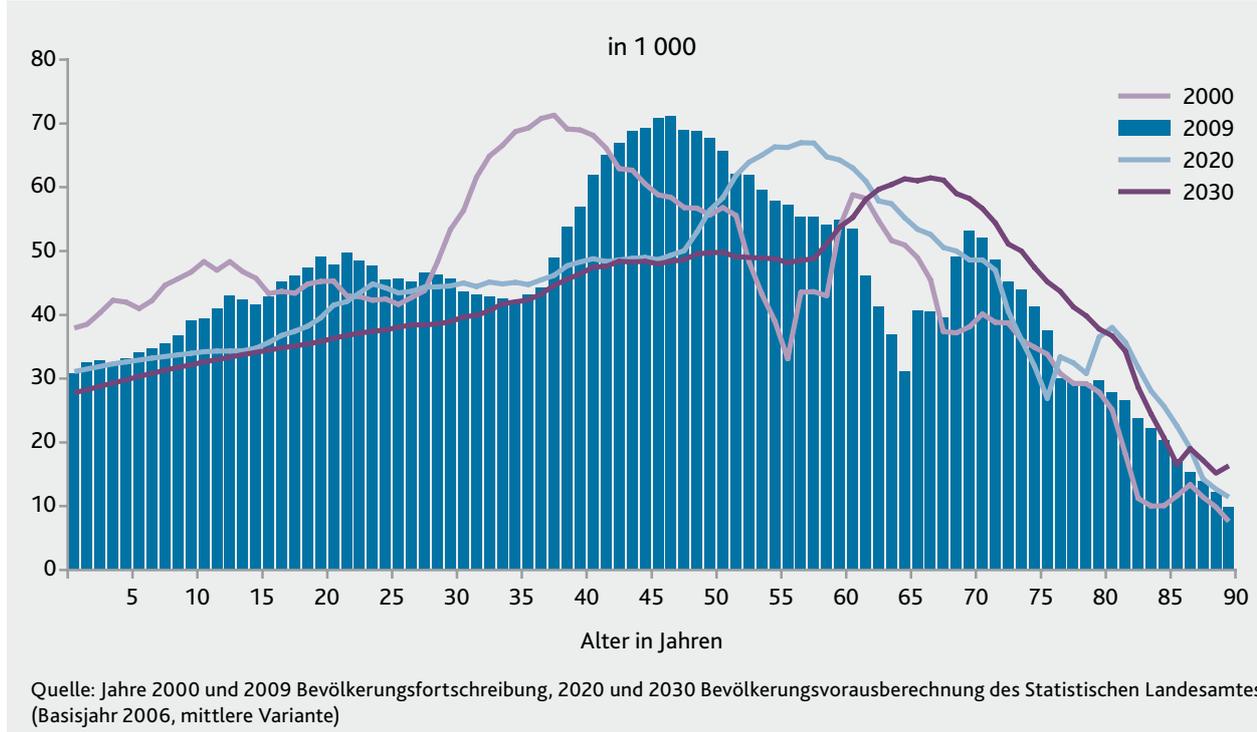
T 1	Schulanfängerinnen und -anfänger an Grundschulen 2009 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund	25
-----	--	----

Übersicht

Ü 1	Bildungswege in Rheinland-Pfalz	81
-----	---------------------------------------	----



G 1 Bevölkerung 2000–2030 nach Altersjahren



Bevölkerungszahl sinkt in den nächsten Jahren vor allem in den jüngeren Altersgruppen

Die rheinland-pfälzische Bevölkerungszahl wird in den nächsten Jahren merklich sinken. Im Jahr 2030 werden nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung voraussichtlich knapp sechs Prozent weniger Menschen im Land leben als heute. Der Bevölkerungsrückgang wird begleitet durch starke Altersstrukturverschiebungen. Dies hat auch Auswirkungen auf den zukünftigen Bedarf an Bildungsangeboten.

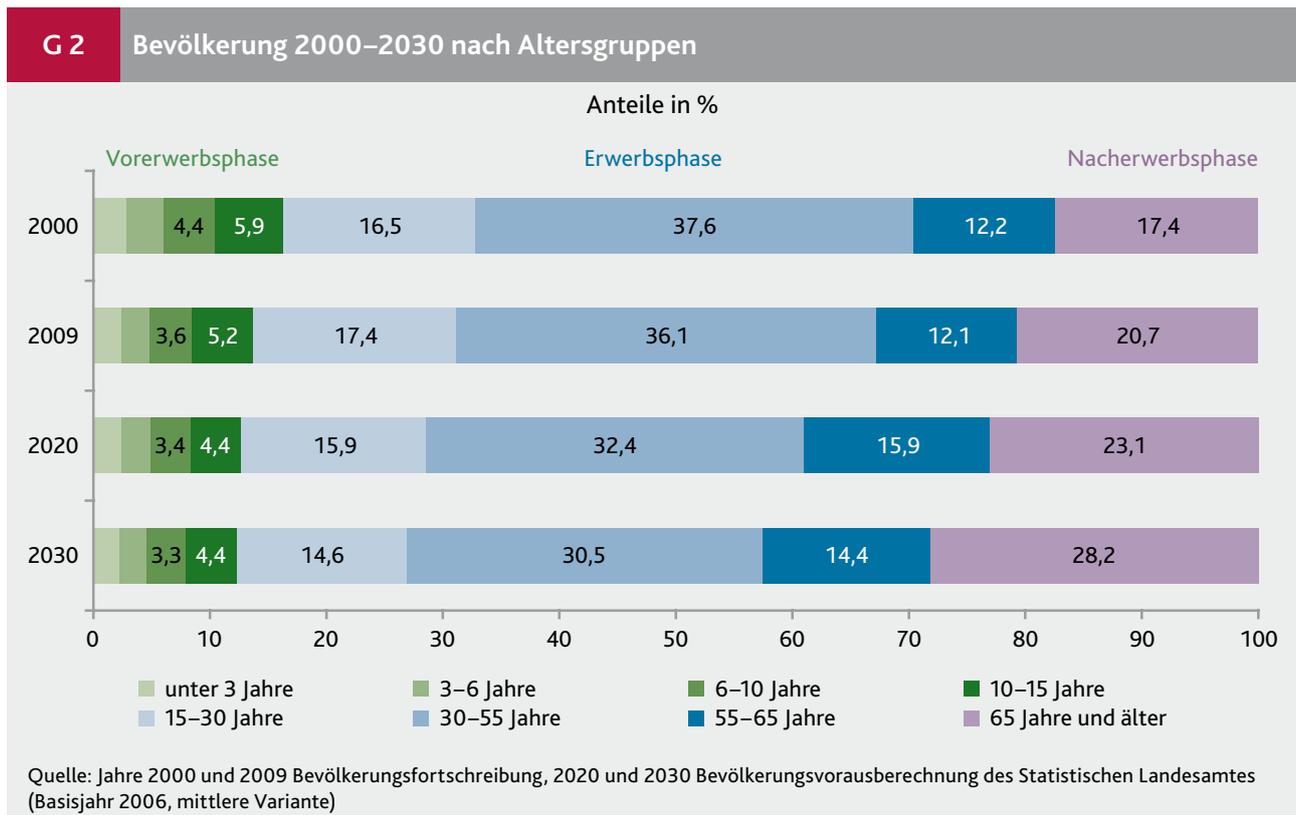
So wird die Zahl der Bevölkerung im klassischen Kindergartenalter (3 bis 6 Jahre) in den nächsten 20 Jahren um zehn Prozent sinken. Die Zahl der Kinder im Grundschulalter (6 bis 10 Jahre) wird im gleichen Zeitraum um 14 Prozent zurückgehen. Bei der Altersgruppe der 10- bis 16-Jährigen – der potenziellen Schülerschaft für die Sekundarstufe I – ist mit einem Rückgang um 20 Prozent zu rechnen. Für die Zahl der 16- bis 20-Jährigen (Potenzial für die Sekundarstufe II bzw. für Ausbildungsplätze) könnte sich das Minus sogar auf 25 Prozent belaufen.

Gerade bei den jüngeren Altersgruppen stehen die Verantwortlichen vor der Herausforderung, die vorschulische und schulische Versorgung – trotz sinkender Teilnehmerzahlen – wohnortnah aufrecht zu erhalten. Dies schließt auch die Verfügbarkeit der verschiedenen Schularten und Bildungswege in bevölkerungsärmeren Regionen mit ein.

Erläuterung

Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes

Die dargestellten Werte basieren auf der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes. Der Modellrechnung liegen folgende Annahmen – bezogen auf Rheinland-Pfalz – zugrunde: Die Geburtenrate bleibt über den Vorausberechnungszeitraum konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Die Lebenserwartung nimmt bis zum Jahr 2050 sowohl bei Frauen als auch bei Männern um etwa sieben Jahre zu. Der Wanderungssaldo beläuft sich über den gesamten Zeitraum auf +5 000 Personen im Jahr.

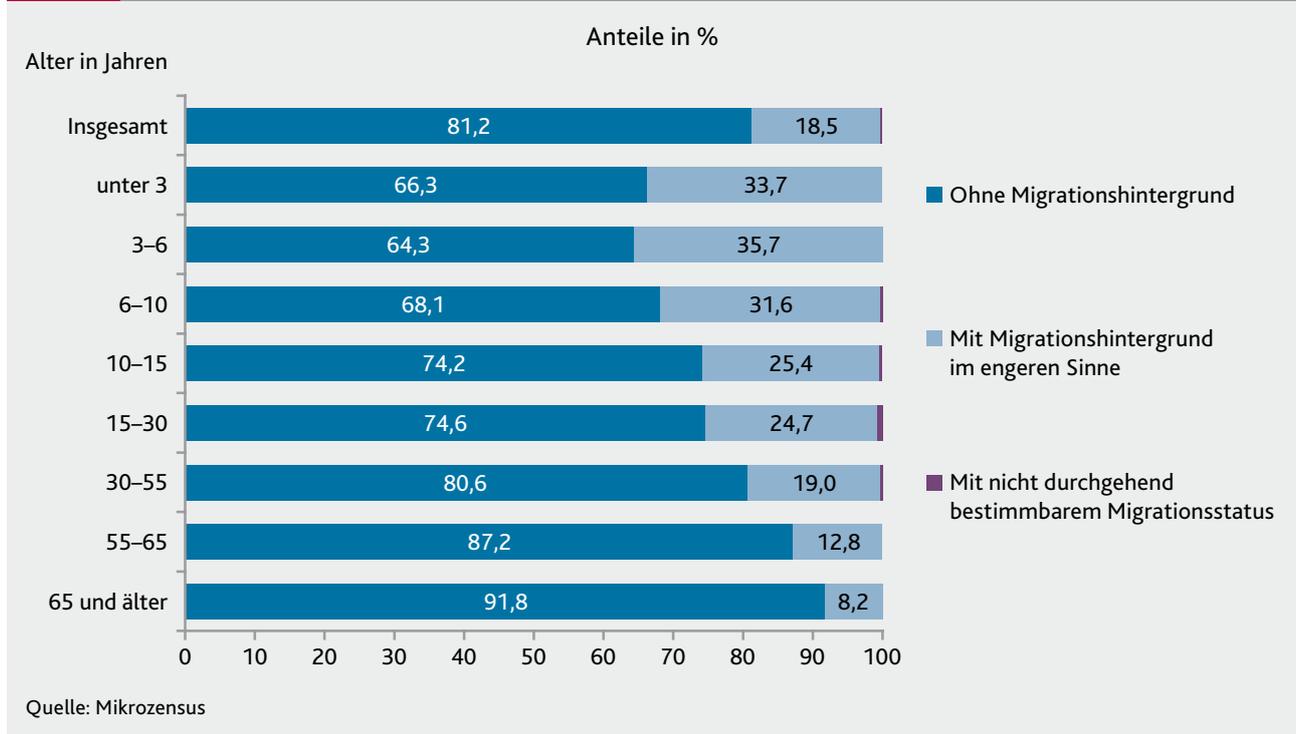


Entwicklung der Altersstruktur stellt Bildungswesen vor Herausforderungen

Die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung hat auch Auswirkungen auf den Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, also den Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung. Diese Bevölkerungsgruppe wird in den nächsten 20 Jahren um 14 Prozent schrumpfen und nur noch einen Anteil von 59 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen (2009: 66 Prozent). Dementsprechend wächst der Anteil der Bevölkerungsgruppen in der Vor- und Nacherwerbsphase auf zusammen 41 Prozent.

Hieraus lassen sich im Hinblick auf das Bildungswesen zwei Herausforderungen ableiten. Zum einen muss vor dem Hintergrund des fortschreitenden Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ein möglichst hohes Qualifikationsniveau dieser Bevölkerungsgruppe erreicht werden. Das bedeutet auch, dass möglichst viele Personen, die sich momentan noch in der schulischen und beruflichen Ausbildung befinden, in die Lage versetzt werden müssen, erfolgreich am Erwerbsleben teilzunehmen. Zum anderen steigt der Bedarf an Angeboten der Weiter- und Fortbildung. Vor dem Hintergrund einer längeren Erwerbsphase wird es für die Beschäftigten wichtiger, das eigene Wissen auch nach der Erstausbildungsphase zu erhalten und zu ergänzen. Nur so kann die Beschäftigungsfähigkeit trotz wirtschaftlicher, technologischer und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse auch im höheren Alter erhalten werden.

G 3 Bevölkerung 2009 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund



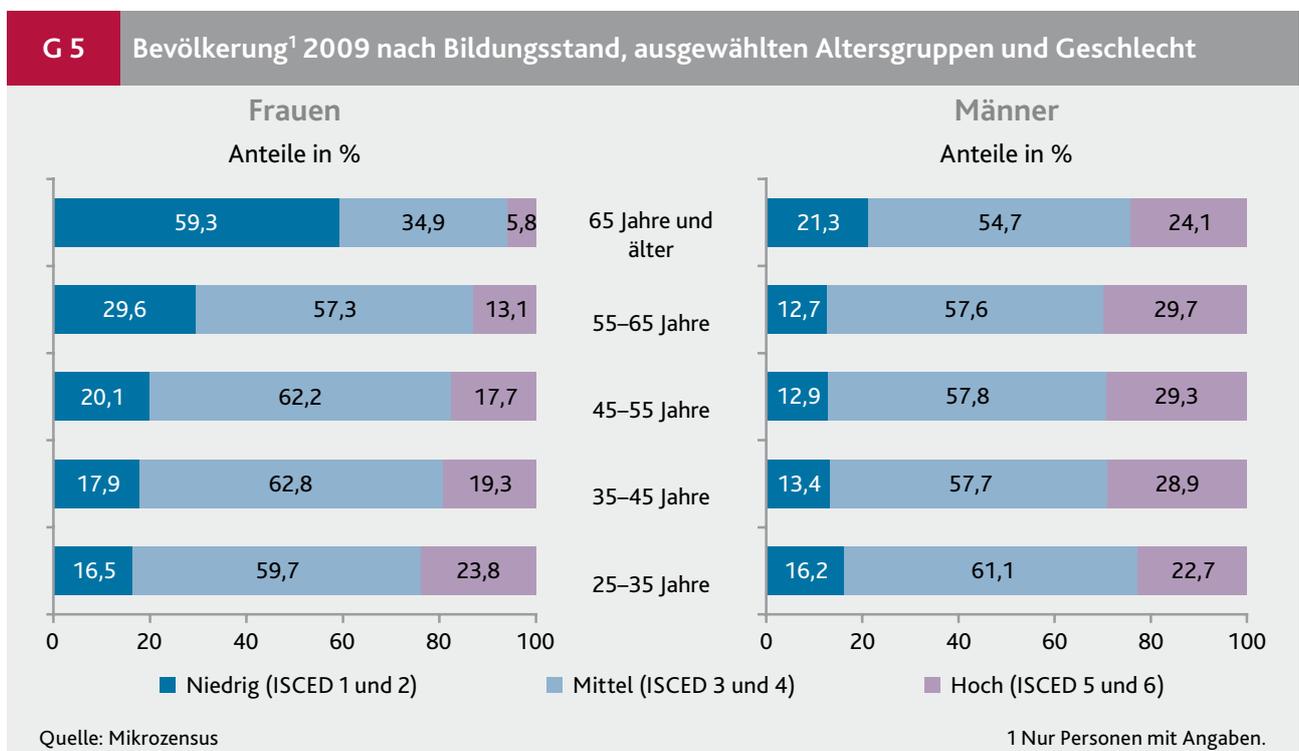
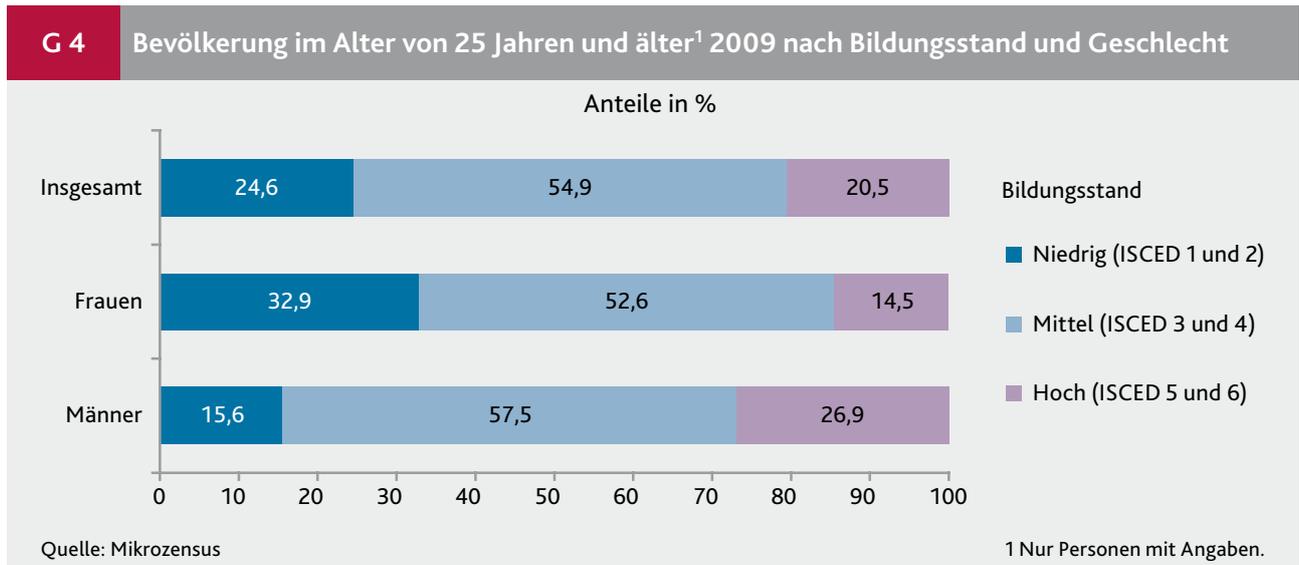
Höchster Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den jüngsten Altersgruppen

Die Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheidet sich von jener der Gesamtbevölkerung. Von den unter 15-Jährigen, also der Altersgruppe, die die schulischen und vorschulischen Bildungsangebote vorrangig nutzt, hatten im Jahr 2009 mehr als 30 Prozent einen Migrationshintergrund. Die Anteile reichten von 25 Prozent bei den 10- bis 15-Jährigen bis zu 36 Prozent bei den 3- bis 6-Jährigen.

Erläuterungen

Migrationshintergrund im Mikrozensus
 Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen im Mikrozensus alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Diese weite Abgrenzung der Migration berücksichtigt neben der Staatsangehörigkeit auch die individuelle (1. Generation) und familiäre Migrationserfahrung (2. Generation) einer Person.

Mikrozensus
 Der Mikrozensus ist die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa. Befragt wird ein Prozent der Bevölkerung. Grundlage für diese Erhebung ist das Mikrozensusgesetz 2005 und die EU-Verordnung zur EU-Arbeitskräfteerhebung. In Deutschland liefert der Mikrozensus bereits seit 1957 (in den neuen Ländern seit 1991) statistische Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, Aus- und Weiterbildung, Gesundheit und Wohnsituation sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte.

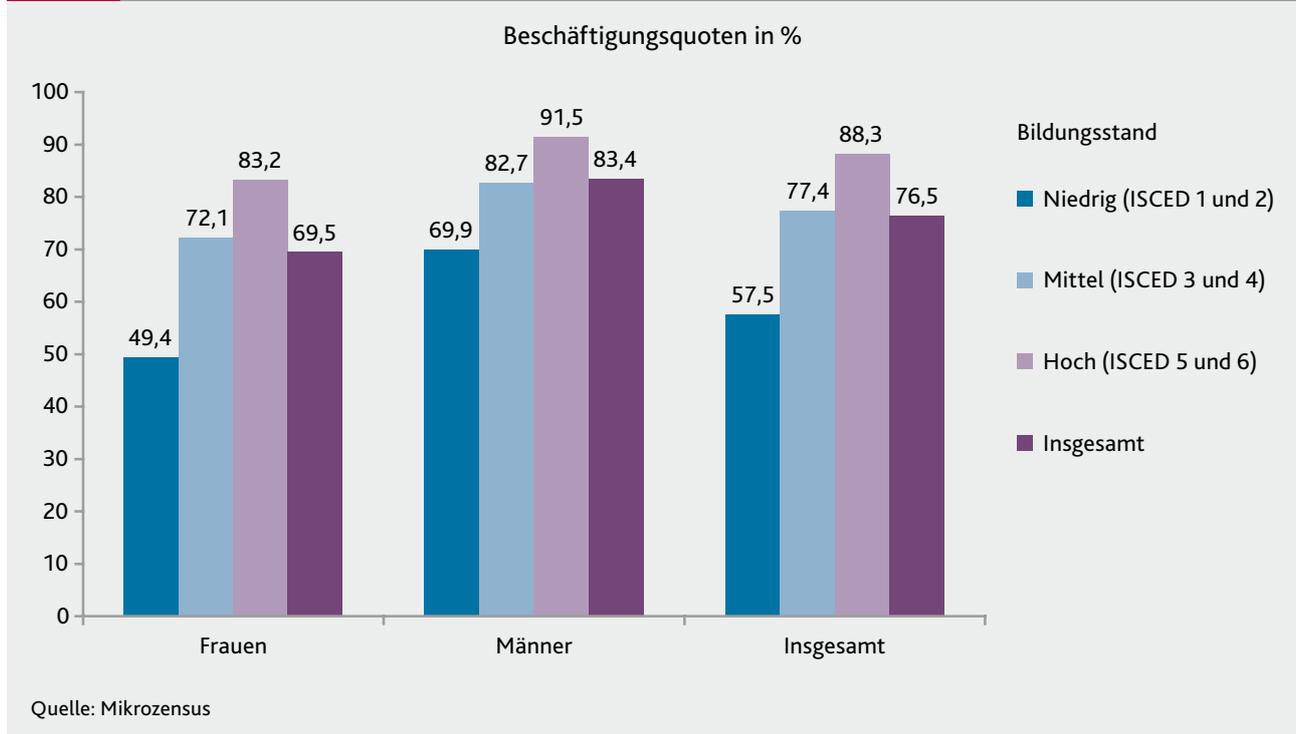


Höchste erreichte Bildungsabschlüsse von Frauen und Männern gleichen sich an

Im Jahr 2009 verfügten 55 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung im Alter von 25 Jahren und mehr über einen mittleren Bildungsabschluss, zum Beispiel über einen Berufsabschluss oder über die Hochschulreife. Weitere 25 Prozent hatten weder eine Berufsausbildung noch die Oberstufe abgeschlossen und erreichten nur ein niedriges Bildungsniveau. Demgegenüber waren 20 Prozent der Bevölkerung hochqualifiziert. Sie hatten einen Bildungsgang im Tertiärbereich abgeschlossen, beispielsweise ein Studium oder eine Meisterausbildung.

Deutliche Unterschiede zeigten sich im Bildungsniveau von Männern und Frauen. So hatten 27 Prozent der Männer, aber nur 14 Prozent der Frauen einen hohen Bildungsabschluss. Allerdings gleicht sich der Bildungsstand der Geschlechter in den jüngeren Jahrgängen nahezu an. In der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen war der Anteil der Hochqualifizierten bei den Frauen sogar etwas größer als bei den Männern.

G 6 Beschäftigungsquoten der 25- bis unter 65-jährigen 2009 nach Bildungsstand und Geschlecht



Höherer Bildungsabschluss verbessert Beschäftigungschancen

Der individuelle Bildungsabschluss hat einen entscheidenden Einfluss auf die Beschäftigungschancen. In Rheinland-Pfalz waren 2009 insgesamt 77 Prozent der 25- bis 65-jährigen Bevölkerung erwerbstätig. Die Beschäftigungsquote der Geringqualifizierten fiel mit 58 Prozent deutlich niedriger aus. Personen mit mittlerem Qualifikationsniveau waren demgegenüber zu 77 Prozent erwerbstätig, Hochqualifizierte sogar zu 88 Prozent. Höhere Beschäftigungsquoten für Mittel- und Hochqualifizierte zeigten sich – trotz der generell etwas niedrigeren Beschäftigungsquoten der Frauen – bei beiden Geschlechtern.

Erläuterungen

ISCED-Klassifikation

Die ISCED-Klassifikation (International Standard Classification of Education) ist eine internationale Standardklassifikation des Bildungswesens. In den dargestellten Daten wird unterschieden zwischen:

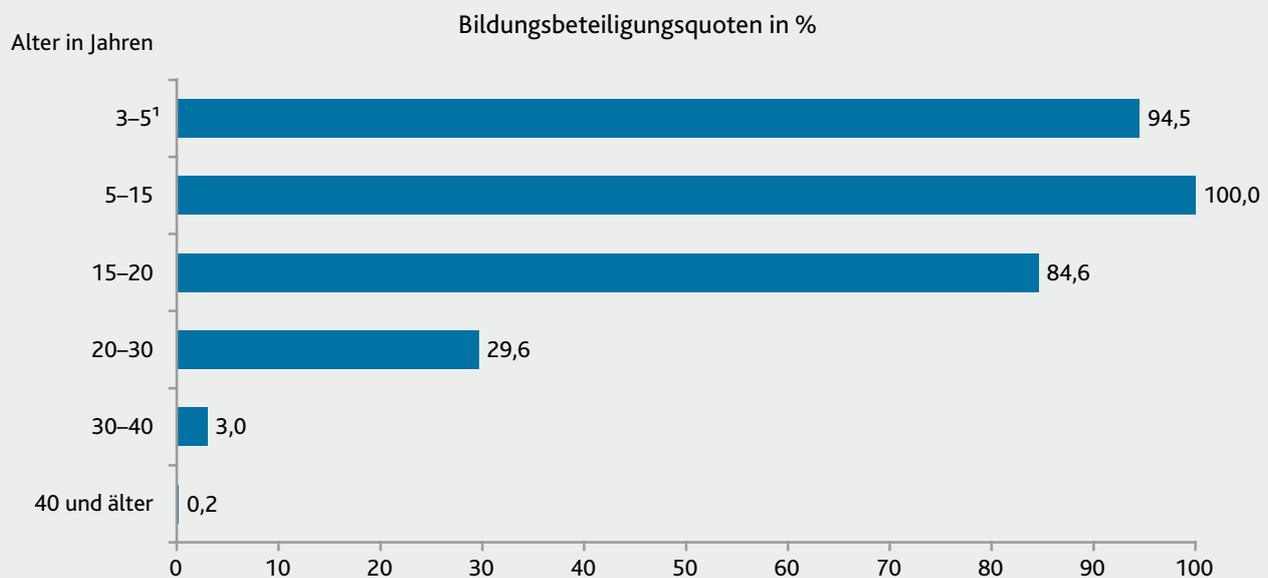
- niedrigem Bildungsstand: ISCED 1–2, maximal Abschluss des Sekundarbereichs I,
- mittlerem Bildungsstand: ISCED 3–4, Berufsausbildung und schulische Bildungsgänge die zur Studienberechtigung führen und
- hohem Bildungsstand: ISCED 5–6, (Fach-)Hochschulbildung, Promotion.

Ausgewertet wurde der jeweils höchste erreichte Bildungsabschluss.

Beschäftigte, Beschäftigtenquote

Beschäftigte sind gemäß der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation ILO diejenigen Personen im Alter von 15 Jahren und älter, die während der untersuchten Bezugswoche der Arbeitskräfteerhebung mindestens eine Stunde für ein Gehalt (Arbeitnehmer) oder für einen Gewinn (Selbstständige und unentgeltlich mithelfende Familienangehörige) arbeiten oder einen Arbeitsplatz haben, aber vorübergehend nicht zur Arbeit gehen (beispielsweise aufgrund von Krankheit oder Urlaub) und eine formelle Bindung an ihren Arbeitsplatz haben. Die Beschäftigungsquote stellt den Anteil der Beschäftigten an der Gesamtzahl der Bevölkerung gleichen Alters dar (Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Bildungsindikatoren im Ländervergleich. 2010 Wiesbaden, S.80).

G 7 Bildungsbeteiligungsquoten 2008 nach Altersgruppen



¹ Anteil der 3- bis unter 5-Jährigen in Kindertageseinrichtungen an allen 3- bis unter 5-Jährigen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Bildungsindikatoren im Ländervergleich. 2010 Wiesbaden, S.43., Kinder- und Jugendhilfestatistik

Bildungsbeteiligung der 20- bis 30-Jährigen höher als im Bundesdurchschnitt

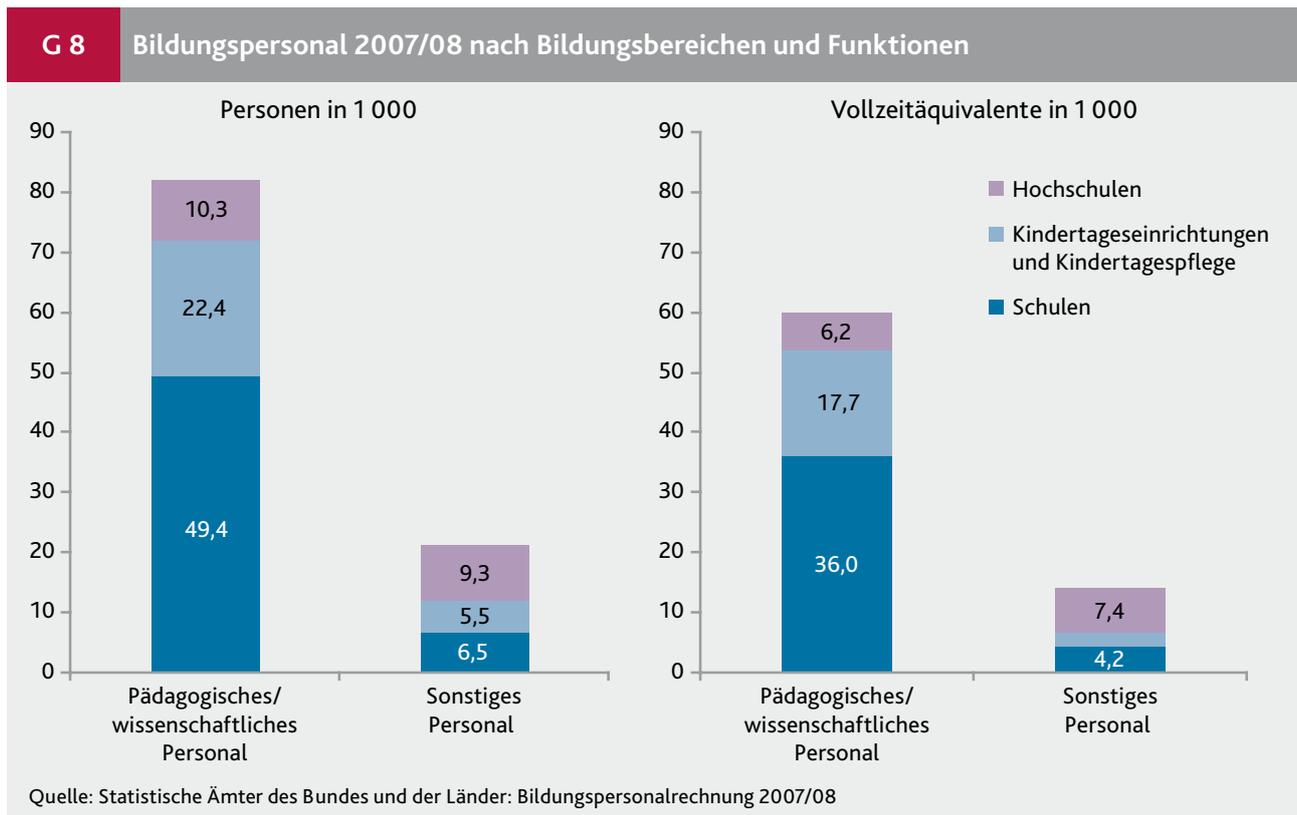
Die Bildungsbeteiligungsquote gibt Auskunft darüber, wie viel Prozent einer Altersgruppe die verschiedenen institutionellen Bildungsangebote nutzen. Die Bildungsbeteiligungsquote war im Jahr 2008 in der Altersgruppe der 5- bis 15-Jährigen am höchsten. Das ist mit Ausnahme der 5-Jährigen auf die allgemeine Schulpflicht zurückzuführen. Bei den 5-Jährigen wirkte sich dagegen, wie auch in der Altersgruppe der 3- bis 5-Jährigen, die starke Inanspruchnahme vorschulischer Betreuungseinrichtungen aus. Bei den 20- bis 30-Jährigen lag die Beteiligungsquote mit 30 Prozent leicht über dem Bundesdurchschnitt (29 Prozent). Diese für ein Flächenland relativ hohe Quote geht auch auf die Zuwanderung von Studienberechtigten anderer Länder an die rheinland-pfälzischen Hochschulen zurück.

In Rheinland-Pfalz verbrachten neun von zehn Personen durchschnittlich 14 Jahre in Bildungseinrichtungen. Die Altersspanne, in der sich durchschnittlich 90 Prozent der Bevölkerung in Bildungseinrichtungen befanden, reichte von drei bis einschließlich 16 Jahre.

Erläuterung

Bildungsbeteiligung

Für die Berechnung der Bildungsbeteiligungsquote wird die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer einer Altersgruppe ins Verhältnis gesetzt zur Gesamtzahl der entsprechenden Altersgruppe in der Bevölkerung. Die Lernenden werden am Ort der Bildungseinrichtung gezählt. Länder, die beispielsweise Studierende aus anderen Ländern anziehen, besitzen somit tendenziell eine höhere Bildungsbeteiligung als Länder, die Lernende „exportieren“.



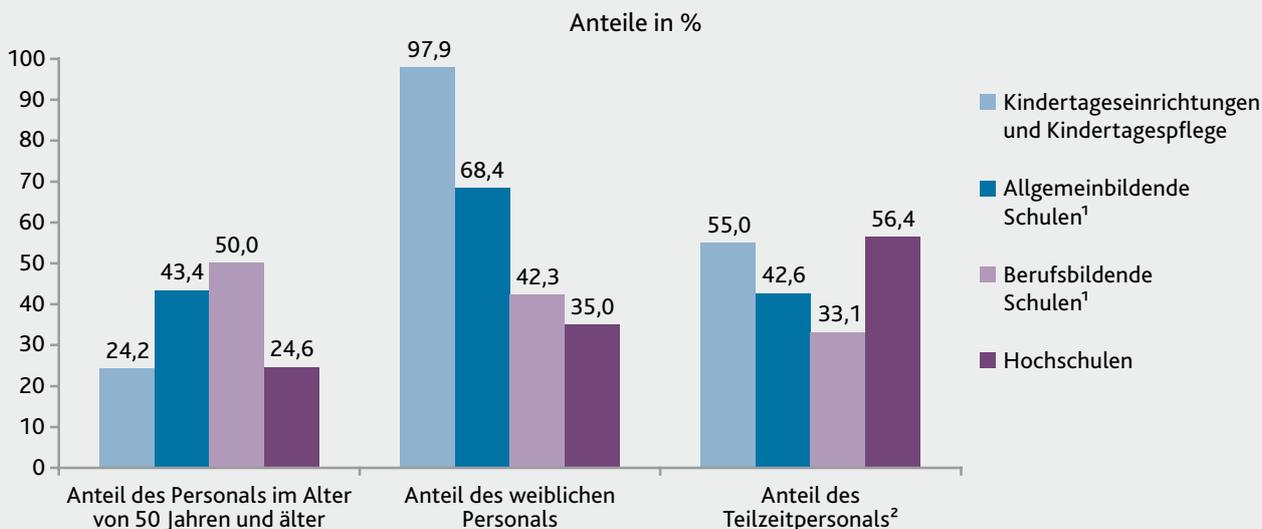
82 000 Personen im Bildungssektor pädagogisch bzw. wissenschaftlich tätig

Im Jahr 2008 waren knapp 103 400 Personen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege, in Schulen (einschließlich Schulen des Gesundheitswesens) sowie in Hochschulen und Hochschulkliniken beschäftigt.

Nicht alle Beschäftigten dieser Bildungseinrichtungen waren wissenschaftlich oder pädagogisch tätig. Gut ein Fünftel zählte zum sogenannten sonstigen Personal (21 300). Beschäftigte dieser Gruppe gehören beispielsweise zur Verwaltung oder zum technischen Personal. Im Hochschulbereich wird auch das Pflegepersonal der Hochschulkliniken zu dieser Personalgruppe gezählt. Den höchsten Anteil an sonstigem Personal hatten die Hochschulen mit 47 Prozent, den geringsten die Schulen mit zwölf Prozent.

Die meisten der 82 100 pädagogisch beziehungsweise wissenschaftlich beschäftigten Personen arbeiteten im Schulbereich (60 Prozent). Mehr als ein Viertel war in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (27 Prozent) und etwa ein Achtel an Hochschulen (13 Prozent) tätig. Der Beschäftigungsumfang der in Teil- und Vollzeit beschäftigten pädagogischen und wissenschaftlichen Kräfte entsprach 59 900 Vollzeitstellen.

G 9 Struktur des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals 2009¹ nach Bildungsbereichen



¹ Ausschließlich hauptamtliche/-berufliche Lehrkräfte. – ² Ohne Personal in der Kindertagespflege.

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik, Statistik der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen, Hochschulpersonalstatistik

Frauenanteil in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege am höchsten

In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird ein erheblicher Teil des pädagogischen Personals altersbedingt aus dem Dienst scheiden. In den berufsbildenden Schulen lag der Anteil der Beschäftigten im Alter von 50 Jahren und mehr im Jahr 2009 bei 50 Prozent, in den allgemeinbildenden Schulen waren es 43 Prozent. Eine günstigere Altersstruktur wiesen Hochschulen und Kindertageseinrichtungen auf. Hier waren lediglich 25 Prozent bzw. 24 Prozent des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals 50 Jahre und älter. Insbesondere an Hochschulen variierte die Altersstruktur der Beschäftigten sehr stark zwischen den verschiedenen Personalgruppen.

Die Mehrheit der pädagogischen und wissenschaftlichen Beschäftigten waren Frauen. Der Frauenanteil lag mit 98 Prozent in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege am höchsten. Am geringsten war er mit 35 Prozent im Hochschulbereich. Generell ist festzustellen, dass der Frauenanteil mit steigendem Alter der Bildungsteilnehmer sinkt.

Etwa die Hälfte der pädagogischen und wissenschaftlichen Beschäftigten arbeitete in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen. Am höchsten war der Teilzeitanteil an Hochschulen (56 Prozent) und in Kindertageseinrichtungen (55 Prozent), am geringsten an berufsbildenden Schulen (33 Prozent).

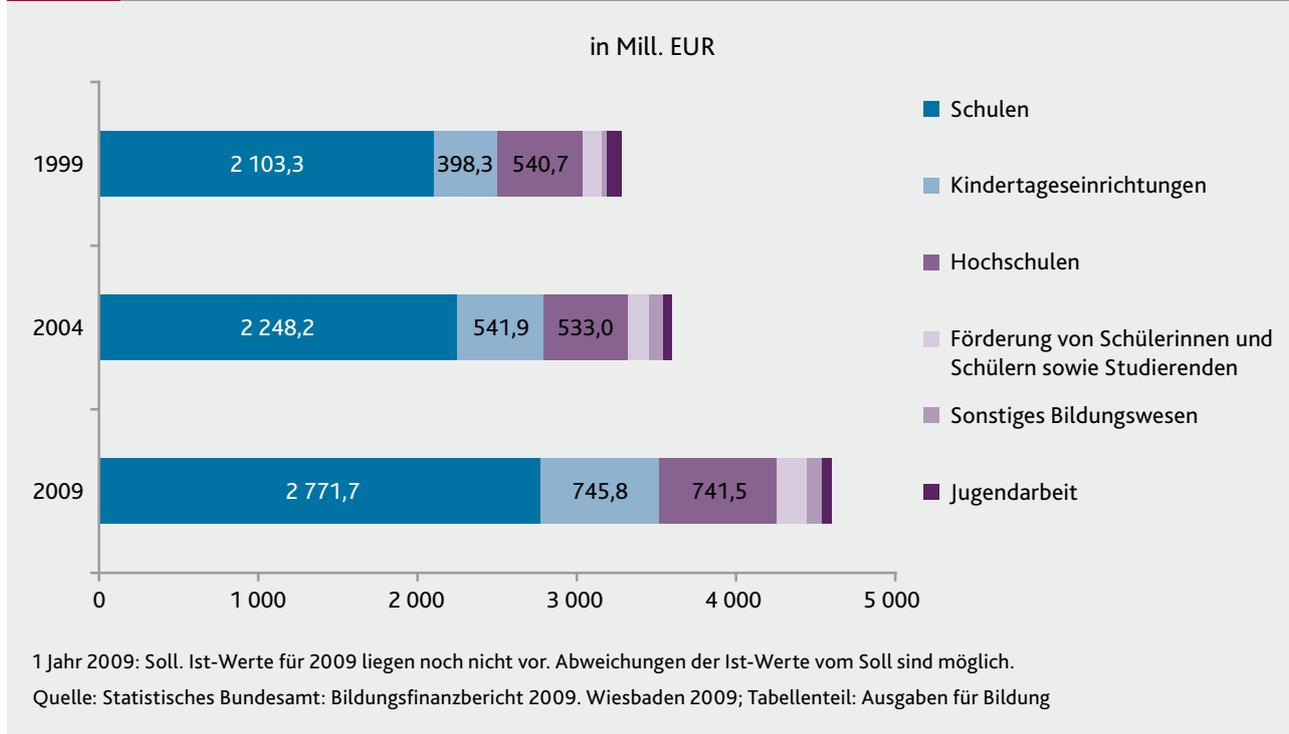
Erläuterungen

Vollzeitäquivalente

Vollzeitäquivalente sind eine Maßeinheit für die Arbeitszeit, die im Umfang einem Vollzeitbeschäftigten entspricht. Zur besseren Vergleichbarkeit wird die Zahl der verschiedenen Beschäftigungsverhältnisse in fiktive Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse umgerechnet.

Bildungspersonalrechnung

In der Bildungspersonalrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder werden für alle Bildungsbereiche Angaben zum Bildungspersonal einheitlich und überschneidungsfrei nachgewiesen. Die Daten umfassen das Personal in Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, Schulen des Gesundheitswesens, Hochschulen sowie Personen in der Kindertagesbetreuung und -pflege (vgl.: Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld 2010, S. 25).

G 10 Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) 1999–2009¹ nach Bildungsbereichen


Bildungsausgaben gestiegen

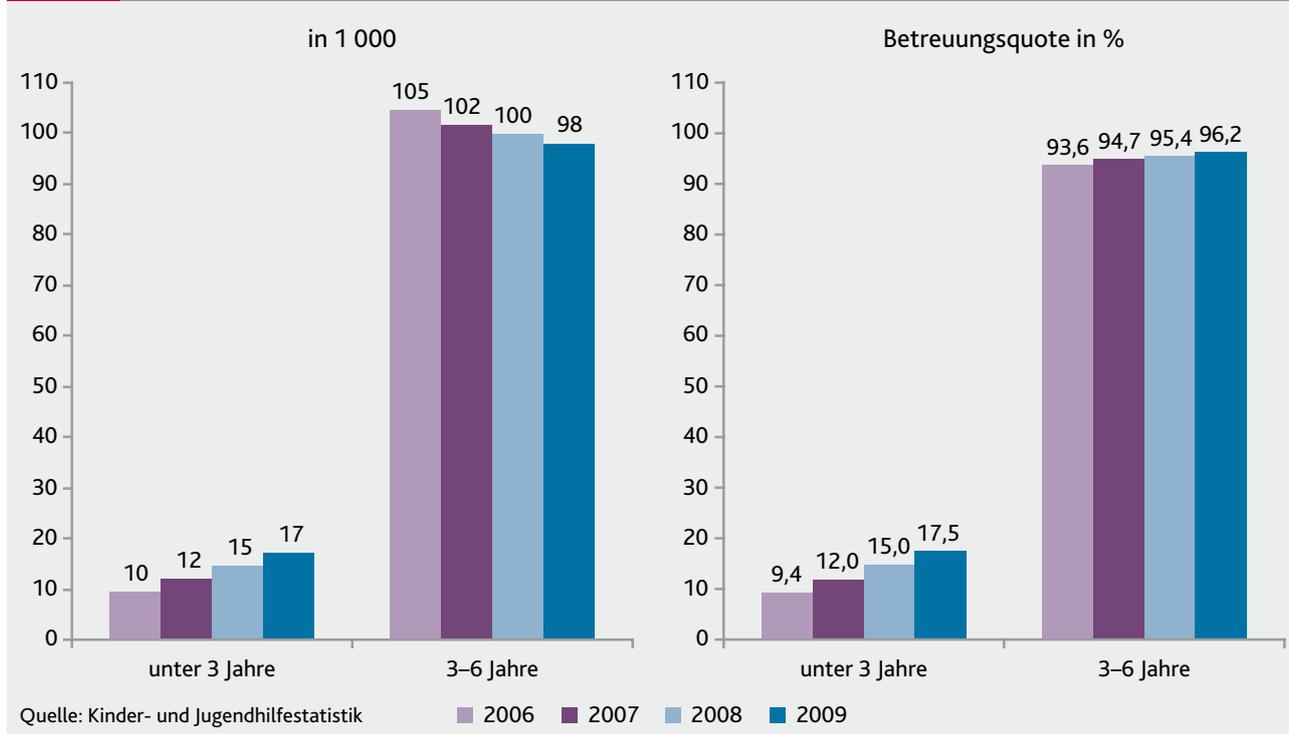
In den letzten zehn Jahren stiegen die öffentlichen Bildungsausgaben insbesondere für Schulen, Kindertageseinrichtungen und Hochschulen deutlich. Für diese Bildungsbereiche wurden im Jahr 2009 zusammen mit den übrigen Bildungsausgaben insgesamt 4,6 Milliarden Euro veranschlagt. Das wären 1,3 Milliarden Euro und damit 40 Prozent mehr als 1999 verausgabt worden sind. Mit über 60 Prozent wurde der größte Teil der Bildungsausgaben für den Bereich Schulen aufgewendet. Im Jahr 2009 wurden für diesen Bildungsbereich 2,8 Milliarden Euro veranschlagt, für Kindertageseinrichtungen 746 Millionen Euro und für den Hochschulbereich 742 Millionen Euro. Der Anteil der Aufwendungen für Kindertageseinrichtungen ist in den vergangenen zehn Jahren auf insgesamt 16 Prozent der veranschlagten Gesamtausgaben gestiegen.

Erläuterung

Bildungsausgaben

Die dargestellten Bildungsausgaben sind nach dem Grundmittelkonzept abgegrenzt. In diesen Ausgaben enthalten sind Personalausgaben, der laufende Sachaufwand sowie Investitionen. (Statistisches Bundesamt: Bildungsfinanzbericht 2009. Wiesbaden 2009, S. 84f., S. 93)

G 11 Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung 2006–2009 nach Altersgruppen

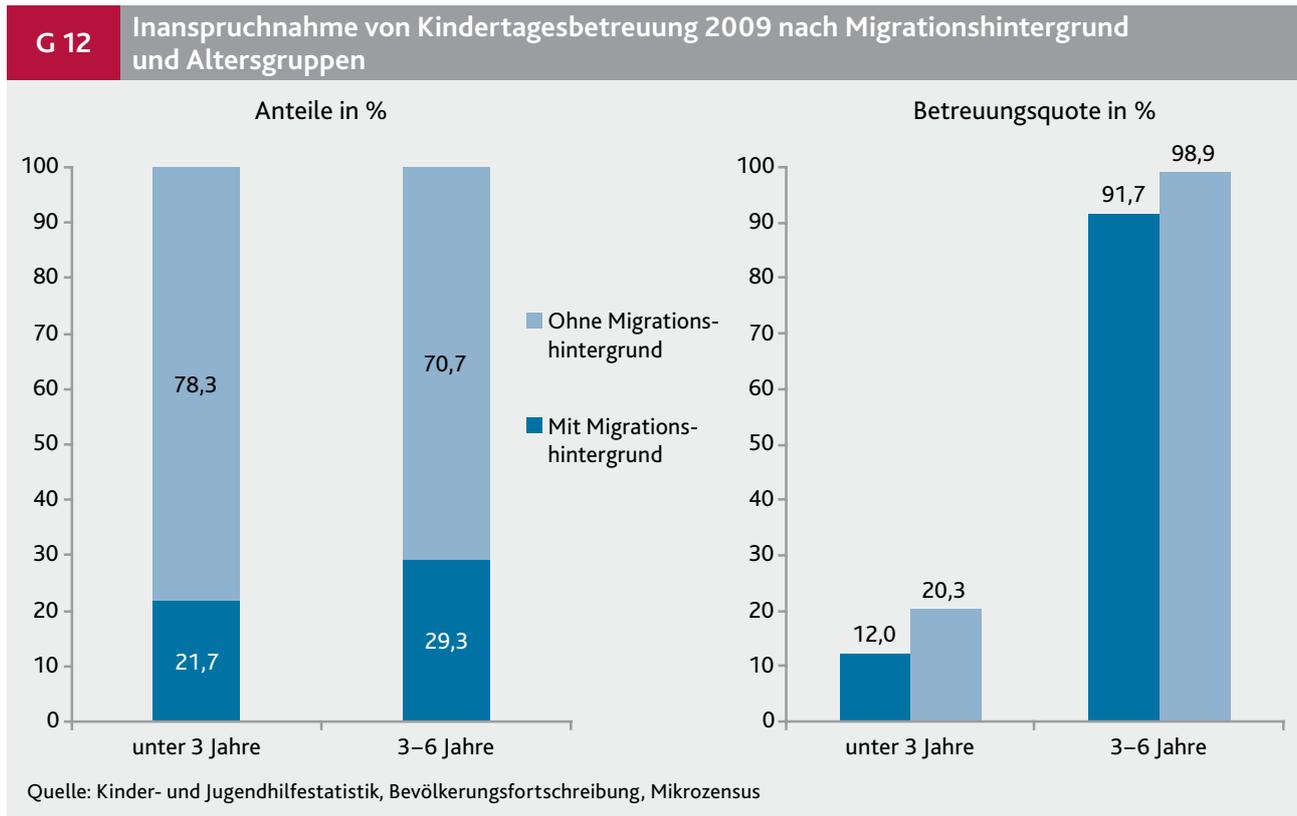


Kindertagesbetreuungsangebot weiter ausgebaut

Das Land Rheinland-Pfalz engagiert sich bereits seit Langem für den Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote. Seit dem 1. August 2010 haben in Rheinland-Pfalz alle Kinder vom vollendeten zweiten Lebensjahr bis zum Schuleintritt Anspruch auf einen beitragsfreien Kindergartenplatz. Insbesondere das Angebot für unter 3-Jährige wurde in den letzten Jahren ausgeweitet.

Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen lag 2009 bei 17 Prozent und damit 8,1 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 2006. Absolut gesehen erhöhte sich die Zahl der betreuten Kinder in dieser Altersgruppe von 9 520 im Jahr 2006 auf 16 967 im Jahr 2009. Die Zahl der unter 3-Jährigen, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder in der Kindertagespflege betreut werden, könnte auch in Zukunft weiter steigen. Nach dem im Jahr 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kinderförderungsgesetz soll ab August 2013 auch für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz bestehen.

Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren wurden besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Insgesamt 98 067 Kinder in diesem Alter besuchten zum Stichtag der Erhebung am 1. März des Jahres 2009 eine Kindertageseinrichtung oder wurden in Kindertagespflege betreut. Bezogen auf alle Kinder des entsprechenden Alters ergab sich eine Betreuungsquote von 96 Prozent. In absoluten Zahlen war in dieser Altersgruppe allerdings ein Rückgang der betreuten Kinder festzustellen. Dieser resultierte insbesondere aus der demografischen Entwicklung, denn auch die Bevölkerung entsprechenden Alters nimmt seit Jahren ab.



Kinder mit Migrationshintergrund nehmen Betreuungsangebote in geringerem Umfang wahr

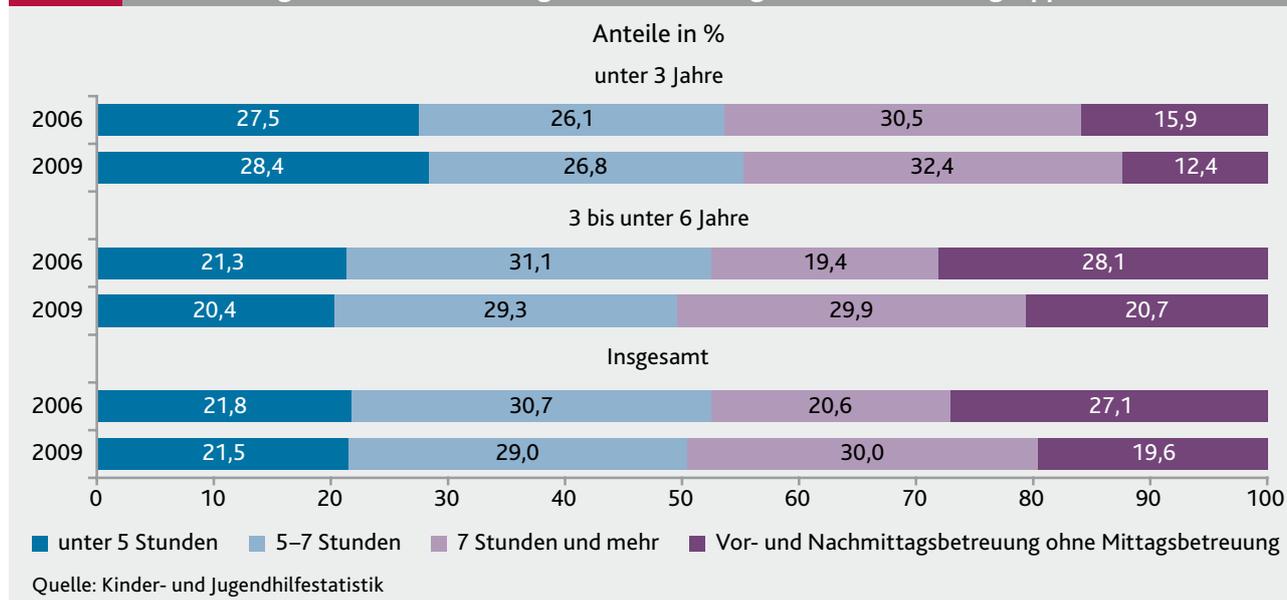
In der Kinder- und Jugendhilfestatistik wird ein Migrationshintergrund ausgewiesen, wenn mindestens ein Elternteil nichtdeutscher Herkunft ist. Nach dieser Definition hatten 2009 etwa ein Drittel der unter 6-jährigen einen Migrationshintergrund. Viele von ihnen sprachen in der Familie vorrangig nicht Deutsch. Um den Spracherwerb dieser Kinder zu fördern und damit den späteren Schuleintritt zu erleichtern, streben die bildungspolitisch Verantwortlichen danach, die Teilnahme dieser Kinder an vorschulischer Erziehung und Betreuung zu erhöhen.

Auf Basis der Kinder- und Jugendhilfestatistik sowie der Bevölkerungsfortschreibung und des Mikrozensus lassen sich Betreuungsquoten für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund ermitteln.¹ Diese lagen für das Jahr 2009 für unter 3-jährige mit Migrationshintergrund bei zwölf Prozent und damit unter dem Wert von Kindern ohne Migrationshintergrund (20 Prozent). Von den Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren nutzen mittlerweile gut neun von zehn Kindern mit Migrationshintergrund ein Angebot der Kindertageseinrichtungen oder der Kindertagespflege. Bei Kindern ohne Migrationshintergrund sind es 99 Prozent.

¹ Vgl.: Böttcher, A./Krieger, S./Kolvenbach, F.-J.: Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/2010, S. 158-164.

G 13

Unter 6-Jährige in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2006 und 2009 nach vertraglich vereinbarten täglichen Betreuungszeiten und Altersgruppen



Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege oft länger als sieben Stunden

Die von den Eltern vereinbarten Betreuungszeiten der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege werden in vier Kategorien erfasst. Diese werden nach der Anzahl der betreuten Stunden gebildet („bis zu fünf“, „fünf bis sieben“ bzw. „mehr als sieben Stunden“). Daneben gibt es die Kategorie „Vor- und Nachmittagsbetreuung ohne Mittagsbetreuung“. In dieser Kategorie werden jene Kinder ausgewiesen, die zwar mehr als sieben Stunden, jedoch mit Unterbrechung, betreut werden.

Für 29 Prozent der Kinder lag der vereinbarte Betreuungsumfang 2009 zwischen fünf und sieben Stunden. Für weitere 30 Prozent wurden Betreuungszeiten von mehr als sieben Stunden vereinbart. Insbesondere der Anteil dieser Gruppe hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht (+9,4 Prozentpunkte).

Grundsätzlich lassen sich den Daten nur Angaben über die Nutzung, nicht aber über den Bedarf oder das Angebot der Betreuungsmöglichkeiten entnehmen. So ist nicht ersichtlich, ob der zeitlich geringere Betreuungsumfang der unter 3-Jährigen die Präferenzen der Eltern oder die Angebotslage in der Kindertagesbetreuung widerspiegelt.

Erläuterungen

Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendhilfestatistik

Ein Migrationshintergrund wird in der Kinder- und Jugendhilfestatistik ausgewiesen, wenn mindestens ein Elternteil nichtdeutscher Herkunft ist.

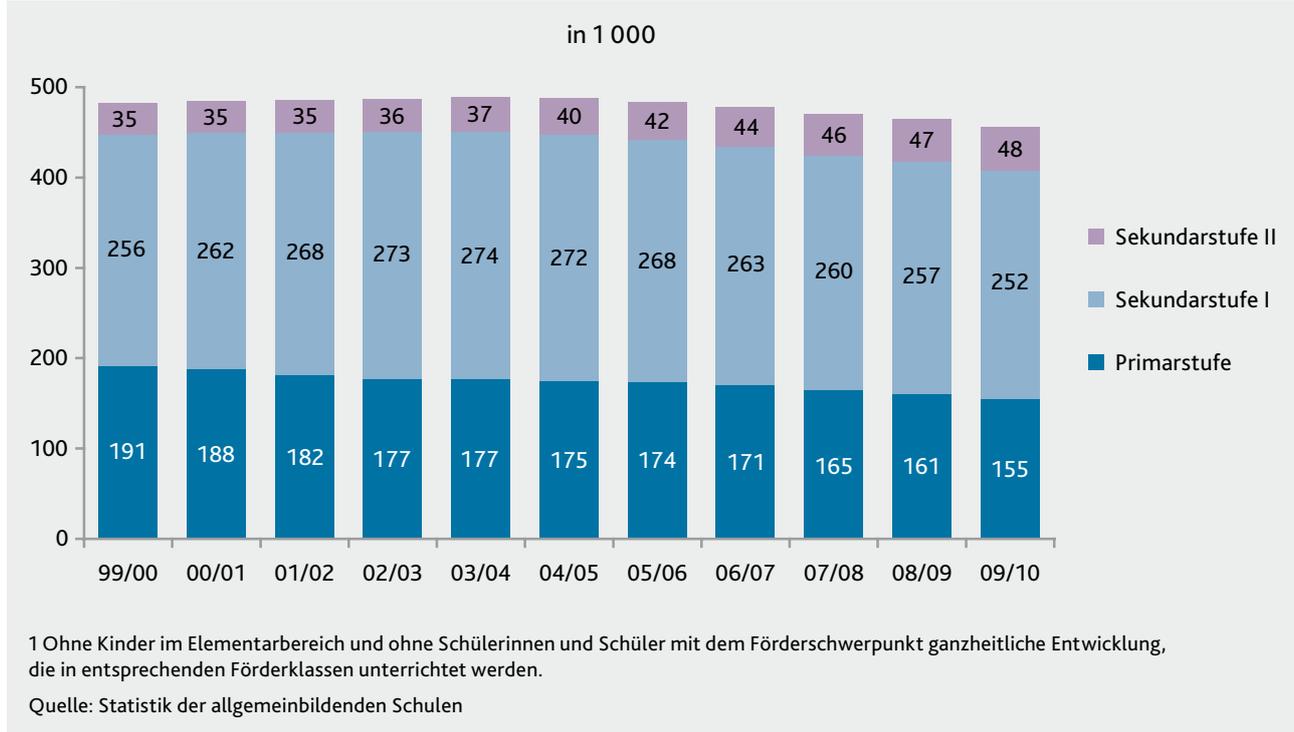
Besuchs- und Betreuungsquote

Unter **Besuchsquote** wird bei getrennter Betrachtung der Betreuung in einer Tageseinrichtung und der Inanspruchnahme von Kindertagespflege jeweils der Anteil der versorgten Kinder an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe verstanden. Bezogen auf die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege zusammen wird dieser Wert als **Betreuungsquote** bezeichnet.

Erhebung über die Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege im Rahmen der Kinder und Jugendhilfestatistik

Die Erhebung über die Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege wurde seit dem Jahr 2006 jährlich zum Stichtag 15. März bei allen Kindertageseinrichtungen und bei den Jugendämtern des Landes durchgeführt. Seit dem Jahr 2009 erfolgt die Erhebung zum Stichtag 1. März. Neben den Kindertageseinrichtungen werden im Rahmen der Statistik auch Daten zur öffentlich geförderten Kindertagespflege erhoben. Ausschließlich privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht einbezogen.

G 14

Schülerinnen und Schüler¹ an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 1999/2000–2009/2010 nach Schulstufen

Gut 460 000 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen

Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 besuchten insgesamt 460 014 Schülerinnen und Schüler die 1590 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das waren 26 584 Kinder und Jugendliche weniger als noch vor zehn Jahren (–5,5 Prozent). Im Schuljahr 2009/10 waren bereits zum sechsten Mal in Folge sinkende Schülerzahlen zu verzeichnen. Die Hauptursache hierfür ist der demografische Wandel und der damit einhergehende Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter.

In den einzelnen Schulstufen entwickelten sich die Schülerzahlen in den vergangenen Jahren unterschiedlich. Während im Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) bereits seit Ende der 90er-Jahre ein Rückgang festzustellen ist, sinken die Schülerzahlen im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) erst seit dem Schuljahr 2004/05. Im Sekundarbereich II (Jahrgangsstufen 11 bis 13) sind dagegen in den letzten Jahren sogar steigende Schülerzahlen zu beobachten.

Erläuterungen

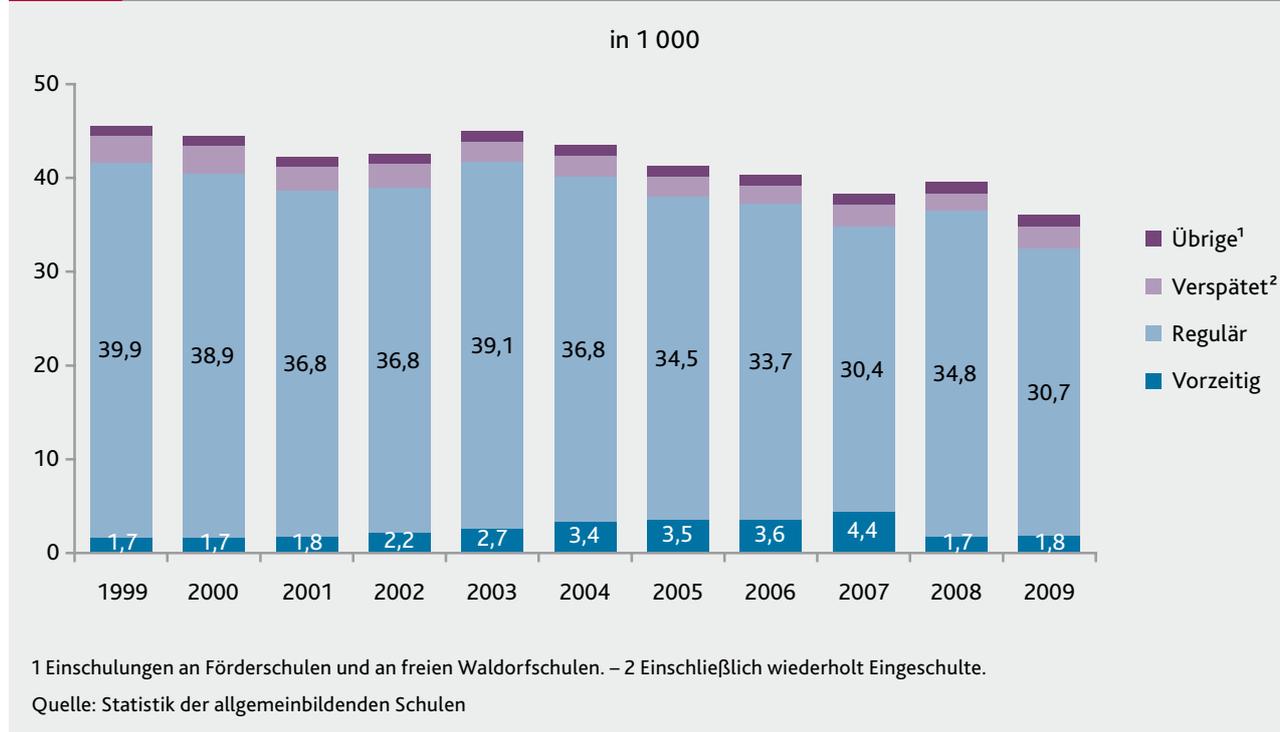
Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Im Rahmen der Schulstatistik werden jährlich alle allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz zu Schülerinnen und Schülern, zu Schulentlassenen und zu Lehrkräften befragt.

Schulstufen

Schulstufen gliedern das allgemeinbildende Schulwesen nach Bildungsbereichen, die durch einheitliche Schulbesuchsdauer und gleiches Bildungsniveau gekennzeichnet sind. Vorklassen und Schulkindergärten werden nach dieser Einteilung zum Elementarbereich gezählt. Die Klassenstufen 1 bis 4 werden dem Primarbereich, die Klassenstufen 5 bis 10 dem Sekundarbereich I und die gymnasiale Oberstufe dem Sekundarbereich II zugeordnet. Klassen mit Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung werden den Kategorien „Grundstufe“, „Mittelstufe“, „Oberstufe“ und „Werkstufe“ zugeordnet.

G 15 Schulanfängerinnen und -anfänger an Grundschulen 1999–2009 nach Einschulungsart



Weniger Einschulungen

Im August 2009 wurden 36 048 Kinder an den Grundschulen, Freien Waldorfschulen und Förderschulen in Rheinland-Pfalz eingeschult. Die Zahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger lag damit – als Folge der demografischen Entwicklung – um 9 528 bzw. 20 Prozent unter dem Wert des Jahres 1999. Der kräftige Rückgang im Jahr 2009 wurde dadurch verstärkt, dass im Jahr 2008 überdurchschnittlich viele Kinder eingeschult wurden.

Ausschlagend hierfür war, dass 2008 eine Verlegung des Einschulungstichtages um zwei Monate vom 30. Juni auf den 31. August erfolgte. Dies erhöhte die Zahl der erstmals schulpflichtigen Kinder einmalig um 17 Prozent („zwei Zwölftel“). Hierdurch kam es – gegen den Trend – zu einem Anstieg der Schulanfängerzahlen um 3,1 Prozent. Im Jahr 2009 verringerte sich dadurch die Zahl der Einschulungen gegenüber dem Vorjahr noch stärker (–8,8 Prozent). Dabei erfolgten 5,2 Prozent aller Einschulungen an Grundschulen vorzeitig; das waren 0,7 Prozentpunkte mehr als 2008. Der Anteil der Einschulungen nach vorheriger Zurückstellung stieg im gleichen Zeitraum um 1,8 Prozentpunkte auf 6,5 Prozent.

Einen deutlichen Rückgang im Vorjahresvergleich verzeichneten im Schuljahr 2009/10 die Schul- und Förderschulkindergärten (–28 Prozent). Diese Einrichtungen dienen vorrangig dazu, schulpflichtige – jedoch mangels Schulreife zurückgestellte – Kinder auf den Schulbesuch vorzubereiten. Der starke Rückgang in Schul- und Förderschulkindergärten basiert vor allem darauf, dass diese Kinder seit dem Schuljahr 2009/10 verstärkt in der Eingangsstufe der Grundschule gefördert werden.

T 1

Schulanfängerinnen und -anfänger an Grundschulen 2009
nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Einschulungsart	Insgesamt		Mädchen		Jungen		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regulär	30 715	88,3	14 831	88,2	15 884	88,4	5 099	88,9
Verspätet ¹	2 256	6,5	865	5,1	1 391	7,7	465	8,1
Vorzeitig	1 813	5,2	1 118	6,6	695	3,9	173	3,0
Insgesamt	34 784	100	16 814	100	17 970	100	5 737	100

¹ Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Mädchen häufiger vorzeitig eingeschult

Schon bei der Einschulung zeigen sich Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Ähnlich wie in den Vorjahren war 2009 der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen bei Kindern mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch (8,1 Prozent). Vergleichsweise gering fiel bei diesen Kindern dagegen der Anteil der vorzeitigen Einschulungen aus (drei Prozent). Darüber hinaus wurden, wie auch in der Vergangenheit, Jungen häufiger verspätet und seltener vorzeitig eingeschult als Mädchen.

Wie bei den Einschulungen war auch bei der Zahl der Kinder im Primarbereich ein Rückgang zu verzeichnen. Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 besuchten 155 345 Kinder diesen Bildungsabschnitt. Das waren 19 Prozent weniger als im Schuljahr 1999/2000. Mehr als 97 Prozent der Primarstufenschülerinnen und -schüler lernten an einer Grundschule. Diese werden in Rheinland-Pfalz entweder eigenständig oder aber organisatorisch verbunden mit Hauptschulen beziehungsweise mit Realschulen plus geführt. Im Zehnjahresvergleich sank die Zahl der Grundschülerinnen und -schüler zum Schuljahr 2009/10 um 19 Prozent auf 150 969. Leicht zugenommen hat die Schülerzahl in der Primarstufe an Freien Waldorfschulen (+2,2 Prozent). An Förder-schulen sank sie um 13 Prozent.

Erläuterung

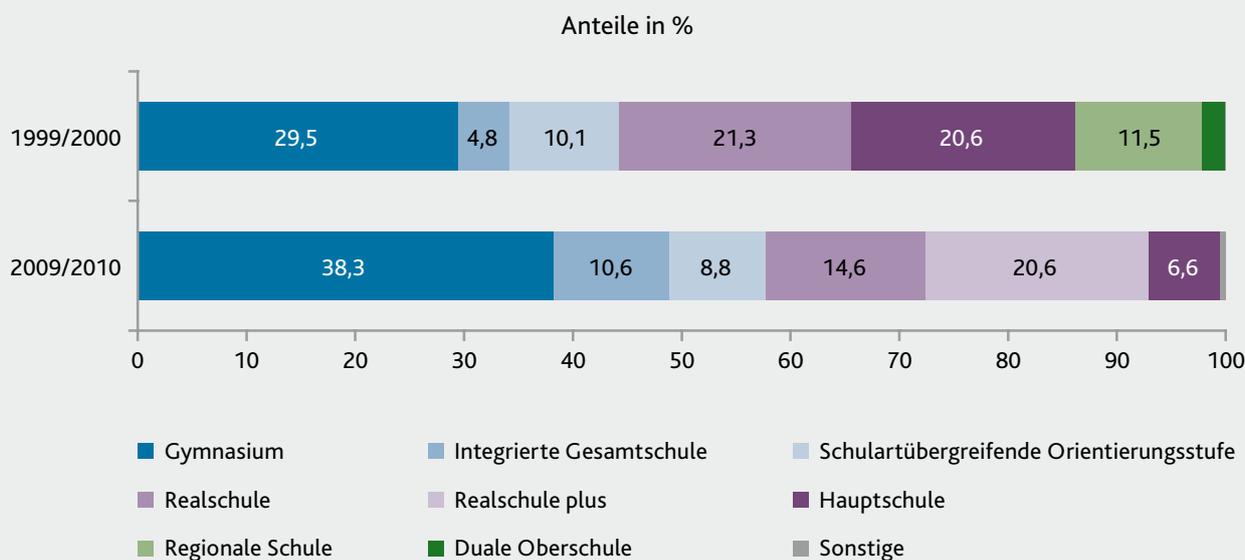
Migrationshintergrund in der Schulstatistik

Ein Migrationshintergrund ist nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- nichtdeutsches Geburtsland oder
- nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie beziehungsweise im häuslichen Umfeld.

G 16

Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen in den Schuljahren 1999/2000 und 2009/2010



Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen (Zugangsstatisik der Schuljahre 1999/2000 und 2009/2010)

Vier von zehn Schülerinnen und Schülern wechseln auf ein Gymnasium

Zum Schuljahr 2009/10 wechselten 39 647 Grundschulabsolventinnen und -absolventen in die fünfte Klassenstufe der weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Insgesamt 6,6 Prozent dieser Schülerinnen und Schüler setzen ihre Schullaufbahn an einer Hauptschule fort, 8,8 Prozent in einer schulartübergreifenden Orientierungsstufe und elf Prozent an einer Integrierten Gesamtschule. Weitere 15 Prozent der Zugänge aus Grundschulen besuchten die fünfte Klassenstufe einer Realschule, 21 Prozent die einer Realschule plus und 38 Prozent die eines Gymnasiums. Auf die Freien Waldorfschulen und die Förderschulen entfielen zusammen 0,5 Prozent der Neuzugänge in den zweiten schulischen Ausbildungsabschnitt.

Mehr als zehn Prozent dieser Schülerinnen und Schüler haben einen Migrationshintergrund. Im Verhältnis zur Gesamtschülerschaft wechselten sie deutlich häufiger an Hauptschulen und sehr viel seltener an Gymnasien.

Erläuterungen

Schullaufbahneempfehlung

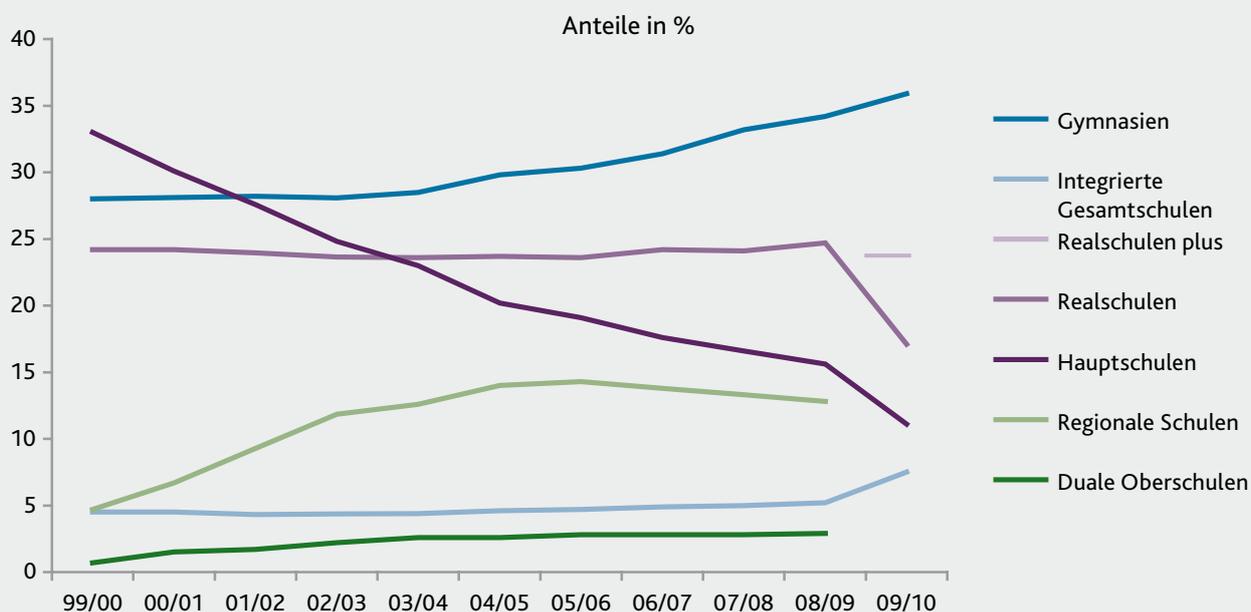
In Rheinland-Pfalz erhalten Grundschülerinnen und -schüler zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schullaufbahn. Hierbei werden den Viertklässlern, entsprechend der Beurteilung ihrer Leistungen, alle regional infrage kommenden Schulen empfohlen. Die Empfehlung der Grundschule ist in Rheinland-Pfalz nicht bindend.

Neuzugang aus Grundschulen

Der Neuzugang aus Grundschulen wird auf Basis des Schülerbestandes ausgewiesen, der jährlich zum Schuljahresbeginn bei den rheinland-pfälzischen Schulen erfragt wird. Hier nachgewiesen sind die aus Grundschulen zugegangenen Schülerinnen und Schüler in der fünften Klassenstufe.

G 17

Schülerinnen und Schüler der achten Klassenstufe an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 1999/2000–2009/2010 nach ausgewählten Schularten



Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Mehr als 250 000 Schülerinnen und Schüler besuchen die Sekundarstufe I

In der Sekundarstufe I wurden im Schuljahr 2009/10 insgesamt 252 129 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Das waren 1,5 Prozent weniger als im Schuljahr 1999/2000.

Im Jahr 2009 kam es im Sekundarbereich I zu umfassenden Änderungen der Schulstruktur. So wurde zum Schuljahr 2009/10 die neue Schulform der Realschule plus eingeführt und die bis dahin bestehenden Regionalen Schulen und Dualen Oberschulen in diese neue Schulart überführt. Für die bisherigen Haupt- und Realschulen wird eine schrittweise Überführung bis zum 31. Juli 2013 angestrebt. Eigenständige Haupt- und Realschulen soll es in Rheinland-Pfalz danach nicht mehr geben. Derzeit kann die Sekundarstufe I an Hauptschulen, Realschulen, Realschulen plus, Integrierten Gesamtschulen, Gymnasien und an Freien Waldorfschulen besucht werden. Daneben werden an Förderschulen körperlich, geistig oder seelisch beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Die Änderung der zahlenmäßigen Bedeutung der verschiedenen Schularten der Sekundarstufe I wird bei der Betrachtung der Verteilung der Schülerschaft der achten Klassenstufe deutlich.

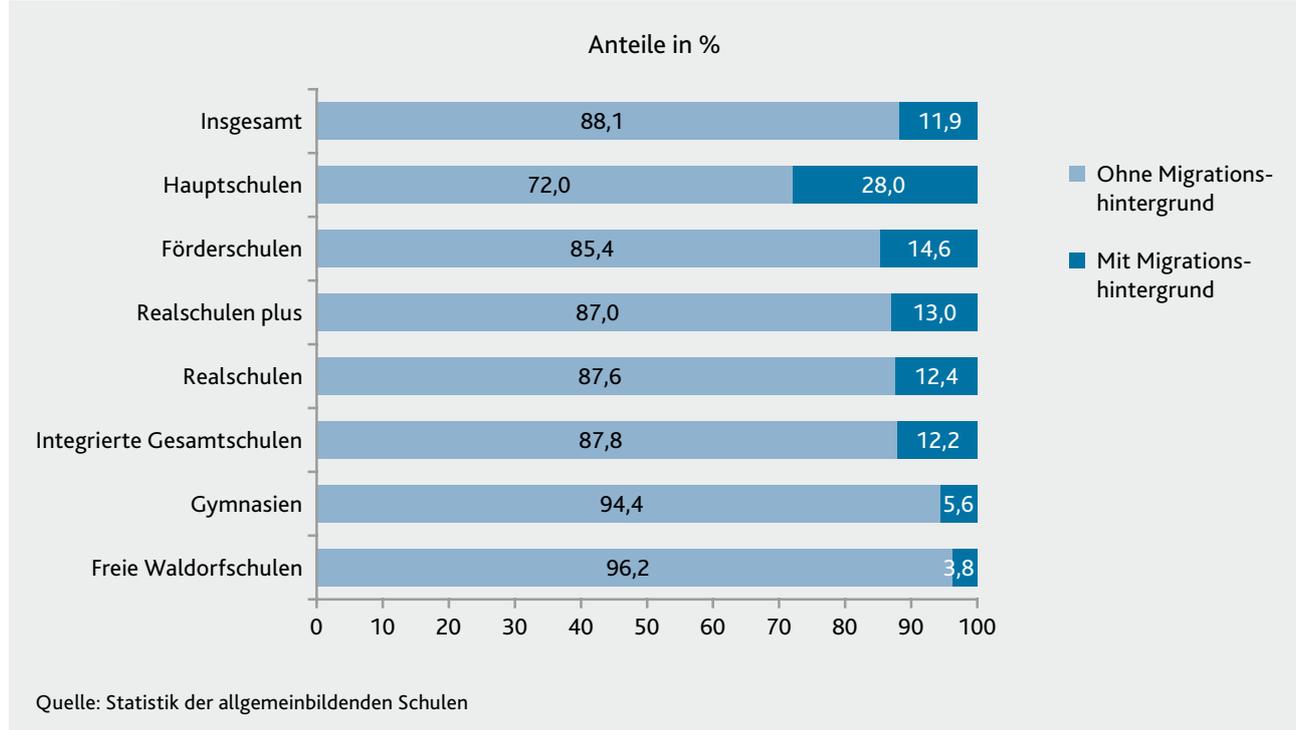
Erläuterung

Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I baut auf den Bildungsergebnissen der Primarstufe auf und umfasst die Klassenstufen 5 bis 10. In diesem Ausbildungsabschnitt soll allen Schülerinnen und Schülern eine gemeinsame Grundbildung vermittelt werden. In der Sekundarstufe I kann nach erfolgreichem Abschluss der neunten Klasse der Hauptschulabschluss (Berufreife) und nach dem erfolgreichen Abschluss der zehnten Klasse der qualifizierte Sekundarabschluss I (früher: mittlere Reife) erlangt werden. Letzterer berechtigt bei entsprechenden Leistungen zum Besuch der gymnasialen Oberstufe.

G 18

Schülerinnen und Schüler der achten Klassenstufe allgemeinbildender Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Schularten und Migrationshintergrund



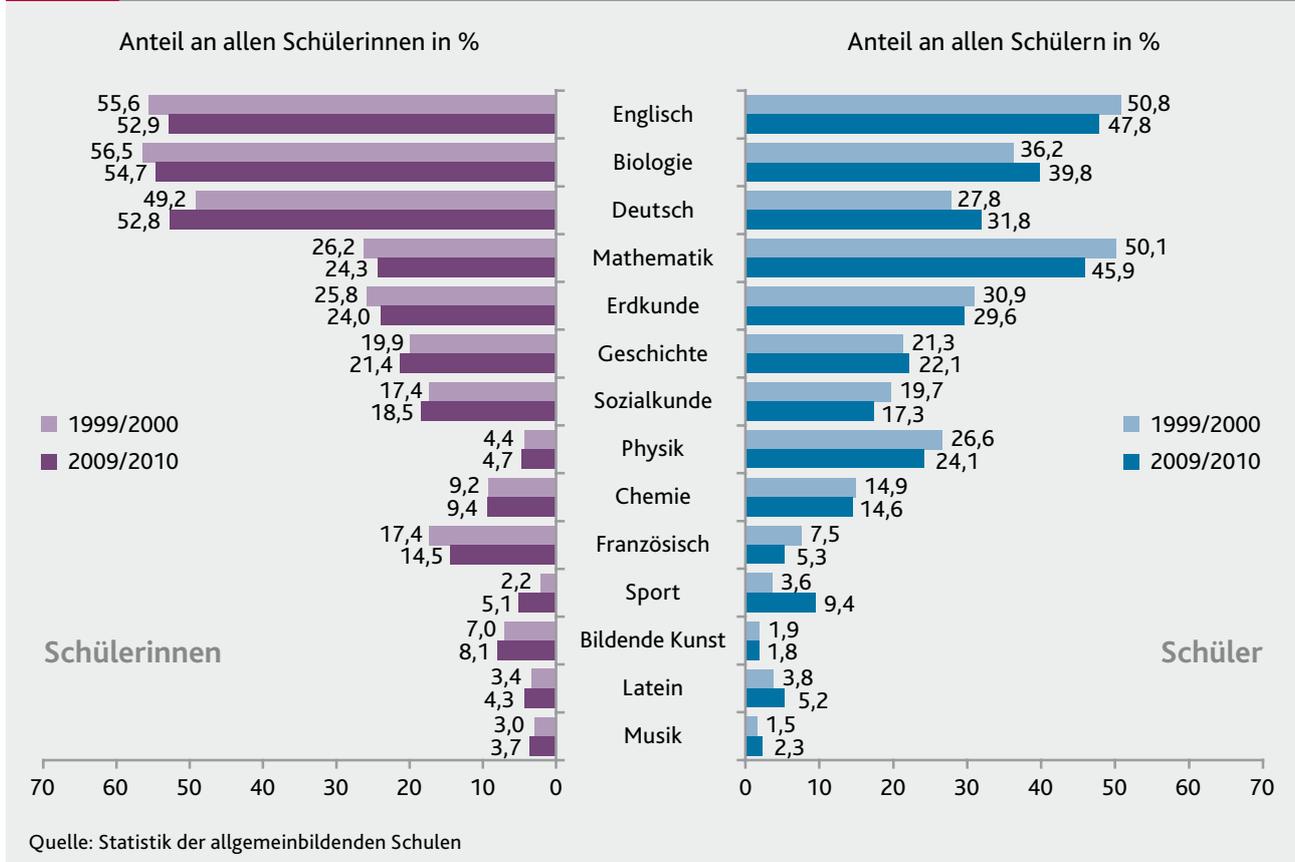
Jugendliche mit Migrationshintergrund an Gymnasien deutlich unterrepräsentiert

Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 besuchten nur noch elf Prozent aller Achtklässler eine Hauptschule. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil der Hauptschülerinnen und -schüler noch bei 33 Prozent. Nur noch 17 Prozent aller Schülerinnen und Schüler dieser Klassenstufe wurden im Schuljahr 2009/10 an einer Realschule unterrichtet (-7,3 Prozentpunkte), 36 Prozent besuchten ein Gymnasium (+7,9 Prozentpunkte). Fast jeder vierte Achtklässler ging auf eine Realschule plus (24 Prozent).

Auch in der achten Klassenstufe ließen sich Unterschiede zwischen der Verteilung von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund auf die einzelnen Schulformen feststellen. So besuchten Jugendliche mit Migrationshintergrund weiterhin relativ häufig Hauptschulen, waren aber an Gymnasien deutlich unterrepräsentiert.

G 19

Die häufigsten Leistungsfächer in der Jahrgangsstufe 11 der Mainzer Studienstufe in den Schuljahren 1999/2000 und 2009/2010 nach Geschlecht



Englisch, Biologie, Deutsch, Mathematik und Erdkunde beliebteste Leistungsfächer

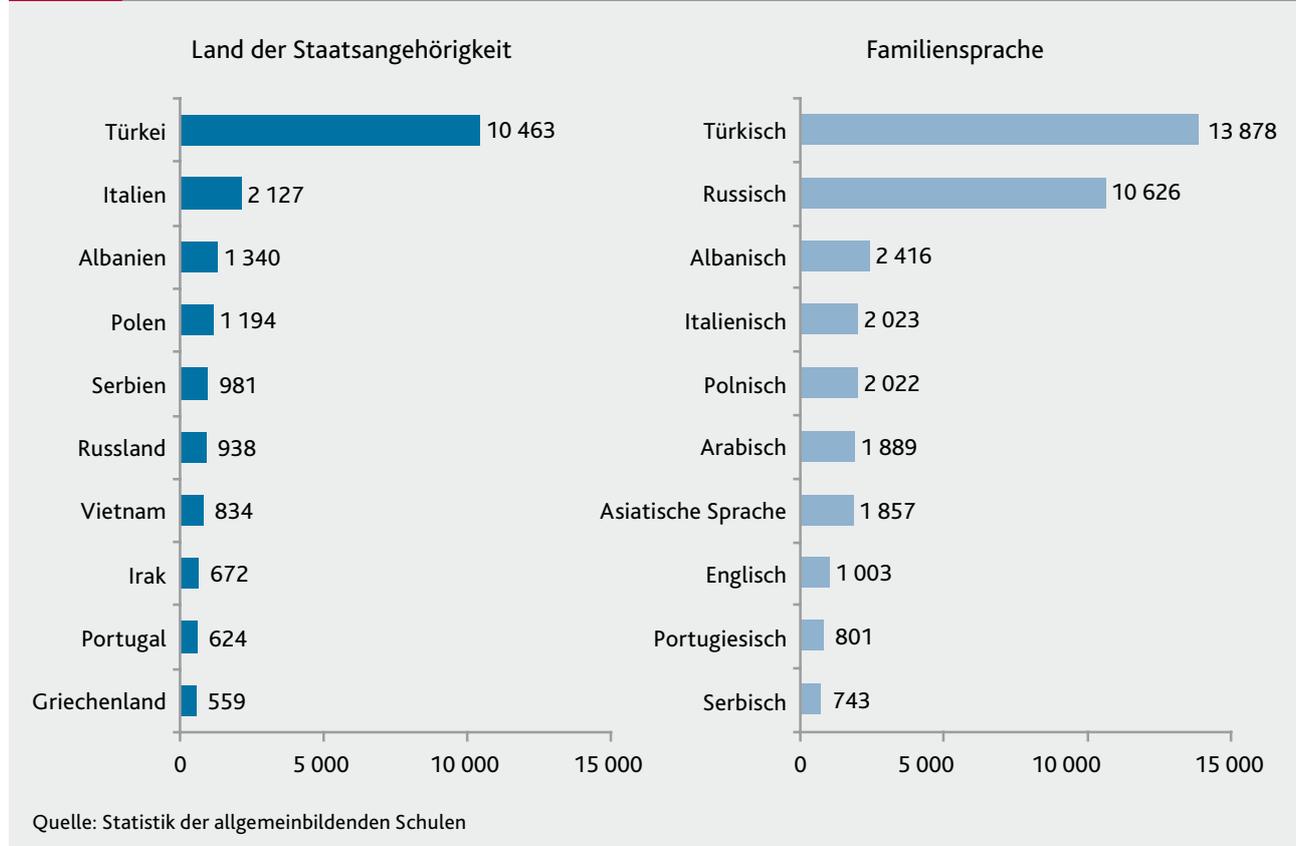
Im Schuljahr 2009/10 besuchten 47 821 Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen und Kollegs. In der gymnasialen Oberstufe der Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen wurden 46 665 Jugendliche im Kurssystem der Mainzer Studienstufe unterrichtet. Das waren 37 Prozent mehr als im Schuljahr 1999/2000. Wie auch in den Vorjahren war die Mehrheit dieser Jugendlichen weiblich (56 Prozent).

Zu den beliebtesten Leistungsfächern gehörten im Schuljahr 2009/10 – wie auch schon vor zehn Jahren – Englisch, Biologie, Deutsch, Mathematik, Erdkunde und Geschichte. Vergleichsweise selten wurden die Fächer Griechisch, Informatik und Russisch belegt. Als ebenfalls sehr stabil erwiesen sich die geschlechtsspezifischen Fächerpräferenzen. Auch im Schuljahr 2009/10 wählten Schülerinnen deutlich seltener naturwissenschaftlich-technische Fächer als Schüler.

Erläuterung

Sekundarstufe II
 Im allgemeinbildenden Bereich erstreckt sich die Sekundarstufe II auf die Jahrgangsstufen 11 bis 13, die sogenannte gymnasiale Oberstufe. Sie verfolgt das Ziel, die Jugendlichen auf ein Studium oder eine Berufsausbildung vorzubereiten und führt nach bestandener Abiturprüfung zur allgemeinen Hochschulreife. In der gymnasialen Oberstufe (Mainzer Studienstufe) an Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen erfolgt der Unterricht nicht im Klassenverband sondern in Form eines Kurssystems. Die Grund- und Leistungsfächer können von den Schülerinnen und Schülern unter Einhaltung bestimmter Rahmenbedingungen individuell gewählt werden.

G 20

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen 2009/10
nach den zehn häufigsten nichtdeutschen Staatsangehörigkeiten und Familiensprachen

Rund 13 Prozent der Schülerinnen und Schüler haben einen Migrationshintergrund

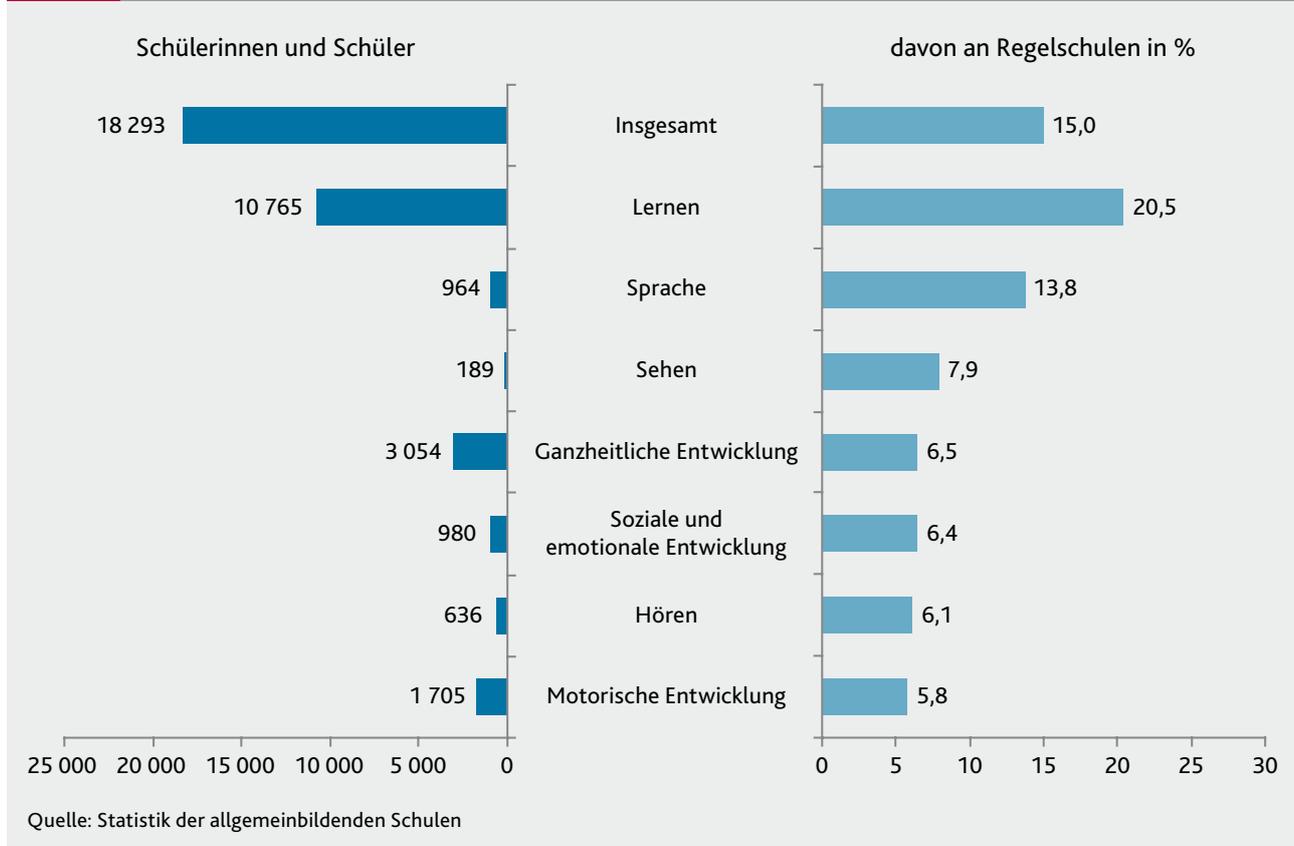
Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 hatten in rheinland-pfälzischen Schulen 13 Prozent aller Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund.

Von den 57 530 Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund besaßen 28 510 eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil dieser ausländischen Kinder und Jugendlichen an der gesamten Schülerschaft lag im Schuljahr 2009/10 bei 6,2 Prozent. Unter den nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern dominierten jene mit türkischem Pass (37 Prozent). Ebenfalls viele Kinder und Jugendliche hatten eine italienische (7,5 Prozent), eine albanische (4,7 Prozent) oder eine polnische (4,2 Prozent) Staatsangehörigkeit.

Fast 44 000 Schülerinnen und Schüler sprachen in der Familie vorwiegend eine andere Sprache als Deutsch. Das waren rund zehn Prozent der Schülerschaft. Die häufigste nichtdeutsche Familiensprache war mit einem Anteil von 32 Prozent Türkisch, gefolgt von Russisch (24 Prozent).

G 21

Schülerinnen und Schüler mit Förderschwerpunkt und deren Anteil an Regelschulen 2009/10 nach Förderschwerpunkten



Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf auch an Regelschulen unterrichtet

Bei vier Prozent aller Schülerinnen und Schüler des Schuljahres 2009/10 lag ein amtsärztlich festgestellter sonderpädagogischer Förderbedarf vor. Dieser wird diagnostiziert, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so weit beeinträchtigt sind, dass sie sonderpädagogische Förderung benötigen, um in der Schule erfolgreich lernen und einen Schulabschluss erreichen zu können. Bei den weitaus meisten dieser Kinder und Jugendlichen wurde ein Förderbedarf im Bereich Lernen attestiert (59 Prozent). Weitere 17 Prozent hatten Förderbedarf im Bereich ganzheitliche Entwicklung, darüber hinaus waren 9,3 Prozent motorisch beeinträchtigt.

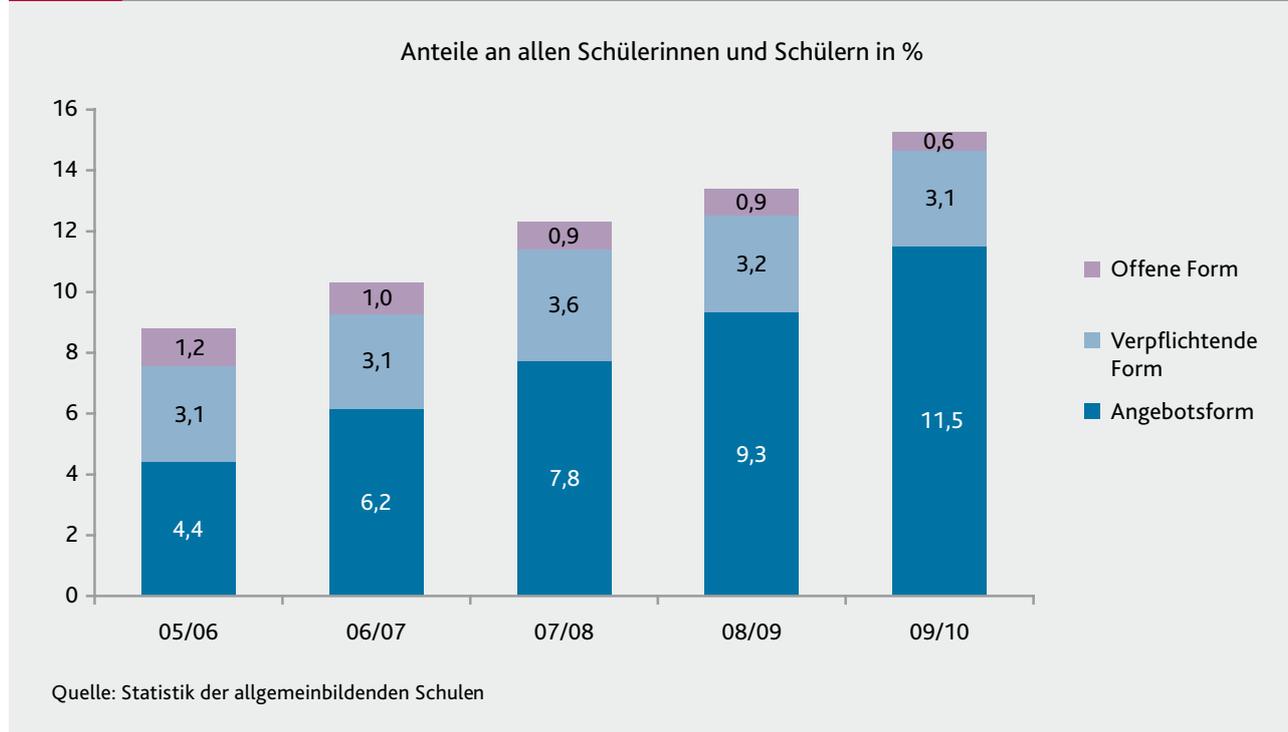
Insgesamt 85 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem Förderbedarf wurden im Schuljahr 2009/10 an einer Förderschule unterrichtet, 15 Prozent besuchten andere allgemeinbildende Schulen. Den größten Regelschulanteil gab es bei Schülerinnen und Schülern mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache. Am seltensten wurden Kinder und Jugendliche mit einer körperlichen Beeinträchtigung an Regelschulen unterrichtet.

Erläuterung

Förderschwerpunkte

Unter dem Begriff „Förderschwerpunkt“ wird der amtsärztlich festgestellte sonderpädagogische Förderbedarf einer Schülerin oder eines Schülers nachgewiesen. Es werden sieben Förderschwerpunkte unterschieden: soziale und emotionale Entwicklung, ganzheitliche Entwicklung, Hören, motorische Entwicklung, Lernen, Sehen und Sprache.

G 22 Ganztagsschülerinnen und -schüler in den Schuljahren 2005/06–2009/10 nach Angebotsart



Mehr als 70 000 Schülerinnen und Schüler nutzen ein Ganztagsangebot

Im Jahr 2001 startete die rheinland-pfälzische Landesregierung ein Ganztagsschulprogramm mit dem Ziel, die Ganztagsbetreuung auszubauen. Hintergrund hierfür war das Bestreben, die Bildung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft besser fördern zu können. Zudem sollte durch die Erweiterung der Ganztagsangebote auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Der Ausbau der Ganztagsangebote in Rheinland-Pfalz wurde zudem finanziell durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ unterstützt.

Die Teilnahme an Ganztagsangeboten wuchs in den letzten vier Jahren deutlich. Im Schuljahr 2009/10 nutzten 70 079 Schülerinnen und Schüler ein schulisches Ganztagsangebot. Das waren fast zwei Drittel mehr als noch im Schuljahr 2005/06, dem Zeitpunkt der erstmaligen Erhebung dieses Merkmals (42 785). Im Schuljahr 2009/10 betrug der Ganztagschüleranteil 15 Prozent (2005/06: 8,8 Prozent).

Die zahlenmäßig größte Bedeutung hatte die Ganztagsbetreuung in Angebotsform. Knapp zwölf Prozent aller Schülerinnen und Schüler nahmen daran teil. Das Ganztagsangebot in verpflichtender Form wurde von 3,1 Prozent aller Schülerinnen und Schüler, das Ganztagsangebot in offener Form von 0,6 Prozent genutzt.

Die Inanspruchnahme war im Schuljahr 2009/10 in den einzelnen Schulstufen unterschiedlich. So nutzten 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich und 16 Prozent im Sekundarbereich I ein schulisches Ganztagsangebot. Im Sekundarbereich I kam den seit dem Schuljahr 2008/09 bestehenden G8-Gymnasien (G8GTS) eine besondere Bedeutung zu, da die in dieser Schulart angebotene Verkürzung der Gymnasialschulzeit auf acht Jahre ausschließlich in Verbindung mit einem Ganztagsangebot erfolgt. Im Sekundarbereich II, in dem Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren unterrichtet werden, hatte das Ganztagsangebot mit einer Teilnahmequote von 2,9 Prozent eine geringere Bedeutung.

Erläuterungen

Ganztagsschulangebote in Rheinland-Pfalz

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz drei verschiedene Formen der Ganztagschule: die Angebotsform, die verpflichtende Form und die offene Form.

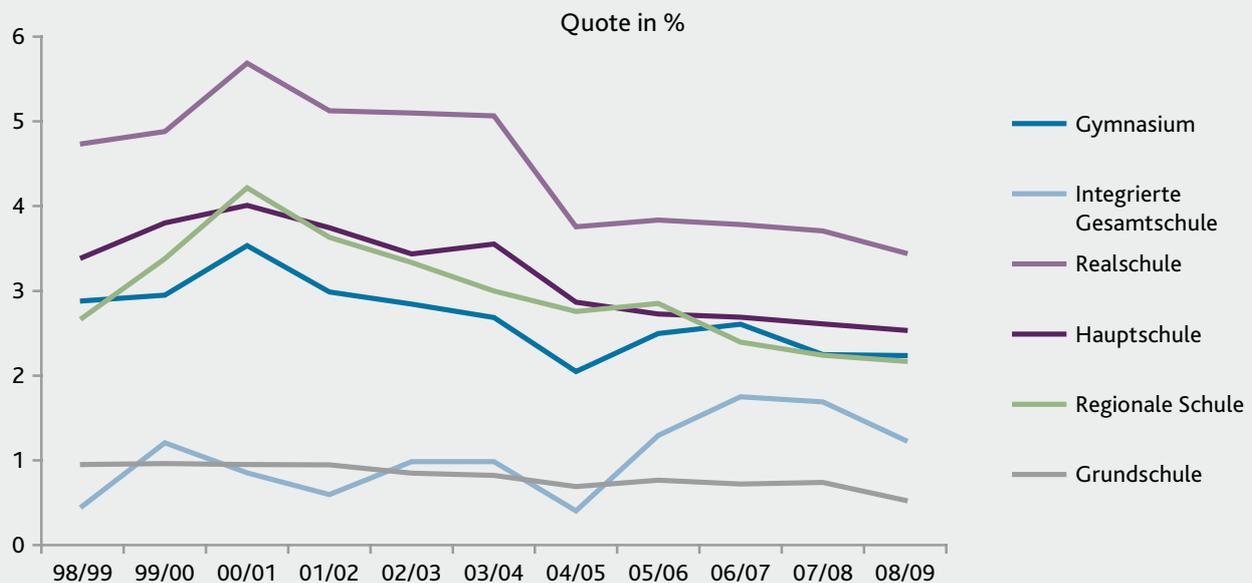
- **Angebotsform:** Die Ganztagschule in Angebotsform sieht an mindestens vier Tagen pro Woche ein Ganztagsangebot von 8.00 bis 16.00 Uhr vor. Schülerinnen und Schüler können die Teilnahme an diesem Angebot frei wählen. Nach der Anmeldung ist die Teilnahme allerdings für ein Jahr bindend.
- **Verpflichtende Form:** Bei Ganztagschulen in verpflichtender Form erstreckt sich der Unterricht in der Regel auf vier Nachmittage in der Woche. Unterrichtliche und außerunterrichtliche Veranstaltungen sind zu einer organisatorischen Einheit miteinander verbunden. Die Teilnahme am Ganztagsschulangebot ist für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend.
- **Offene Form:** Die Ganztagschule in offener Form legt einzelne Unterrichtsveranstaltungen auf den Nachmittag und bietet darüber hinaus eine außerunterrichtliche Betreuung an. Betreuungskräfte werden vom Schulträger bereitgestellt. Die Ganztagschule in offener Form kann mit Zustimmung des Schulträgers nach Anhörung der Gesamtkonferenz und des Schülernbeirats ohne Beteiligung der Schulbehörde eingerichtet werden.

Betreuende Grundschule

An vielen Grundschulen gibt es für die Schülerinnen und Schüler vor und nach dem Unterricht freiwillige Betreuungsgruppen. Diese Betreuungsangebote werden – bei entsprechender Nachfrage – vor Ort von den Schulträgern, den Fördervereinen oder anderen Trägern organisiert und teilweise vom Land bezuschusst. Auf eine Darstellung der Teilnahme an diesen Angeboten wurde verzichtet, da in der amtlichen Schulstatistik zu diesem Aspekt keine vollständigen Informationen vorliegen.

Betreuung von Schülerinnen und Schülern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege

Neben dem dargestellten schulischen Ganztagsangebot, werden für Schulkinder auch Betreuungsmöglichkeiten in Kindertageseinrichtungen und in Form der öffentlich geförderten Kindertagespflege angeboten. Aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeit werden diese Angebote in der Kinder- und Jugendhilfestatistik erfasst. Zur Vermeidung von Doppelzählungen wurden diese bei der Anteilsberechnung zur Nutzung von Ganztagsangeboten nicht berücksichtigt.

G 23 Nichtversetztenquote¹ in den Schuljahren 1998/99–2008/09 nach ausgewählten Schularten

¹ Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schulart.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Nichtversetztenquoten in den letzten Jahren gesunken

Gezielte individuelle Fördermaßnahmen und die bereits im Schuljahr 1999/2000 in Rheinland-Pfalz eingeführte Möglichkeit zur Nachprüfung für Nichtversetzte führten in den letzten Jahren in allen Schularten zu einem deutlichen Rückgang der Nichtversetztenquoten. Insgesamt lag die Quote der Nichtversetzten zum Ende des Schuljahres 2008/09 bei 1,8 Prozent und damit 0,6 Prozentpunkte niedriger als zehn Jahre zuvor.

Ungeachtet des insgesamt rückläufigen Trends blieben aber dennoch Unterschiede zwischen den Schularten erhalten. Am häufigsten verfehlten im Schuljahr 2008/09 Schülerinnen und Schüler an Realschulen (3,4 Prozent) und an Hauptschulen (2,5 Prozent) das Klassenziel. Am seltensten verblieben Grundschülerinnen und -schüler in derselben Klassenstufe (0,5 Prozent). Auch Schülerinnen an Integrierten Gesamtschulen wurden nur selten nicht versetzt (1,2 Prozent). In dieser Schulart ist der Anteil der Nichtversetzungen relativ gering, da diese in der Regel erst ab der neunten Klassenstufe erfolgen. Vergleichsweise häufig waren es Jungen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht in die nächste Klasse versetzt wurden. Die Nichtversetztenquoten lagen hier insbesondere in der Sekundarstufe II deutlich über dem Durchschnitt.

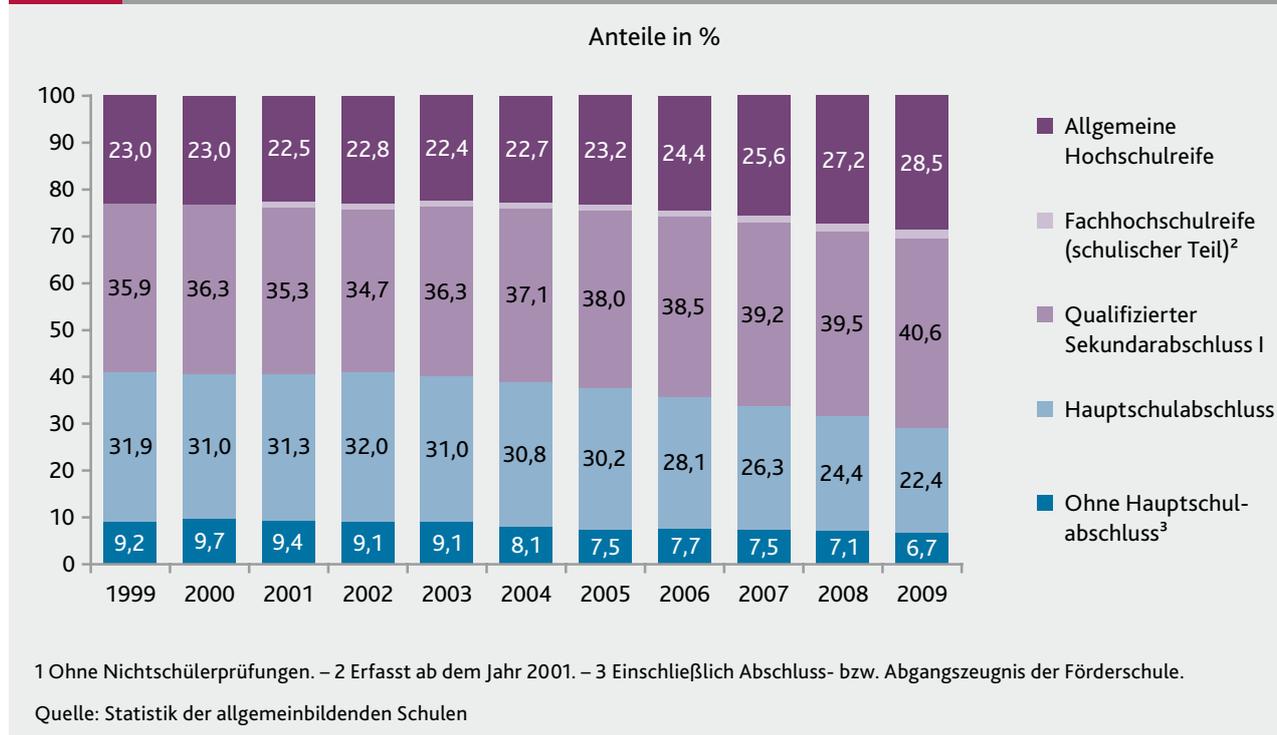
Erläuterungen

Nichtversetzte

Nichtversetzte sind Schülerinnen und Schüler, die zum Ende des Schuljahres das Klassenziel nicht erreicht haben. Die Nichtversetztenquote gibt den Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern an.

Wiederholer

Zu den Wiederholern gehören Nichtversetzte und Schülerinnen und Schüler, die eine Klassenstufe freiwillig zum wiederholten Mal durchlaufen.

G 24 Schulentlassene¹ allgemeinbildender Schulen 1999–2009 nach Abschlussart

Trend zu höheren Schulabschlüssen

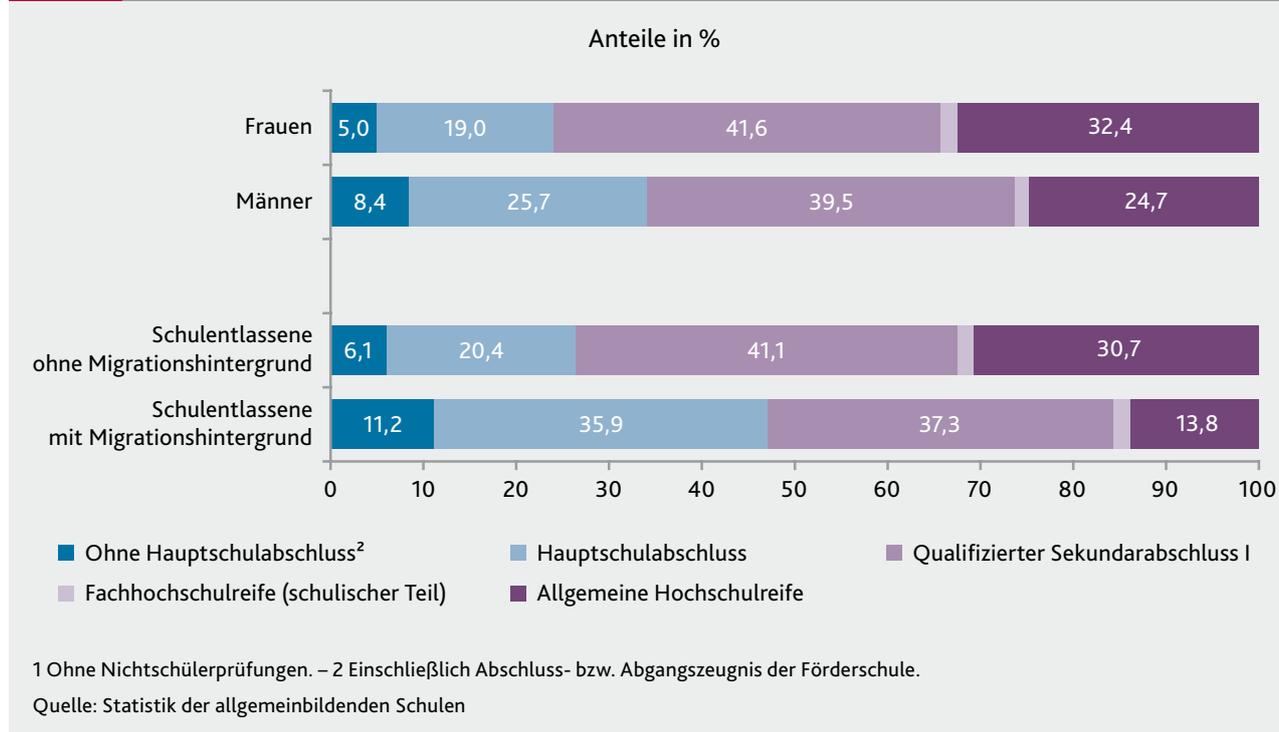
Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I oder mit der allgemeinen Hochschulreife verlassen, ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Erreichten 1999 lediglich 23 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger die Hochschulreife, so waren es 2009 schon 30 Prozent. Bei den weiblichen Jugendlichen lag der Anteil der Absolventen mit Studienberechtigung sogar bei 34 Prozent (männliche Jugendliche: 26 Prozent).

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die einen qualifizierten Sekundarabschluss I erlangten, stieg im selben Zeitraum um 4,7 Prozentpunkte auf knapp 41 Prozent. Auch hier machte sich der allgemeine Trend zu höheren Abschlüssen bemerkbar.

Dagegen ging der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verließen, in den letzten zehn Jahren zurück. Er lag 2009 bei 6,7 Prozent und damit 2,5 Prozentpunkte unter dem Wert von 1999. Bei den Schülerinnen lag dieser Wert mit fünf Prozent deutlich unter dem der Schüler (8,4 Prozent).

Mit 56 Prozent stammte die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen oder ganzheitliche Entwicklung beziehungsweise entsprechenden Bildungsgängen. Von den insgesamt 3 076 Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss hatten 38 Prozent ein Abschlusszeugnis mit dem Förderschwerpunkt Lernen und zwölf Prozent eines mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung erlangt.

G 25

Schulentlassene¹ allgemeinbildender Schulen 2009 nach Abschlussart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Jeder neunte Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss

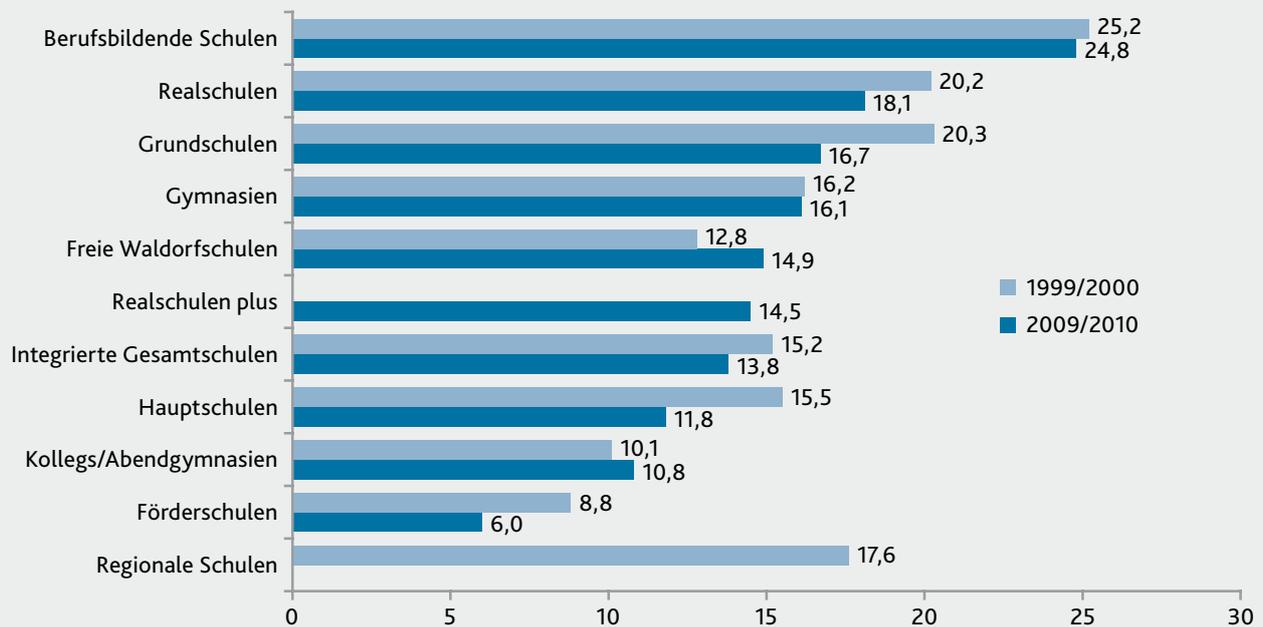
Jugendliche mit Migrationshintergrund erreichten deutlich seltener die Hochschulreife (16 Prozent) als ihre Mitschülerinnen und -schüler ohne Migrationshintergrund (33 Prozent). Sie verließen die allgemeinbildenden Schulen zudem relativ häufig ohne Schulabschluss. Mit elf Prozent war der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund fast doppelt so hoch wie bei den übrigen Schülerinnen und Schülern.

Unterschiede gab es auch zwischen den Geschlechtern. So hatte mehr als ein Drittel der weiblichen Schulentlassenen die Hochschulreife erlangt (34 Prozent). Bei den Männern traf dies nur auf 26 Prozent zu. Auch der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss war bei den Männern deutlich höher als bei den Frauen.

Erläuterung

Fachhochschulreife (schulischer Teil)

Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe, die die Schule ohne den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife verlassen, können frühestens nach dem Besuch von zwei Schulhalbjahren der Qualifikationsphase den Antrag auf Feststellung des Erwerbs des schulischen Teils der Fachhochschulreife stellen. Für die Erlangung des praktischen Teils der Fachhochschulreife muss zudem ein mindestens einjähriges Praktikum nachgewiesen werden.

G 26 Schüler-Lehrer-Relation in den Schuljahren 1999/2000 und 2009/2010 nach Schularten


Quelle: Statistik der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen

Schüler-Lehrer-Relation in fast allen Schularten verbessert

An den allgemeinbildenden Schulen unterrichteten zu Beginn des Schuljahres 2009/10 insgesamt 35 604 hauptamtliche beziehungsweise hauptberufliche Lehrkräfte, die Mehrheit von ihnen in „Vollzeit“ (57 Prozent). Mehr als zwei Drittel des Lehrpersonals waren Frauen (68 Prozent). Insbesondere an Grundschulen arbeiteten deutlich mehr Frauen als Männer (88 Prozent). Etwas ausgeglichener war das Geschlechterverhältnis an Gymnasien (Frauenanteil: 53 Prozent). Knapp 43 Prozent der hauptamtlich und hauptberuflich beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen waren 50 Jahre und älter.

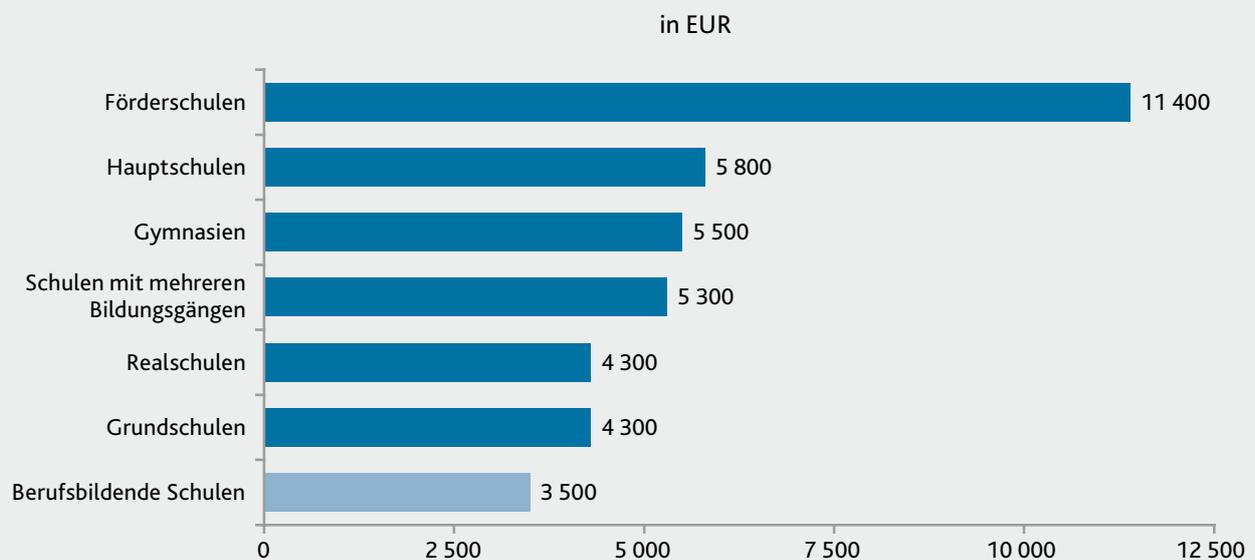
Im Vergleich zum Schuljahr 1999/2000 verbesserte sich die Relation von Schülern zu Lehrern in fast allen Schularten. So kamen an Hauptschulen zwölf Schülerinnen und Schüler auf eine sogenannte „Vollzeitlehrereinheit“. Das waren 3,7 weniger als zehn Jahre zuvor. Ebenfalls verbessert hat sich die Betreuungsrelation an Realschulen und an Gymnasien. Lediglich die Freien Waldorfschulen und Kollegs und Abendgymnasien verzeichneten einen Anstieg der Schülerzahl pro Lehrkraft.

Erläuterung

Vollzeitlehrereinheit

Vollzeitlehrereinheiten werden errechnet, um die Unterrichtsversorgung der von Voll- und Teilzeitlehrkräften erteilten Unterrichtseinheiten normiert auf fiktive Vollzeitkräfte abbilden zu können. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen bzw. hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nebenberuflichen Lehrkräfte in Vollzeitäquivalente umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften addiert.

G 27

Ausgaben¹ für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler im Haushaltsjahr 2007 nach ausgewählten Schularten

¹ Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben je Schüler/-in 2007, Wiesbaden 2010, S. 6 und 7

Jährliche Ausgaben je Schülerin und Schüler belaufen sich auf 4 800 Euro

Im Jahr 2007 wurden an öffentlichen Schulen in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 4 800 Euro pro Schülerin und Schüler aufgewendet. Zu den Ausgaben zählen Personalkosten, laufender Sachaufwand und Investitionen.

Bei allgemeinbildenden Schulen waren es 5 100 Euro je Schülerin und Schüler. Diese reichten von 4 300 Euro an Grundschulen und Realschulen bis zu 11 400 Euro an Förderschulen. Der hohe finanzielle Aufwand für Förderschulen resultiert vor allem aus der niedrigeren Schüler-Lehrer-Relation, die durch das unterschiedliche Aufgabenspektrum dieser Schulform bedingt ist.

Die Aufwendungen je Schülerin und Schüler waren an berufsbildenden Schulen mit 3 500 Euro deutlich niedriger als an allgemeinbildenden Schulen. Dies ging insbesondere auf die geringeren Aufwendungen an Berufsschulen im Dualen System zurück, die vor allem durch den Teilzeitunterricht bedingt sind.

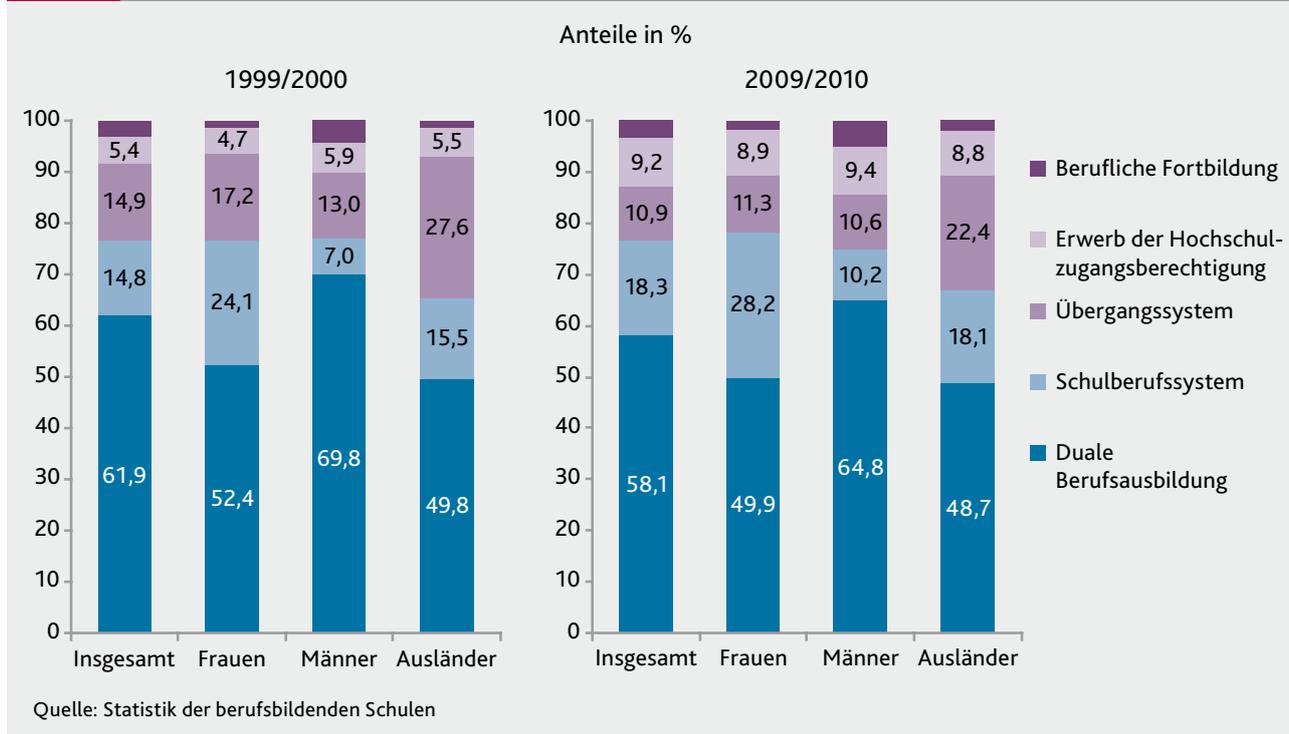
Erläuterung

Ausgaben öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler

Das Statistische Bundesamt berechnet seit dem Berichtsjahr 1995 die Kennzahl „Ausgaben öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler“. Mit diesem Indikator können in den einzelnen Ländern Aussagen zur Finanzausstattung der öffentlichen Schulen gemacht werden (vgl. Statistisches Bundesamt: Ausgaben öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler. Wiesbaden 2010).

G 28

Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen in den Schuljahren 1999/2000 und 2009/2010 nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems, Geschlecht und Staatsangehörigkeit



Anteil der Schülerinnen und Schüler im Übergangssystem rückläufig

Im Schuljahr 2009/10 befanden sich insgesamt 139 682 Personen im Berufsbildungssystem. Das Bildungsangebot dieses Bereichs ist stark differenziert. Daher soll zunächst ein struktureller Gesamtüberblick vermittelt werden. Dieser orientiert sich weniger an der institutionellen Zuordnung als an den Zielen der verschiedenen Bildungsprogramme. Im Anschluss werden die berufsbildenden Schulen einschließlich der Schulen des Gesundheitswesens und die duale Berufsausbildung (aus Sicht der Berufsbildungsstatistik) im Einzelnen näher dargestellt.

Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Berufsbildungssystems absolvierten eine klassische Lehre im Rahmen der dualen Berufsausbildung (58 Prozent). Die Bildungsgänge im Dualen System finden parallel in einem Ausbildungsbetrieb und in einer Berufsschule statt. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler in der dualen Berufsausbildung verringerte sich in den letzten zehn Jahren um 3,8 Prozentpunkte.

Den zweitgrößten Anteil stellten mit 18 Prozent die Schülerinnen und Schüler im Schulberufssystem. Bildungsgänge dieses Bereichs sind – anders als in der dualen Berufsausbildung – vollzeitschulisch organisiert. Sie finden sich vor allem in sozialen Dienstleistungsberufen und im medizinischen Bereich. Durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, aber auch durch Engpässe in der dualen Berufsausbildung, erhöhte sich der Anteil der vollzeitschulischen Berufsausbildung innerhalb der letzten zehn Jahre merklich (+3,5 Prozentpunkte).

Etwa elf Prozent der Schülerinnen und Schüler befanden sich im sogenannten Übergangssystem. Hier sollen Jugendlichen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis Kompetenzen vermittelt werden, die deren Chancen auf eine Beschäftigung oder eine Berufsausbildung verbessern. Für Personen, die zu Beginn der Berufsschulpflicht keinen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag nachweisen können, ist die Teilnahme an diesen Bildungsgängen verpflichtend. Der Anteil der Personen im Übergangssystem verringerte sich in den vergangenen zehn Jahren um vier Prozentpunkte.

Gut neun Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Berufsbildungssystems befanden sich im Schuljahr 2009/10 in Bildungsgängen, die auf die Erlangung der Hochschulreife zielten. Vor zehn Jahren waren es noch 5,4 Prozent.

Bildungsgänge der beruflichen Fortbildung, die üblicherweise an Fachschulen angeboten werden, belegten 3,5 Prozent der Personen im Berufsbildungssystem. Das waren 0,5 Prozentpunkte mehr als im Schuljahr 1999/2000.

Die unterschiedliche Besetzung der Teilbereiche der beruflichen Bildung ließ sich nicht nur im Zeitvergleich feststellen. Deutliche Unterschiede gab es auch zwischen den Geschlechtern sowie zwischen ausländischen und deutschen Schülerinnen und Schülern. So waren ausländische Jugendliche, ebenso wie Frauen in der dualen Berufsausbildung unterrepräsentiert. Die Gründe hierfür waren allerdings unterschiedlich. Ausländerinnen und Ausländer befanden sich relativ häufig im Übergangssystem. Dies lässt auf Schwierigkeiten beim Finden einer Lehrstelle schließen. Frauen belegten hingegen oft Ausbildungsgänge im sozialen oder gesundheitlichen Bereich. Diese werden mehrheitlich im Schulberufssystem und nicht im Rahmen der dualen Berufsausbildung angeboten.

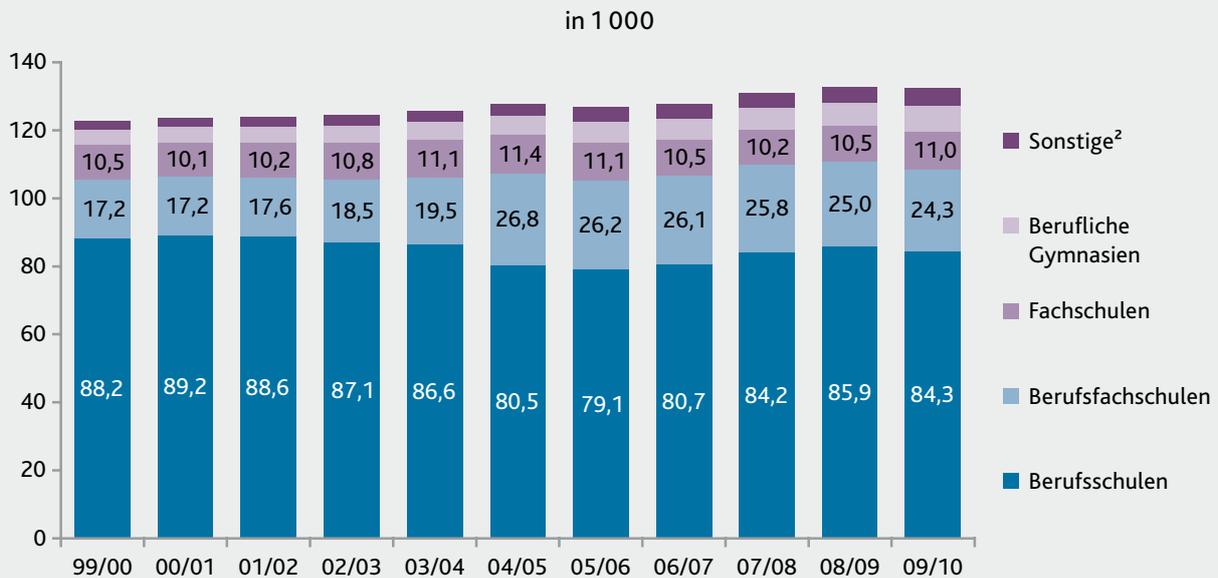
Erläuterungen

Das Berufsbildungssystem

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben ein länderübergreifendes Datenset für das Indikatorensystem Ausbildungsberichterstattung entwickelt. Zur Darstellung des gesamten Ausbildungsgeschehens wurden hierfür die verschiedenen beruflichen Bildungsgänge zu Sektoren und Konten zusammengefasst. Die hier dargestellten Bereiche basieren auf Daten der Statistik der berufsbildenden Schulen und der Schulen des Gesundheitswesens. Es können fünf Bereiche beziehungsweise Konten unterschieden werden, und zwar:

- **Duale Berufsausbildung:** Dieser Sektor beinhaltet die Berufsausbildung im Dualen System in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO). Sie findet parallel in einem Ausbildungsbetrieb und in einer Berufsschule statt.
- **Schulberufssystem:** Ausgewiesen werden hier Ausbildungsgänge in vollzeitschulischer Form, die zu einem Abschluss in einem gesetzlich anerkannten Beruf führen.
- **Übergangssystem:** In diesem Bereich werden berufliche und allgemeinbildende Bildungsangebote ausgewiesen, die zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern das Ziel haben, die Kompetenzen von Jugendlichen zu verbessern, um ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung oder einer anerkannten Berufsausbildung zu ermöglichen.
- **Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung:** Hier sind Bildungsgänge nachgewiesen, die vorrangig auf den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung zielen. Hierzu zählen Bildungsgänge an beruflichen Gymnasien, an Berufsoberschulen und an Dualen Berufsoberschulen.
- **Berufliche Fortbildung:** In diesen Sektor fallen Fortbildungsprogramme an Fachschulen ohne die Bildungsgänge im Bereich Sozialwesen.

G 29

Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen¹ in den Schuljahren 1999/2000–2009/2010 nach Schulformen

1 Ohne Schulen des Gesundheitswesens. – 2 Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen und duale Berufsoberschulen.

Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen

Mehr als 130 000 Schülerinnen und Schüler lernen an berufsbildenden Schulen

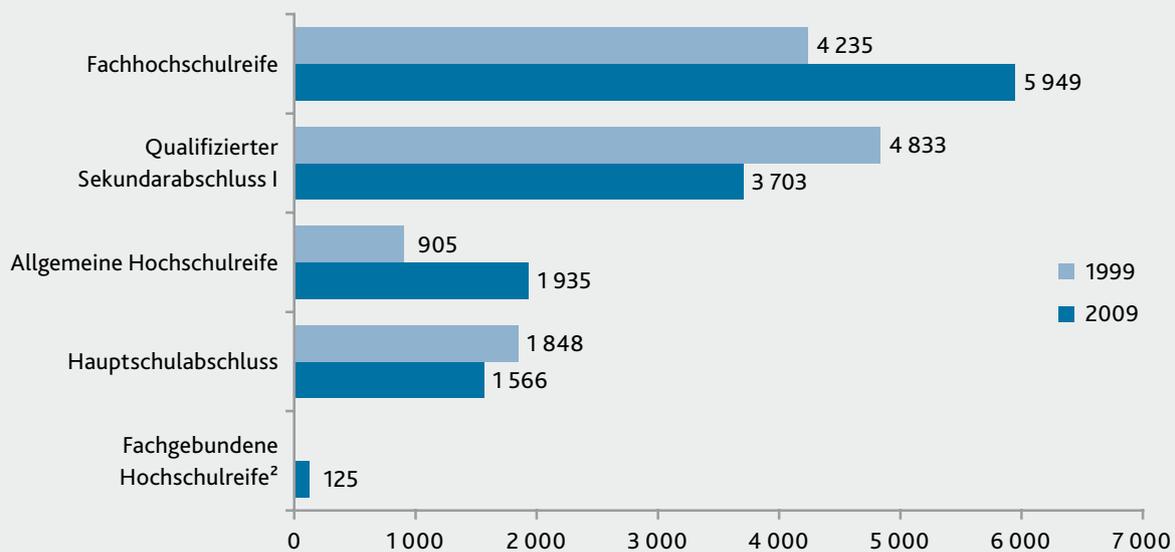
Im Schuljahr 2009/10 wurden 132 420 Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens) unterrichtet. Das waren 9 598 mehr als im Schuljahr 1999/2000 (+7,8 Prozent). Fast 64 Prozent der Schülerinnen und Schüler besuchten Berufsschulen und rund 18 Prozent Berufsfachschulen. Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler an Fachschulen (8,3 Prozent), an beruflichen Gymnasien (5,7 Prozent) sowie an Berufsoberschulen und an Dualen Berufsoberschulen (zusammen 3,9 Prozent).

Der Frauenanteil an berufsbildenden Schulen betrug 43 Prozent. Besonders wenig Frauen gab es in der Berufsoberschule I (31 Prozent) und im Berufsvorbereitungsjahr (37 Prozent). Dies lag unter anderem daran, dass Frauen bereits die allgemeinbildenden Schulen häufiger mit einem höheren Abschluss verließen als Männer und daher andere Bildungsgänge wählten. Die relativ hohen Frauenanteile an Fachschulen (57 Prozent) und an Berufsfachschulen (52 Prozent) waren vor allem auf die Bildungsgänge im sozialen Bereich zurückzuführen, die an diesen Schulen angeboten werden.

Erläuterung

Statistik der berufsbildenden Schulen

Im Rahmen der Schulstatistik werden jährlich alle berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz zu Schülerinnen und Schülern, Schulentlassenen und Lehrkräften befragt.

G 30 An berufsbildenden Schulen¹ erworbene allgemeinbildende Abschlüsse 1999 und 2009


1 Ohne Schulen des Gesundheitswesens. – 2 Wird erst seit dem Schuljahr 2005/06 an der Berufsoberschule II angeboten.

Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen

Berufsbildende Schulen auch wichtig bei der Vermittlung allgemeinbildender Schulabschlüsse

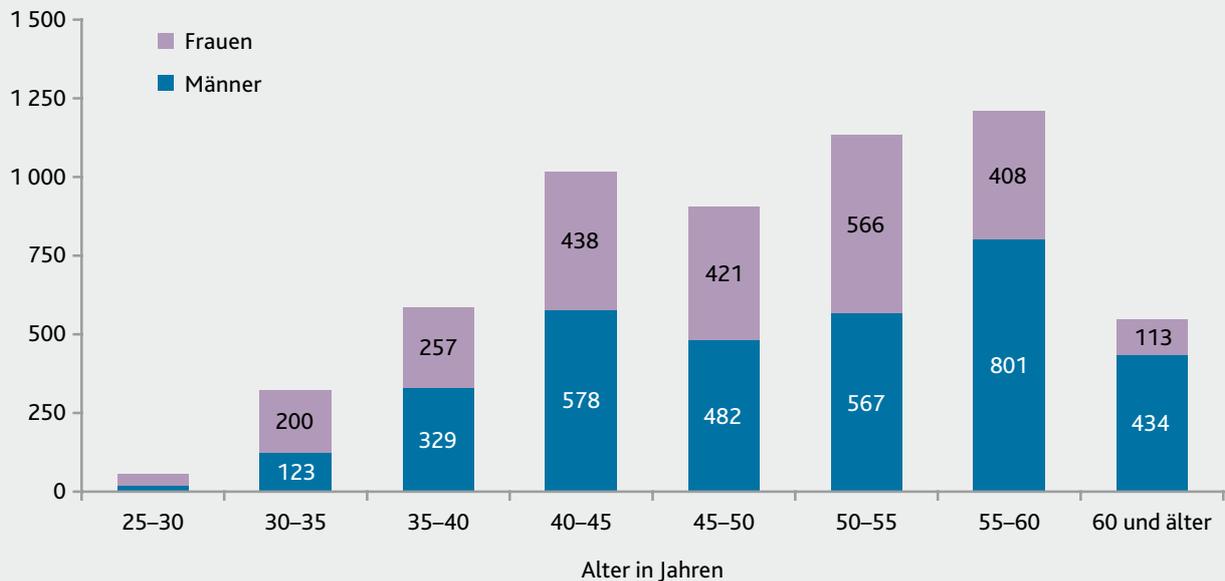
An berufsbildenden Schulen wird nicht ausschließlich berufliche Bildung vermittelt. Eine wichtige Zusatzfunktion liegt hier in der Vermittlung allgemeinbildender Abschlüsse. Vom Hauptschulabschluss über die mittlere Reife bis hin zur allgemeinen Hochschulreife können alle allgemeinbildenden Abschlüsse auch an berufsbildenden Schulen erlangt werden.

Im Jahr 2009 verließen 55 357 Schülerinnen und Schüler die berufsbildenden Schulen, darunter 13 278 mit einem allgemeinbildenden Abschluss. Diesen erlangten sie teilweise sogar zusätzlich zu einem beruflichen Abschluss. Mehr als ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen (einschließlich Fachhochschulreife) wurde 2009 an berufsbildenden Schulen erlangt.

Erläuterung
Fachgebundene Hochschulreife

Die fachgebundene Hochschulreife wird in Rheinland-Pfalz seit dem Schuljahr 2005/06 an Berufsoberschulen II angeboten. Im Gegensatz zur allgemeinen Hochschulreife wird für die Erlangung dieses Abschlusses nur eine Fremdsprache benötigt. Die fachgebundene Hochschulreife vermittelt die Zugangsvoraussetzung für Fachhochschulen und für ausgewählte Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten).

G 31

Altersstruktur der hauptamtlichen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen¹ im Schuljahr 2009/10 nach Geschlecht

1 Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen

Die Mehrzahl der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen ist männlich

Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 waren an berufsbildenden Schulen 5777 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte tätig. Durchschnittlich wurden 25 Schülerinnen und Schüler von einer Lehrkraft betreut. Das waren geringfügig weniger als vor zehn Jahren. Damit lag die Schüler-Lehrer-Relation an berufsbildenden Schulen deutlich über jener an allgemeinbildenden Schulen (15 Schülerinnen und Schüler pro Lehrkraft). Dies liegt vor allem daran, dass fast zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler berufsbildender Schulen Teilzeitbildungsgänge im Rahmen der dualen Ausbildung besuchen. In diesen Bildungsgängen wird in der Regel der theoretische Teil in der Berufsschule und der praktische im Ausbildungsbetrieb vermittelt.

Im Gegensatz zur Lehrerschaft an allgemeinbildenden Schulen war die Mehrheit der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen männlich (58 Prozent). Auch Vollzeitbeschäftigte waren an den berufsbildenden Schulen mit einem Anteil von 67 Prozent deutlich häufiger vertreten als an allgemeinbildenden Schulen (57 Prozent). Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 war die Hälfte der Lehrkräfte 50 Jahre oder älter.

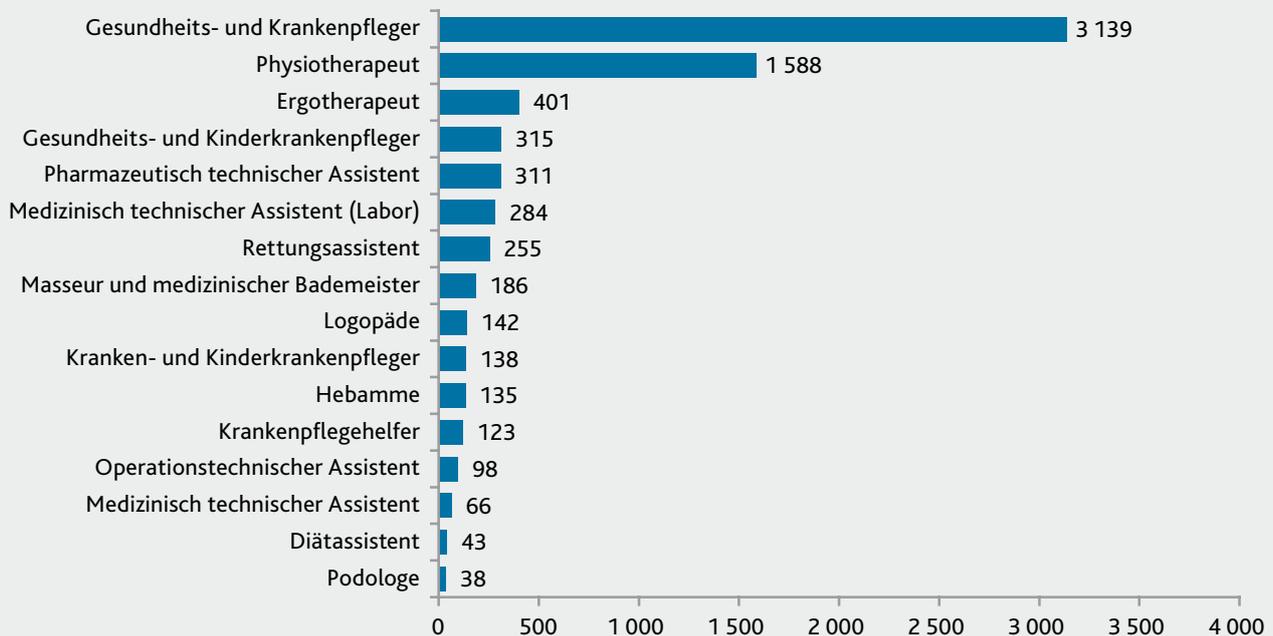
Erläuterung

Vollzeitlehrereinheiten

Vollzeitlehrereinheiten werden errechnet, um die Unterrichtsversorgung der von Voll- und Teilzeitlehrkräften erteilten Unterrichtseinheiten normiert auf fiktive Vollzeitkräfte abbilden zu können. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen bzw. hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nebenamtlichen Lehrkräfte in Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften hinzu addiert.

G 32

Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2009/10 nach Bildungsgängen



Quelle: Statistik über die Schulen des Gesundheitswesens

Ausbildung im Bereich Gesundheits- und Krankenpflege am beliebtesten

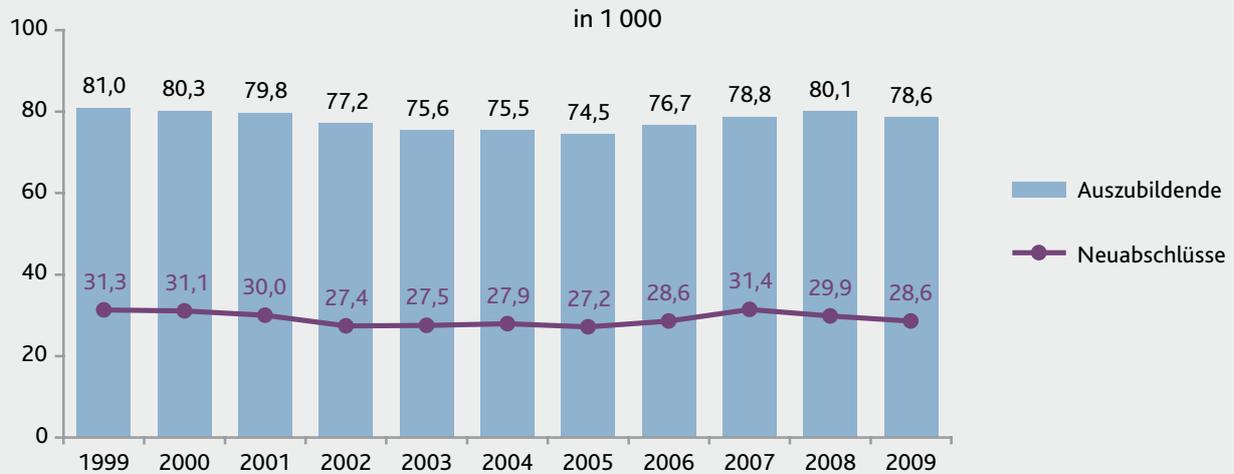
An den Schulen des Gesundheitswesens absolvierten im Schuljahr 2009/10 insgesamt 7 262 Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung in einem nichtakademischen Gesundheitsberuf, darunter 5 719 Frauen (79 Prozent). Mit 43 Prozent wurden die weitaus meisten Schülerinnen und Schüler zur Gesundheits- und Krankenpflegerin beziehungsweise zum Gesundheits- und Krankenpfleger ausgebildet. Es folgten die Physiotherapeuten mit 22 Prozent und die Ergotherapeuten mit sechs Prozent.

Die Schulen des Gesundheitswesens nehmen eine Sonderstellung zwischen der bundeseinheitlich geregelten betrieblichen Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz beziehungsweise der Handwerksordnung und dem rein länderrechtlich geregelten schulischen Ausbildungsteil des Dualen Systems ein. Sie können als staatlich anerkannte Privatschulen organisiert sein, aber auch an ein Krankenhaus angegliedert und über dessen Pflegesätze finanziert werden. Die dort erlangten Abschlüsse sind staatlich anerkannt. Die Gesundheitsfachberufe werden fast vollständig an diesen Schulen ausgebildet.

Erläuterung

Statistik über die Schulen des Gesundheitswesens

Bis 2008 wurden die Daten für die Statistik der Schulen des Gesundheitswesens auf freiwilliger Basis erhoben. Infolge der Einführung einer gesetzlichen Berichtspflicht zum Schuljahr 2009/10 ist ein Vergleich mit den gemeldeten Schülerzahlen der Vorjahre nur bedingt möglich.

G 33 Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 1999–2009


Quelle: Berufsbildungsstatistik

Fast alle Bewerber fanden einen Ausbildungsplatz

Im Jahr 2009 wurden in Rheinland-Pfalz 28 572 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, das waren 1 287 weniger als im Vorjahr. Damit sank die Zahl der Neuabschlüsse zum zweiten Mal in Folge. Zum Vergleich: Im Jahr 1999 gab es noch 31 297 Neuabschlüsse.

Der Rückgang der Neuabschlüsse dürfte auch darauf zurückgehen, dass die Zahl der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen – die im Wesentlichen die Ausbildungsplätze nachfragen – ebenfalls seit dem Jahr 2008 sinkt. So verließen 2009 nur noch 45 768 Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen. Das waren 976 weniger als im Vorjahr (–2,1 Prozent). Zudem entschieden sich mehr Schulabgängerinnen und -abgänger für eine rein schulische Berufsausbildung oder für ein Hochschulstudium. Darauf deutet die rechnerische Einmündungsquote, also die Zahl der Neuverträge je 100 Schulabgängerinnen und -abgänger allgemeinbildender Schulen hin. Sie lag im Jahr 2009 bei 62 Prozent und damit elf Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 1999.

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt war im Jahr 2009 relativ ausgeglichen. Die Mehrheit der Ausbildungsplatzsuchenden wurde fündig. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren zum 30. September 2009 in Rheinland-Pfalz 635 Bewerber gemeldet, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten. Diesen standen 873 registrierte unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber.

Insgesamt befanden sich am 31. Dezember 2009 gut 78 600 Auszubildende in einer Ausbildung zu einem nach dem Berufsbildungsgesetz oder nach der Handwerksordnung anerkannten Ausbildungsberuf. Das waren drei Prozent weniger als im Jahr 1999.

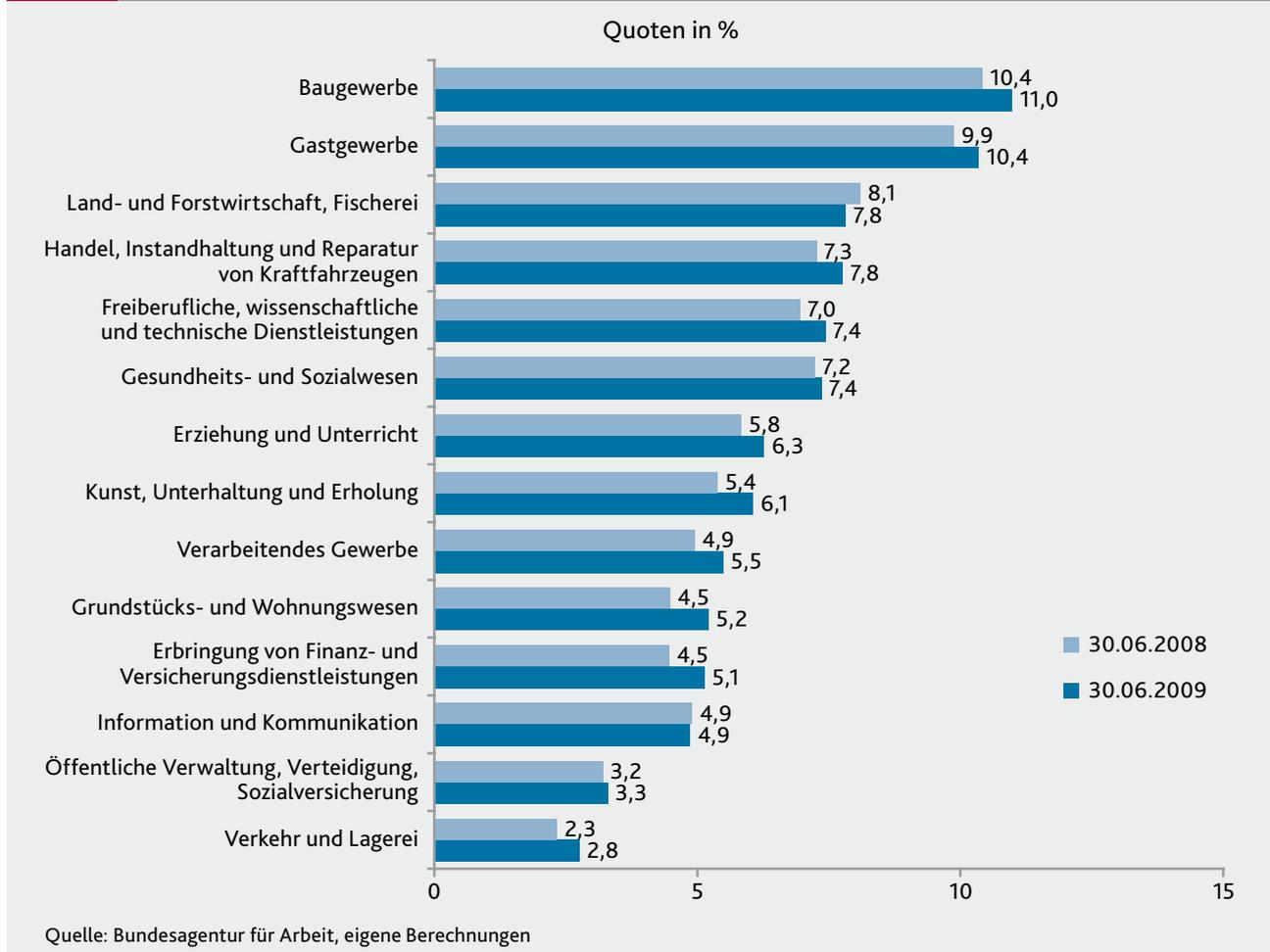
Die weitaus meisten von ihnen absolvierten eine Ausbildung im Ausbildungsbereich Industrie und Handel (42 095), gefolgt von den Auszubildenden im Handwerk (25 780), in den freien Berufen (5 964), in der Landwirtschaft (2 052), im öffentlichen Dienst (1 955) und in der Hauswirtschaft (798).

Erläuterung

Die Berufsbildungsstatistik

Die Zahlen zur Berufsausbildung werden von den Kammern und den übrigen für die duale Berufsausbildung zuständigen Stellen jährlich zum 31. Dezember an das Statistische Landesamt gemeldet. Seit dem Jahr 2007 erfolgt die Lieferung der Zahlen zu den Auszubildenden und zu Ausbildungsabschlussprüfungen auf der Basis von Einzeldaten. Neben den Zahlen zu Auszubildenden werden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik auch Daten zu Ausbildern und Ausbildungsberatern erfasst.

G 34 Ausbildungsquoten 2008 und 2009 nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten



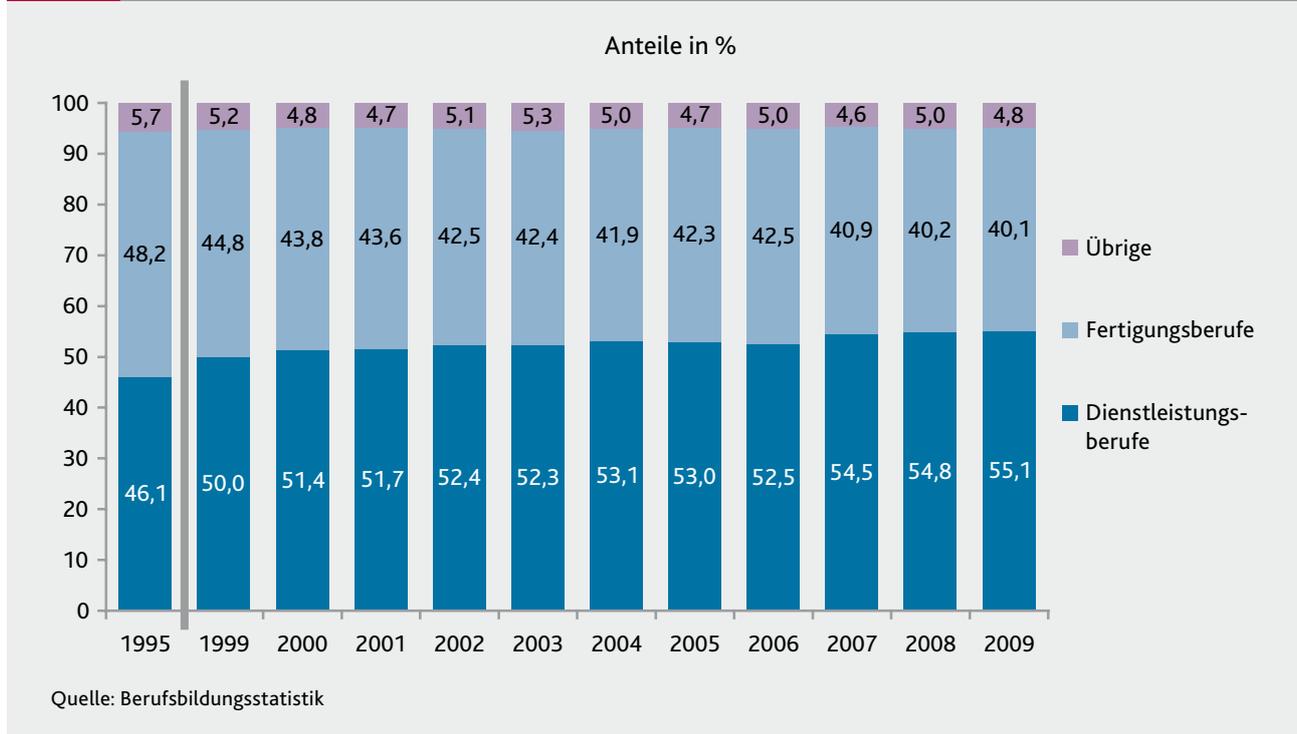
Ein Viertel aller rheinland-pfälzischen Betriebe bildet aus

Die Ausbildungsneigung von Unternehmen spiegelt sich in der Ausbildungsquote wider, also der Zahl der Auszubildenden je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Diese Quote stieg im Jahr 2009 auf 6,5 Prozent an (2008: sechs Prozent). Die Entwicklung ging bei relativ konstanter Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vor allem auf die Zunahme der Zahl der Auszubildenden zurück. Die Ausbildungsintensität der Unternehmen variierte unter anderem in Abhängigkeit von der Branche und der Betriebsgröße. Während Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten eine Ausbildungsquote von durchschnittlich 7,8 Prozent auswiesen, kamen Unternehmen mit 500 bis 1000 Beschäftigten auf eine Quote von 5,6 Auszubildenden pro 100 Beschäftigte. Die Quoten in den verschiedenen Wirtschaftsabschnitten reichten von 2,8 Prozent in Verkehr und Lagerei bis zu elf Prozent im Baugewerbe. Insgesamt bildete im Jahr 2009 ein Viertel aller rheinland-pfälzischen Betriebe aus.

Erläuterung

Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit
 Diese Statistik beruht auf den Meldungen der Arbeitgeber zur Kranken-, Renten-, Pflege- oder Arbeitslosenversicherung. Es werden alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer erfasst. Nicht berücksichtigt sind nicht sozialversicherungspflichtige Beamte, Selbstständige, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und Personen, die ausschließlich in sogenannten Mini-Jobs tätig sind.

G 35 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 1995–2009 nach Berufsbereichen



Mehr als die Hälfte der Ausbildungsverträge im Dienstleistungssektor abgeschlossen

Die duale Berufsausbildung wird im wachsenden Maße durch den Dienstleistungssektor getragen. Standen sich bis Mitte der 90er-Jahre Dienstleistungs- und Fertigungsberufe noch relativ ausgeglichen gegenüber, so schlossen 2009 insgesamt 15 748 Personen einen Ausbildungsvertrag im Dienstleistungssektor ab, lediglich 11 446 wählten einen Fertigungsberuf. Der Anteil der Auszubildenden in Dienstleistungsberufen, also in Berufen des tertiären Sektors, betrug damit 55 Prozent. Auf die Fertigungsberufe entfielen 40 Prozent aller Auszubildenden.

Das Ausbildungssystem vollzieht damit den Wandel nach, der auch allgemein auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten ist. So arbeiteten im Jahr 1995 noch 34 Prozent aller Beschäftigten in Fertigungsberufen, im Jahr 2009 waren es nur noch 28 Prozent. In den Dienstleistungsberufen stieg der Anteil dagegen von 58 Prozent auf 63 Prozent.

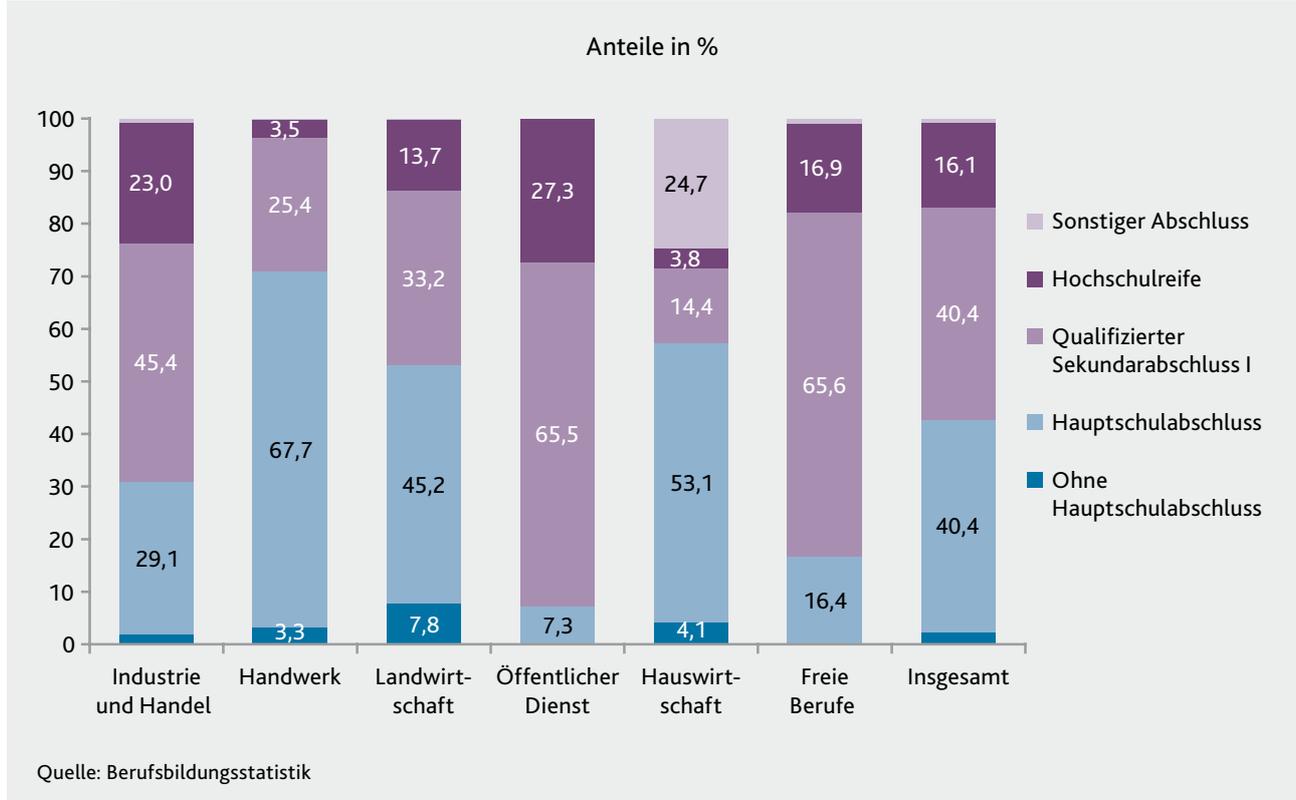
Erläuterung

Berufsbereiche

Die Berufsbereiche fassen als oberste Einheit in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen „Klassifizierung der Berufe 1992“ jene Berufe zusammen, die sich nach den Arbeitsaufgaben und der allgemeinen Art der Tätigkeit ähneln. Die fachlich näher zueinander gehörenden, ihrer Berufsaufgabe und Tätigkeit nach verwandten Berufe sind in verschiedene Berufsgruppen zusammengefasst.

G 36

Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2009 nach Ausbildungsbereichen und Vorbildung



Rund 16 Prozent der neuen Auszubildenden verfügen über die Hochschulreife

Der Wandel der Anforderungen des Ausbildungsmarktes sowie das gestiegene Bildungsniveau der Bevölkerung schlugen sich auch in der schulischen Vorbildung der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger nieder. So lag der Anteil der Anfängerinnen und -anfänger mit mittlerem Abschluss (qualifizierter Sekundarabschluss I) im Jahr 1999 bei 28 Prozent. Über die Hochschulreife verfügten zwölf Prozent, 40 Prozent über keinen oder den Hauptschulabschluss. Im Jahr 2009 betrug der Anteil der neuen Auszubildenden mit mittlerem Abschluss schon 40 Prozent, während 16 Prozent der jungen Menschen ihre Ausbildung nach Erlangen der Hochschulreife begannen. Ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss waren insgesamt 43 Prozent der Anfängerinnen und Anfänger.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass der Anteil der „sonstigen Abschlüsse“ im Jahr 1999 erhebungstechnisch bedingt mit 19 Prozent noch relativ hoch war (2009: 0,8 Prozent). Hierdurch erfolgte eine Unterschätzung der übrigen Abschlussarten. So lag der Anteil der Anfängerinnen und Anfänger mit und ohne Hauptschulabschluss 1999 vermutlich deutlich über 40 Prozent.

Hierauf deuten auch die Zahlen der Statistik der berufsbildenden Schulen hin, nach denen im Jahr 1999 insgesamt 47 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Berufsschule ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss begannen, wohingegen es 2009 lediglich 42 Prozent waren.

Die Daten der Berufsbildungsstatistik für das Jahr 2009 zeigen zudem, dass sich die einzelnen Ausbildungsbereiche deutlich in der Vorbildung ihrer Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger unterschieden. Während Personen mit Hauptschulabschluss im Handwerk (68 Prozent), in der Hauswirtschaft (53 Prozent) und in der Landwirtschaft (45 Prozent) einen erheblichen Anteil stellten, waren sie im öffentlichen Dienst kaum vertreten (7,3 Prozent).

Jugendliche mit Hochschulreife waren dagegen insbesondere unter den Anfängerinnen und Anfängern im öffentlichen Dienst (27 Prozent) sowie in Industrie und Handel (23 Prozent) stark vertreten. Die Bereiche Hauswirtschaft und Handwerk schienen für diese Personengruppe hingegen weniger attraktiv zu sein. Personen ohne Schulabschluss hatten auf dem Lehrstellenmarkt nur sehr geringe Chancen. Sie stellten nur einen kleinen Anteil der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger (2,3 Prozent). Am häufigsten vertreten waren sie in den Bereichen Landwirtschaft (7,8 Prozent) und Hauswirtschaft (4,1 Prozent).

Das gestiegene Bildungsniveau und die damit verbundene längere Verweildauer der Jugendlichen im allgemeinbildenden Schulsystem spiegelte sich auch im höheren Durchschnittsalter der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger wider. Begannen 1999 noch knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Jugendlichen ihre Ausbildung im Alter von unter 19 Jahren, so waren es 2009 weniger als die Hälfte (48 Prozent). Das gestiegene Alter der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger kann auch ein Hinweis darauf sein, dass ein größerer Teil der Jugendlichen die Berufsausbildung nicht direkt nach Abschluss der allgemeinbildenden Schulen aufnahm, sondern zunächst eine berufsvorbereitende Maßnahme, wie beispielsweise das Berufsvorbereitungsjahr, absolvierte oder einen allgemeinbildenden Abschluss nachholte.

Erläuterungen

Vorbildung

In der Berufsbildungsstatistik wird seit dem Jahr 2007 die schulische Vorbildung, also der höchste allgemeinbildende Abschluss der Auszubildenden erfasst. Bis 2007 wurden die schulischen Abschlüsse zusammen mit der schulischen Herkunft der Auszubildenden aus dem Berufsgrundbildungsjahr, dem Berufsvorbereitungsjahr oder der Berufsfachschule erfragt. Für Absolventinnen und Absolventen dieser Bildungsgänge wurde dadurch in gewisser Weise willkürlich entweder die schulische Herkunft oder die schulische Vorbildung gemeldet. Dies führte dazu, dass für die Jahre bis 2007 keine vollständigen Angaben zur schulischen Vorbildung verfügbar sind.

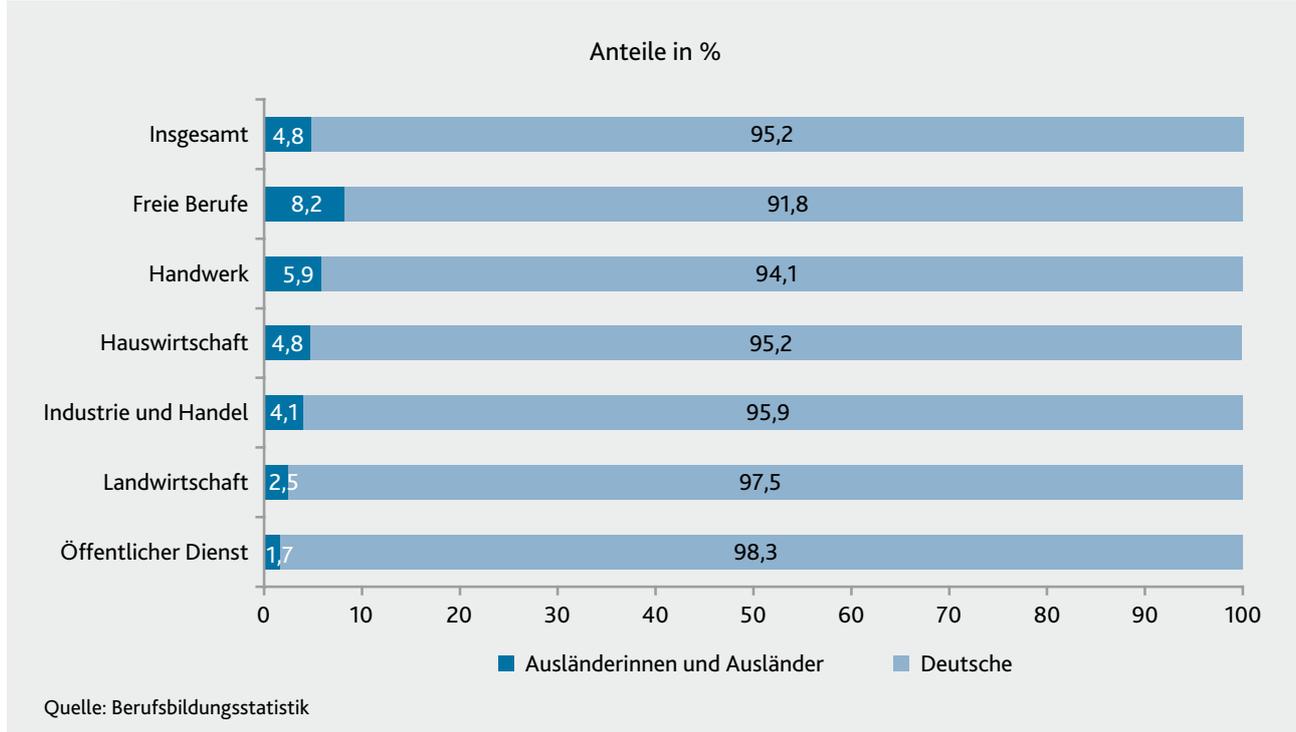
Statistik der berufsbildenden Schulen

Als Datenquelle für die duale Berufsausbildung dient neben der Berufsbildungsstatistik die Statistik der berufsbildenden Schulen. Für diese Erhebung werden jährlich zum Schuljahresbeginn bei den Schulen Individualdaten über Schülerinnen und Schüler, Absolventinnen und Absolventen sowie Lehrkräfte erfragt.

Aufgrund der unterschiedlichen Stichtage und der teilweise unterschiedlichen regionalen Zuordnung der Auszubildenden in der Berufsbildungs- und in der Schulstatistik gibt es Differenzen zwischen den erhobenen Daten, die die Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus beiden Erhebungen einschränken.

G 37

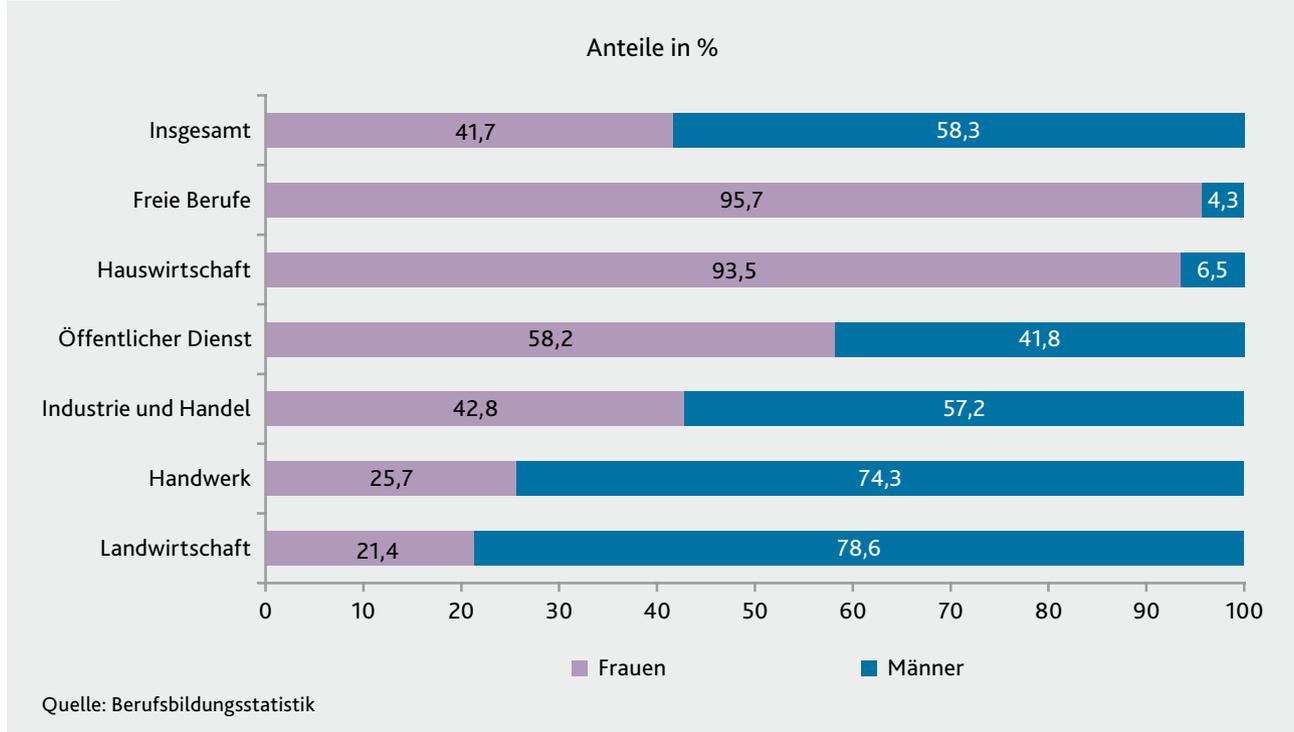
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach Ausbildungsbereichen und Staatsangehörigkeit



Ausländische Jugendliche sind in der dualen Berufsausbildung unterrepräsentiert

Im Jahr 2009 begannen in Rheinland-Pfalz 1384 ausländische Jugendliche eine Lehre in einem anerkannten Ausbildungsberuf, darunter 634 Frauen (46 Prozent). In der Berufsausbildung war diese Personengruppe damit noch deutlich unterrepräsentiert. Obwohl ihr Anteil an der rheinland-pfälzischen Bevölkerung im Alter von 18 bis 21 Jahren zum Ende des Jahres 2009 gut acht Prozent betrug, stellten sie lediglich 4,8 Prozent der neuen Auszubildenden. Auch die relativ geringe Einmündungsquote läßt auf Schwierigkeiten dieser Bevölkerungsgruppe auf dem Lehrstellenmarkt schließen. Die rechnerische Einmündungsquote betrug für die ausländischen Schulabgängerinnen und -abgänger im Jahr 2009 lediglich 39 Prozent. Sie lag damit deutlich unter der Quote der deutschen Jugendlichen (64 Prozent). Die relativ geringe Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher resultierte vermutlich auch aus der – im Verhältnis zu deutschen Jugendlichen – im Durchschnitt schlechteren Schulbildung.

Diese zeigte sich ebenfalls bei den Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern, also jenen Personen, die eine Lehrstelle gefunden hatten. So verfügte mit 36 Prozent nur etwa ein Drittel der ausländischen Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger des Jahres 2009 über den mittleren Abschluss oder die Hochschulreife. Bei den deutschen Anfängerinnen und Anfängern lag dieser Anteil bei 58 Prozent. Am häufigsten vertreten waren Ausländerinnen und Ausländer in den freien Berufen (8,2 Prozent) – am seltensten im öffentlichen Dienst (1,7 Prozent).

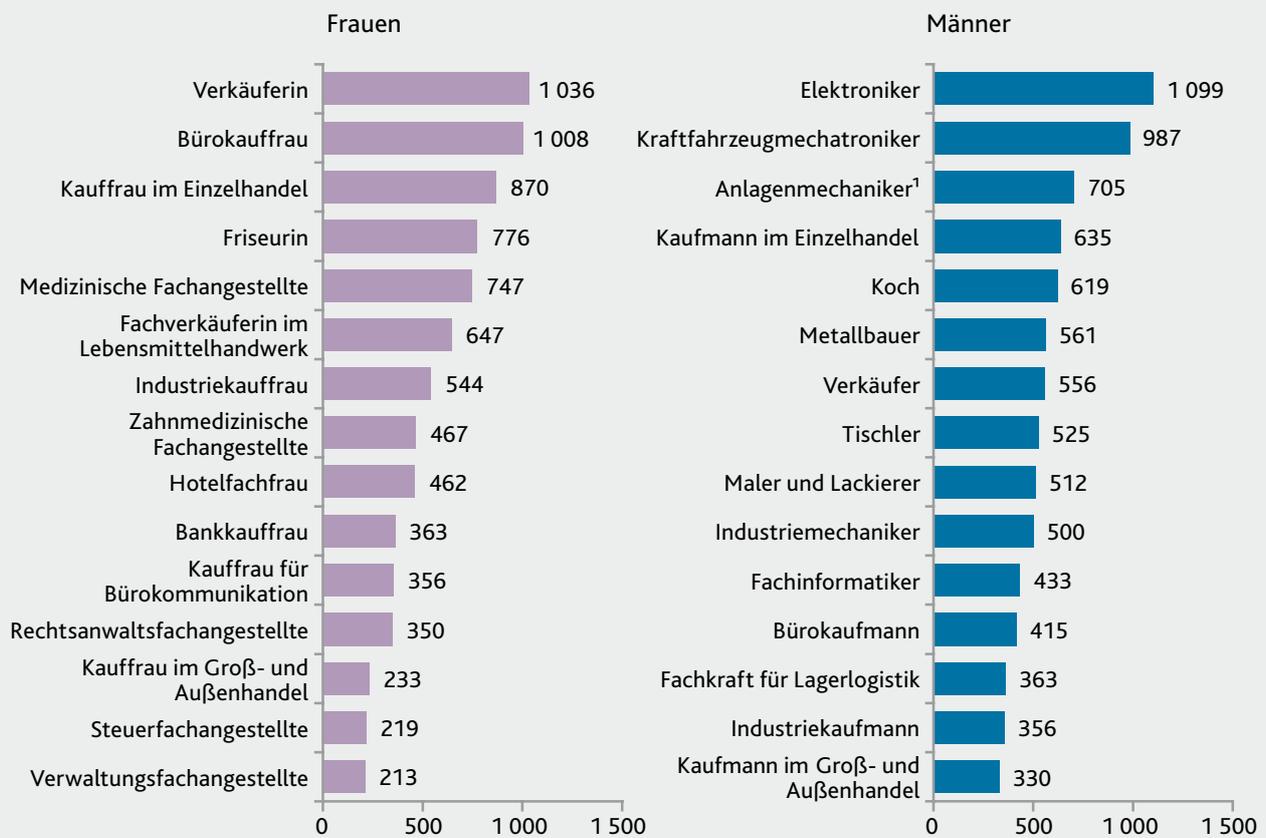
G 38 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht

Frauen in den freien Berufen und im Ausbildungsbereich Hauswirtschaft stark vertreten

Frauen sind in der dualen Berufsausbildung traditionell unterrepräsentiert. Ihr Anteil an den Ausbildungsanfängern betrug 2009 lediglich 42 Prozent. In den einzelnen Ausbildungsbereichen waren die Frauen zudem sehr unterschiedlich vertreten.

So stellten sie die Mehrheit der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger in den freien Berufen (96 Prozent), zu denen beispielsweise die medizinischen oder zahnmedizinischen Fachangestellten sowie die Rechtsanwalts- oder Steuerfachangestellten gehören. Ebenfalls nahezu ausschließlich von Frauen gewählt wurde der Ausbildungsbereich Hauswirtschaft (93 Prozent). Desgleichen war die Situation im öffentlichen Dienst durch einen hohen Frauenanteil (58 Prozent) gekennzeichnet. Relativ wenige Ausbildungsanfängerinnen fanden sich dagegen im Handwerk (26 Prozent), wo Frauen sich hauptsächlich zur Friseurin oder zur Fachverkäuferin im Lebensmittelhandwerk ausbilden lassen. Den geringsten Frauenanteil gab es bei den Neuabschlüssen in der Landwirtschaft (21 Prozent). Gut die Hälfte der Frauen in diesem Bereich begann eine Ausbildung zur Winzerin oder zur Pferdewirtin.

G 39

Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in den 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2009 nach Geschlecht



1 Für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik.

Quelle: Berufsbildungsstatistik

Verkäuferin und Elektroniker waren beliebteste Ausbildungsberufe

Frauen konzentrieren sich bei der Berufswahl auf weniger Ausbildungsberufe als ihre männlichen Altersgenossen. Im Jahr 2009 fanden sich 58 Prozent aller weiblichen Ausbildungsanfänger in nur zehn Berufen, darunter viele im kaufmännischen Bereich. Junge Männer waren bei ihrer Berufswahl deutlich weniger fokussiert. Lediglich 40 Prozent der Ausbildungsanfänger wählten einen der zehn bei Männern beliebtesten Berufe. Die jungen Männer begannen zudem deutlich häufiger eine Ausbildung mit technischer oder handwerklicher Ausrichtung.

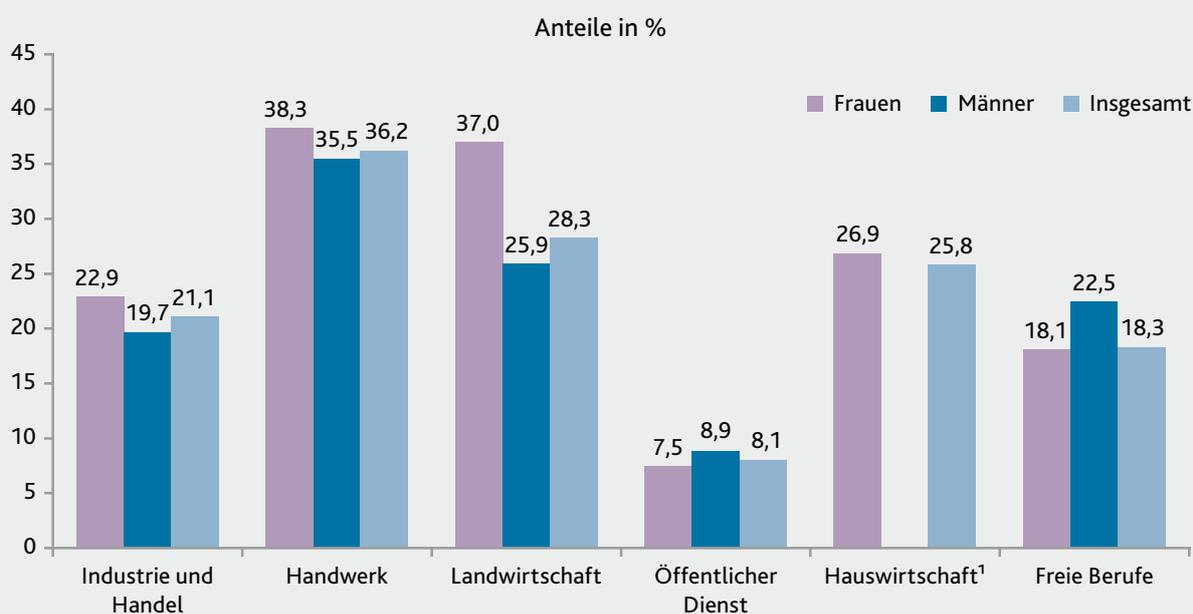
Der beliebteste Beruf bei den Frauen war 2009 der der Verkäuferin. Bei den Männern belegte der Beruf des Elektrikers den ersten Platz.

Erläuterung

Ausbildungsbereiche

In der Berufsbildungsstatistik werden die Ausbildungsbereiche Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe), Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, freie Berufe und Hauswirtschaft unterschieden. Die Zuordnung der Auszubildenden richtet sich entsprechend dem Berufsbildungsgesetz vielfach nach der Art des Ausbildungsberufes und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebes zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich.

G 40 Vertragslösungsquoten 2009 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht



¹ Quote für Männer aufgrund geringer Besetzungszahlen nicht aussagekräftig.

Quelle: Berufsbildungsstatistik

Relativ wenige Vertragslösungen im öffentlichen Dienst

Die Zahl der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge stieg im Jahr 2009 wieder an. Die Kammern und die übrigen zuständigen Stellen meldeten 7 880 Verträge, die von Auszubildenden oder von den Ausbildungsbetrieben vorzeitig beendet wurden. Gründe hierfür können beispielsweise Insolvenz und Schließung des Ausbildungsbetriebs oder aber auch eine berufliche Umorientierung des Auszubildenden sein. Etwa die Hälfte der vorzeitigen Vertragslösungen erfolgte im ersten Ausbildungsjahr, 31 Prozent im zweiten.

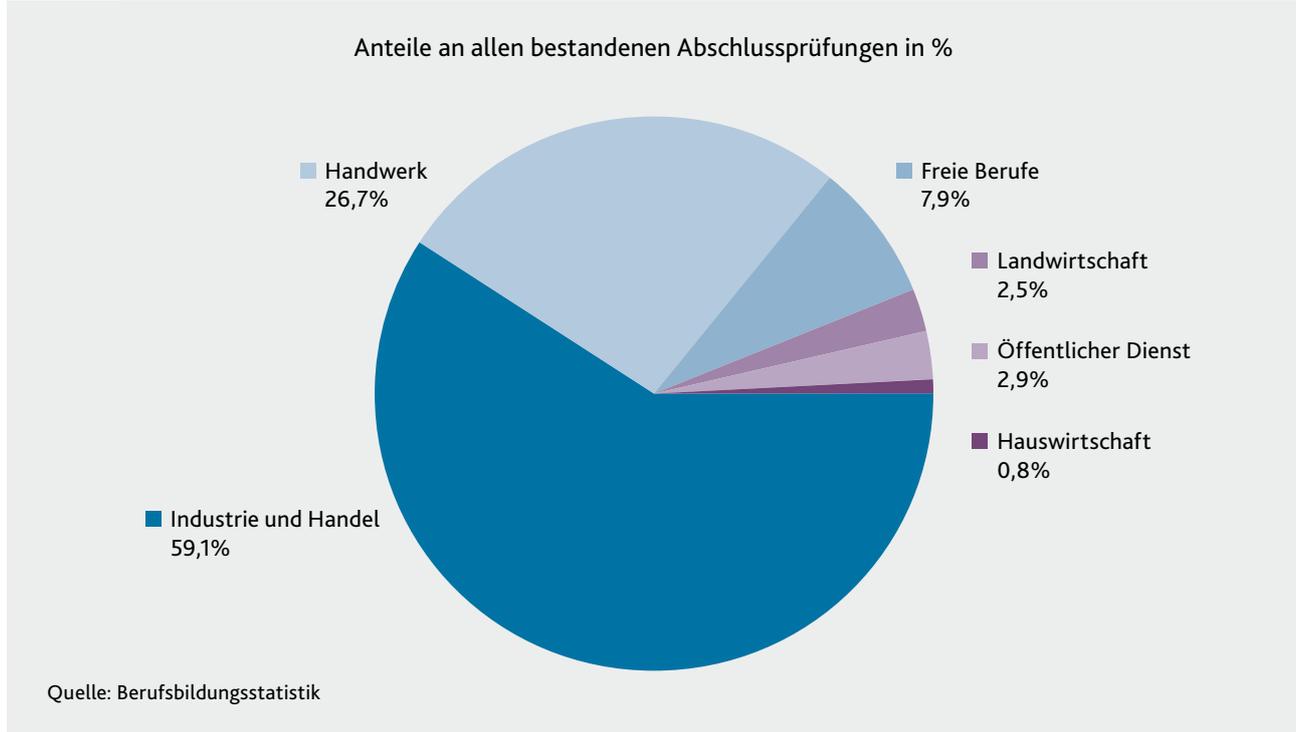
Die Vertragslösungsquote lag 2009 bei 26 Prozent. Auffallend gering war sie im öffentlichen Dienst (8,1 Prozent), relativ hoch im Handwerk (36 Prozent). Letztere korreliert mit der relativ geringen schulischen Vorbildung der Auszubildenden in diesem Bereich. Der Bereich Hauswirtschaft wurde aufgrund der geringen Besetzungszahlen durch Männer nicht differenziert nach Geschlecht betrachtet.

Erläuterung

Vertragslösungsquote

Die Vertragslösungsquote wird hier nach dem sogenannten „einfachen Verfahren“ berechnet. Hierfür werden alle Vertragslösungen eines Berichtsjahres auf die Zahl der Neuabschlüsse dieses Jahres bezogen, zuzüglich der Vertragslösungen in der Probezeit.

G 41 Bestandene Abschlussprüfungen 2009 nach Ausbildungsbereichen

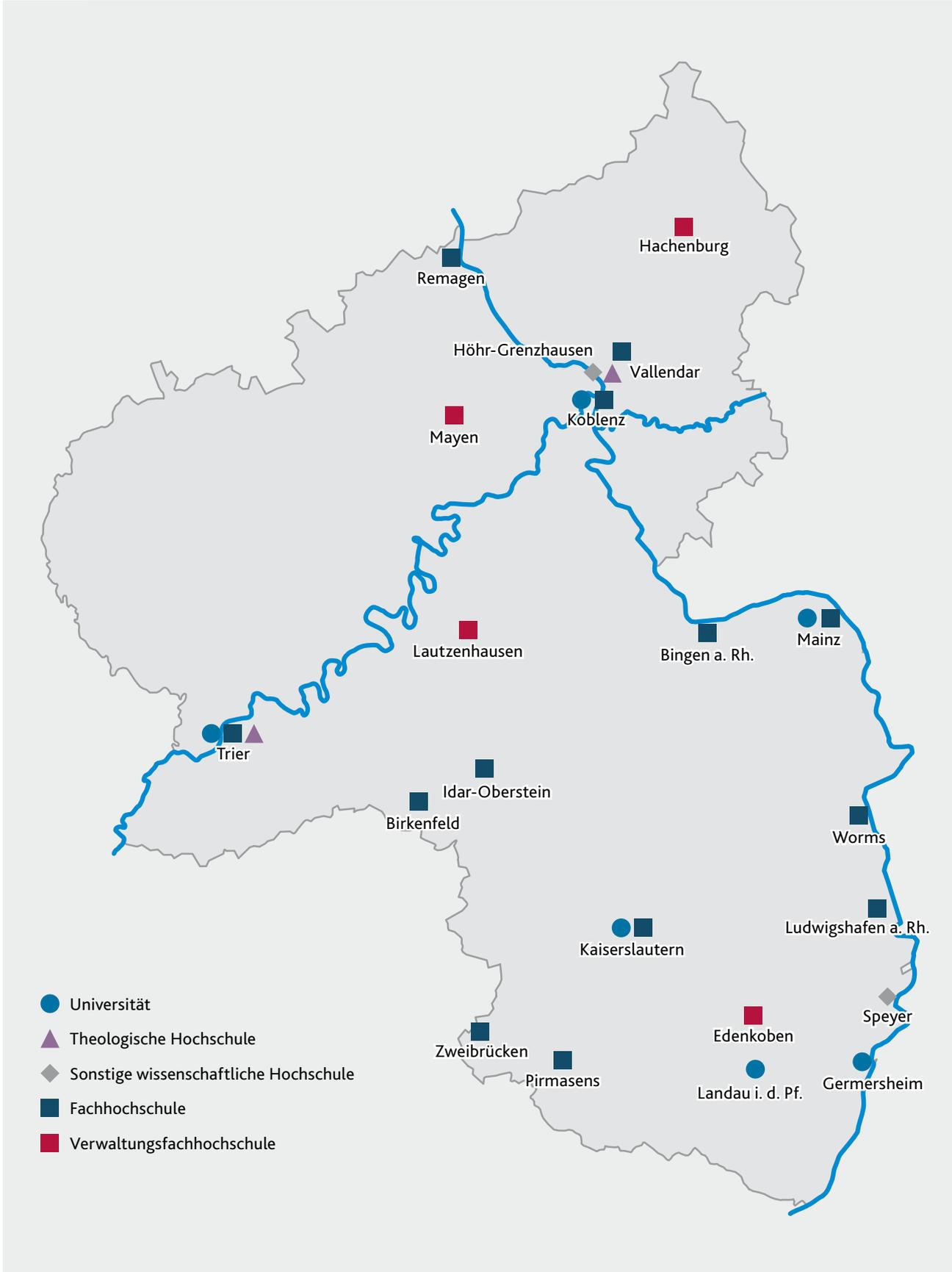


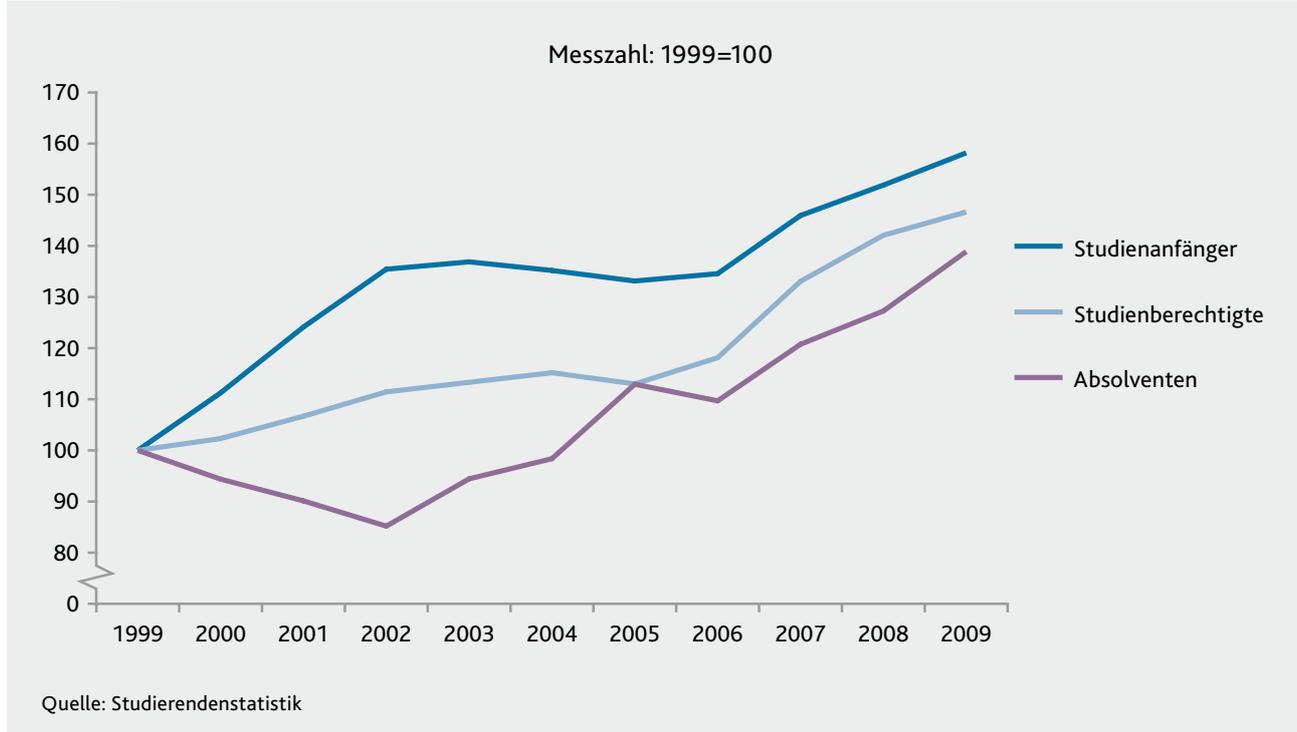
Neun von zehn Abschlussprüfungen bestanden

Im Jahr 2009 absolvierten in Rheinland-Pfalz 10 764 Frauen und 14 627 Männer ihre Ausbildungsabschlussprüfung. Das waren 530 weniger als im Jahr 1999 (-2 Prozent). Insgesamt 9 704 Prüfungsteilnehmerinnen und 12 935 Prüfungsteilnehmer schlossen ihre Abschlussprüfung erfolgreich ab (89 Prozent). Bei den jungen Frauen lag die Erfolgsquote mit 90 Prozent etwas höher als bei den Männern (88 Prozent). Der Ausbildungsbereich Industrie und Handel verzeichnete mit einer Erfolgsquote von 91 Prozent den höchsten Anteil bestandener Prüfungen. Die niedrigste Erfolgsquote wurde mit 83 Prozent in der Hauswirtschaft registriert. Den größten Zuwachs an qualifizierten Nachwuchskräften verbuchten die Bereiche Industrie und Handel (13 386) sowie das Handwerk (6 054). In den freien Berufen schlossen 1 797 Auszubildende ihre Lehre erfolgreich ab, gefolgt von 648 Auszubildenden im öffentlichen Dienst. In der Landwirtschaft bestanden 570 und in der Hauswirtschaft 184 Auszubildende die Abschlussprüfung.

Neben der beruflichen Qualifizierung nutzen viele Auszubildende auch die Chance, im Rahmen ihrer Ausbildung zusätzlich einen höherwertigen allgemeinbildenden Abschluss zu erlangen. Insgesamt 1 566 Schülerinnen und Schüler verließen die Berufsschulen 2009 mit einem zusätzlich erworbenen Hauptschulabschluss, 614 mit dem Sekundarabschluss I und 26 mit der Fachhochschulreife.

G 42 Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz 2010



G 43 Eckdaten zur Entwicklung der rheinland-pfälzischen Hochschulen 1999–2009


Studierendenzahl erreicht neuen Höchststand

Im Wintersemester 2009/10 erreichte die Zahl der Studierenden in Rheinland-Pfalz einen neuen Höchststand. Mehr als 109 000 Personen absolvierten ein Studium an einer der 19 Hochschulen im Land. Das waren knapp 36 Prozent mehr als vor zehn Jahren. In den nächsten Jahren ist mit einer weiteren Zunahme der Studierendenzahlen zu rechnen. Das liegt zum einen an der demografischen Entwicklung. So verlassen derzeit die Kinder der geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre die weiterführenden Schulen. Zum anderen zeigen sich die Effekte eines geänderten Bildungsverhaltens.

Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und der absehbar wachsenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften sind sich die Akteure der Bildungspolitik einig, dass der Anteil der Hochschulabsolventen an der Bevölkerung weiter erhöht werden soll. In einer Stellungnahme aus dem Jahr 2006 empfahl der Wissenschaftsrat die Steigerung der Studienberechtigtenquote auf 50 Prozent. Für die Studienanfängerquote wurden 40 Prozent und für die Absolventenquote 35 Prozent angeraten.¹

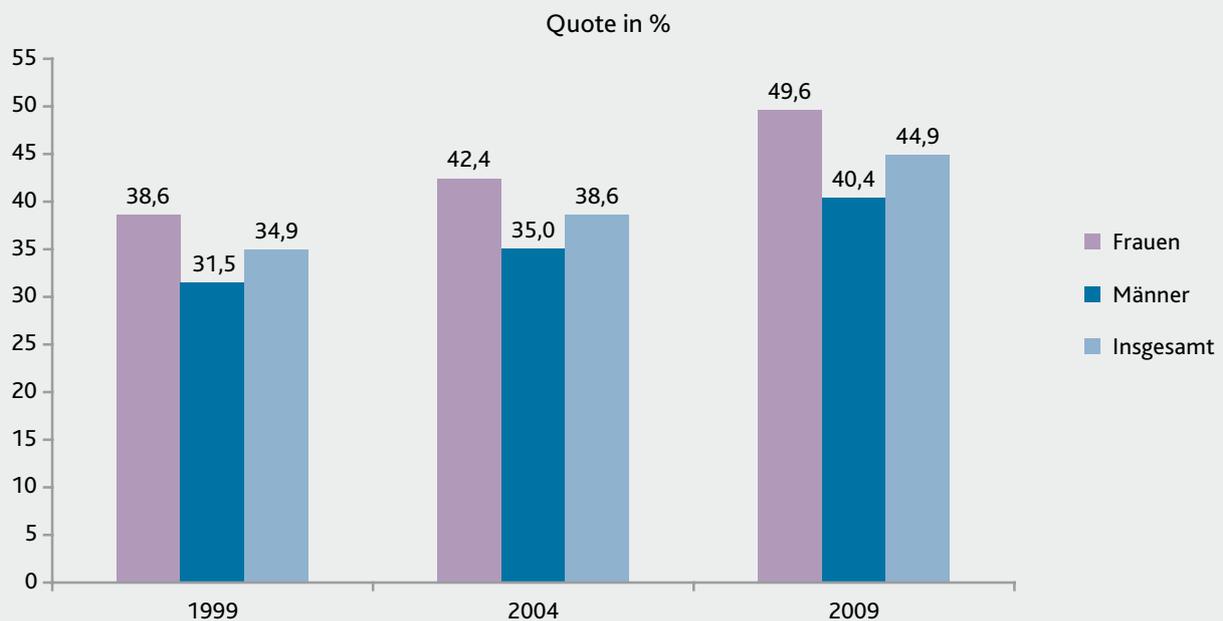
Erläuterung

Studierendenstatistik

Daten zu Studierenden an Hochschulen werden im Rahmen der Studierendenstatistik jährlich zu Beginn des Wintersemesters an allen rheinland-pfälzischen Hochschulen erhoben. Erfragt werden unter anderem soziodemografische Merkmale, Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung, Hochschule, Anzahl der Hochschul- und Fachsemester, Studienfach, angestrebter Abschluss, Studiengänge und Studienort des vorangegangenen Semesters.

¹ Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems. Köln 2006.

G 44 Studienberechtigtenquote 1999–2009



Quelle: Statistik der allgemeinbildenden- und der berufsbildenden Schulen, Bevölkerungsfortschreibung

Hochschulpakt 2020 fördert Erweiterung der Studienkapazitäten

Die Studienberechtigtenquote stieg in den letzten zehn Jahren um rund zehn Prozentpunkte auf 45 Prozent im Jahr 2009. Die Zahl der Studienberechtigten erhöhte sich im selben Zeitraum um 47 Prozent. Infolge der höheren Studienberechtigtenzahlen stieg auch die Zahl der Studienanfänger. Im Jahr 2009 begannen fast 21 000 Personen ein Hochschulstudium in Rheinland-Pfalz. Das waren 58 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Für die Bewältigung des Studierendenzuwachses vereinbarten Bund und Länder 2007 den Hochschulpakt 2020. In diesem verpflichtete sich Rheinland-Pfalz bis 2010 – ausgehend vom Vergleichsjahr 2005 – 5 796 zusätzliche Studienanfänger aufzunehmen. Für den Ausbau der Hochschulen investierte das Land bis zum Jahr 2010 rund 28 Millionen Euro aus Bundesmitteln und ebenso viel eigene Mittel.

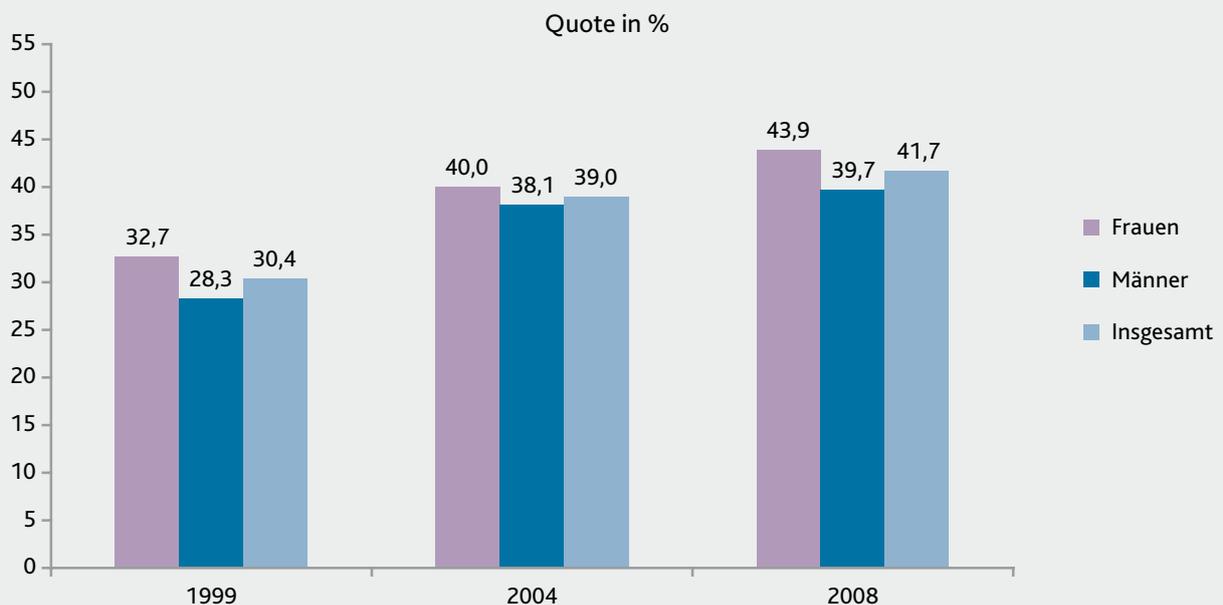
Im Jahr 2011 startet die zweite Phase des Hochschulpaktes. Sie zielt darauf, in den Jahren 2011 bis 2015 rund 20 000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger an rheinland-pfälzischen Hochschulen aufzunehmen. Auch hier gilt das Bezugsjahr 2005. Hierbei soll der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an Fachhochschulen und in naturwissenschaftlich-technischen Fächern erhöht werden. Zudem wird mit der zweiten Phase des Hochschulpaktes eine qualitative Weiterentwicklung in den Hochschulen angestrebt. Dies betrifft unter anderem die Sicherung und Entwicklung der Qualität von Studium und Lehre sowie die Förderung von Frauen und der sozialen Vielfalt und Attraktivität der Hochschulen. Für die zweite Hälfte des Hochschulpaktes stehen voraussichtlich 200 Millionen Euro aus Bundes- und ebenso viel aus Landesmitteln zur Verfügung.¹

Erläuterung

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der Abgängerinnen und Abgänger berufsbildender und allgemeinbildender Schulen mit Hochschulreife an der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 20 Jahren an.

¹ Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur: Hochschulpakt sichert gute Studienbedingungen – Bologna-Prozess erfolgreich weiterentwickelt, Pressemitteilung vom 28.10.2010.

G 45 Studienanfängerquote am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz 1999–2008¹

¹ Daten für 2009 liegen noch nicht vor.

Quelle: Studierendenstatistik, Bevölkerungsfortschreibung

Studienanfängerquote steigt auf 42 Prozent

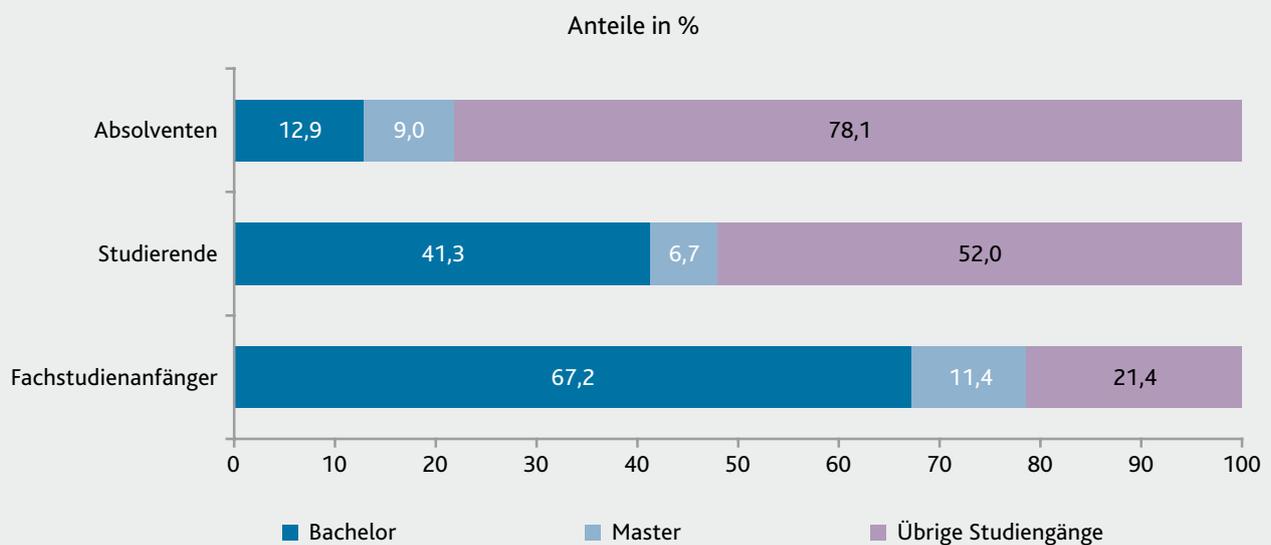
Die Studienanfängerquote am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz, also der Anteil der Studienanfänger an rheinland-pfälzischen Hochschulen an der gleichaltrigen Bevölkerung des Landes, lag im Jahr 2008 bei 42 Prozent und damit um elf Prozentpunkte höher als im Jahr 1999 und leicht über dem von der Bundesregierung angestrebten Wert von 40 Prozent.

Dieser für Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich überdurchschnittliche Wert geht allerdings zu einem wesentlichen Teil auf die Abiturientinnen und Abiturienten anderer Bundesländer zurück, die zum Studium ins studiengebührenfreie Rheinland-Pfalz kommen. Dies zeigt auch die nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung ermittelte Studienanfängerquote. Für die Berechnung dieses Wertes werden die Studienanfängerinnen und -anfänger in Deutschland, die ihre Studienberechtigung in Rheinland-Pfalz erlangt haben, auf die gleichaltrige rheinland-pfälzische Bevölkerung bezogen. Die Studienanfängerquote nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung lag für das Jahr 2008 lediglich bei 34 Prozent. Die Differenz zwischen den beiden Quoten ist einerseits ein Indiz für die überregionale Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen. Sie offenbart aber auch ein Potenzial, die Studierneigung der eigenen Landeskinder zu erhöhen.

Erläuterung

Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Als regionale Bezugsgröße kann entweder das Land, in dem die Studienberechtigung erworben wurde oder das Land des Studienortes gewählt werden. Die Berechnung erfolgt nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

G 46 Fachstudienanfänger, Studierende und Absolventen 2009¹ nach angestrebtem Abschluss


¹ Fachstudienanfänger: Studienjahr; Studierende: Wintersemester; Absolventen: Prüfungsjahr.

Quelle: Prüfungsstatistik, Studierendenstatistik

Umsetzung der Bologna-Reform schreitet voran

Die infolge der Bologna-Erklärung begonnene Umstellung der Studiengänge auf ein zweistufiges System aus Bachelor- und Master-Studiengängen schreitet voran und führt zu einem anhaltenden Anstieg des Anteils dieser neuen Studiengänge. Im Sommersemester 2009 waren nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz bereits 90 Prozent aller Studiengänge in Rheinland-Pfalz auf das neue Bachelor- und Mastersystem umgestellt.

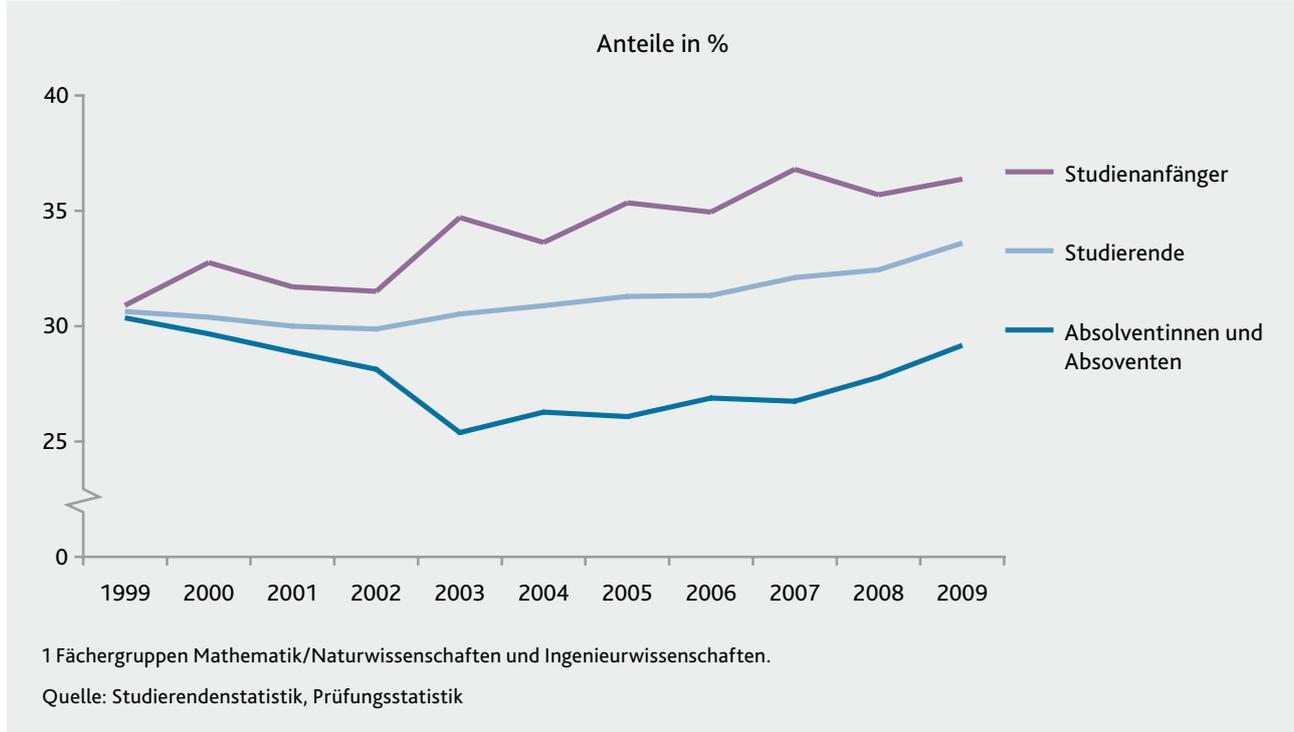
Im Jahr 2009 begannen etwa acht von zehn Studierenden im ersten Fachsemester ein auf die Erlangung des Bachelor- oder Masterabschlusses ausgerichtetes Studium. Unter den Absolventen lag der Anteil der Bachelor- und Masterabschlüsse im Prüfungsjahr 2009 bei 22 Prozent. Deutliche Unterschiede bezüglich der Umstellung gab es zwischen den verschiedenen Hochschularten. An den Fachhochschulen war die Umstellung am weitesten vorangeschritten. Dort befanden sich 2009 bereits 91 Prozent aller Studierenden im ersten Fachsemester in einem Bachelor- oder Masterstudiengang. An den Universitäten betrug dieser Anteil 72 Prozent.

Erläuterung

Bologna-Reform

In der sogenannten Bologna-Erklärung aus dem Jahr 1999 brachten 29 europäische Staaten ihren Willen zum Ausdruck, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Zu den Zielen gehörte die Etablierung eines einheitlichen Systems gestufter Studiengänge, dessen erste Stufe der berufsqualifizierende Bachelorabschluss ist, an den sich ein Masterstudium anschließen kann.

G 47

MINT¹-Anteile bei Studienanfängerinnen und -anfängern, Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen 1999–2009

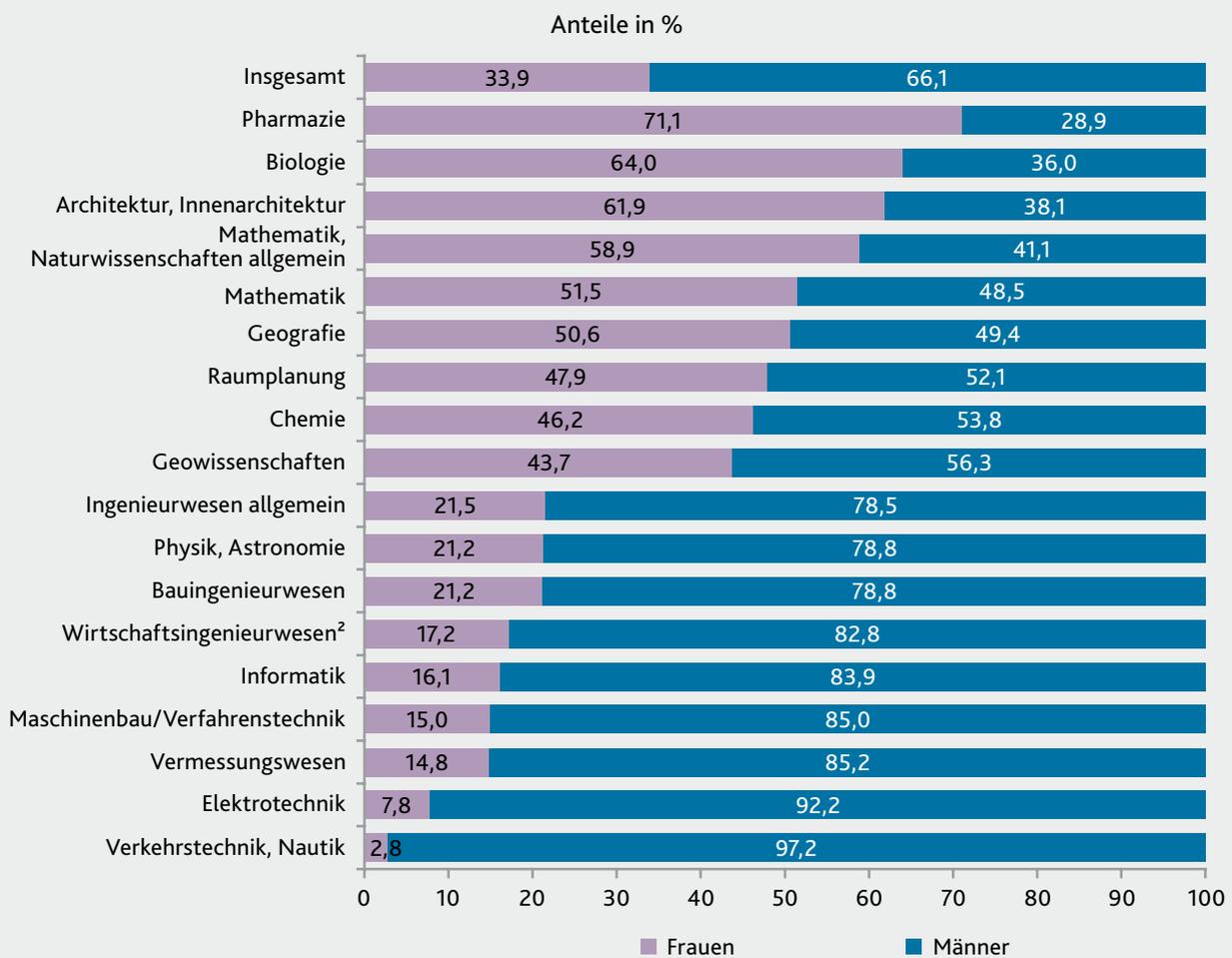
Ein Drittel der Studierenden belegt naturwissenschaftlich-technische Fächer

In der bildungspolitischen Diskussion nehmen die sogenannten MINT-Fächer, also die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, eine besondere Stellung ein. Absolventen dieser Fachrichtungen gelten als besonders wichtig für die Sicherung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften.

Mit zahlreichen Initiativen versuchen deshalb Politik und Wirtschaft den Anteil der Studierenden in MINT-Fächern zu erhöhen und insbesondere mehr Frauen für ein Studium in diesem Bereich zu gewinnen. Ein Beispiel hierfür ist der 2008 im Rahmen der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung verabschiedete „Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen“. Ziel dieses Paktes zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ist es, eine Veränderung des Bildes der MINT-Berufe in der Gesellschaft zu erreichen und hierdurch die Zahl der „MINT-Studentinnen“ zu erhöhen und zudem mehr Hochschulabsolventinnen für eine Karriere in der Wirtschaft zu gewinnen.

In der amtlichen Statistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften (einschließlich Informatik). Im Wintersemester 2009/10 absolvierten in Rheinland-Pfalz 36 781 Personen ein Studium in einem der MINT-Fächer. Ihr Anteil an allen Studierenden betrug damit 34 Prozent. Zu den beliebtesten naturwissenschaftlich-technischen Studienbereichen zählten Informatik, Maschinenbau/Verfahrenstechnik und Mathematik.

G 48

Studierende in MINT¹-Fächern im Wintersemester 2009/10
nach Studienbereichen und Geschlecht

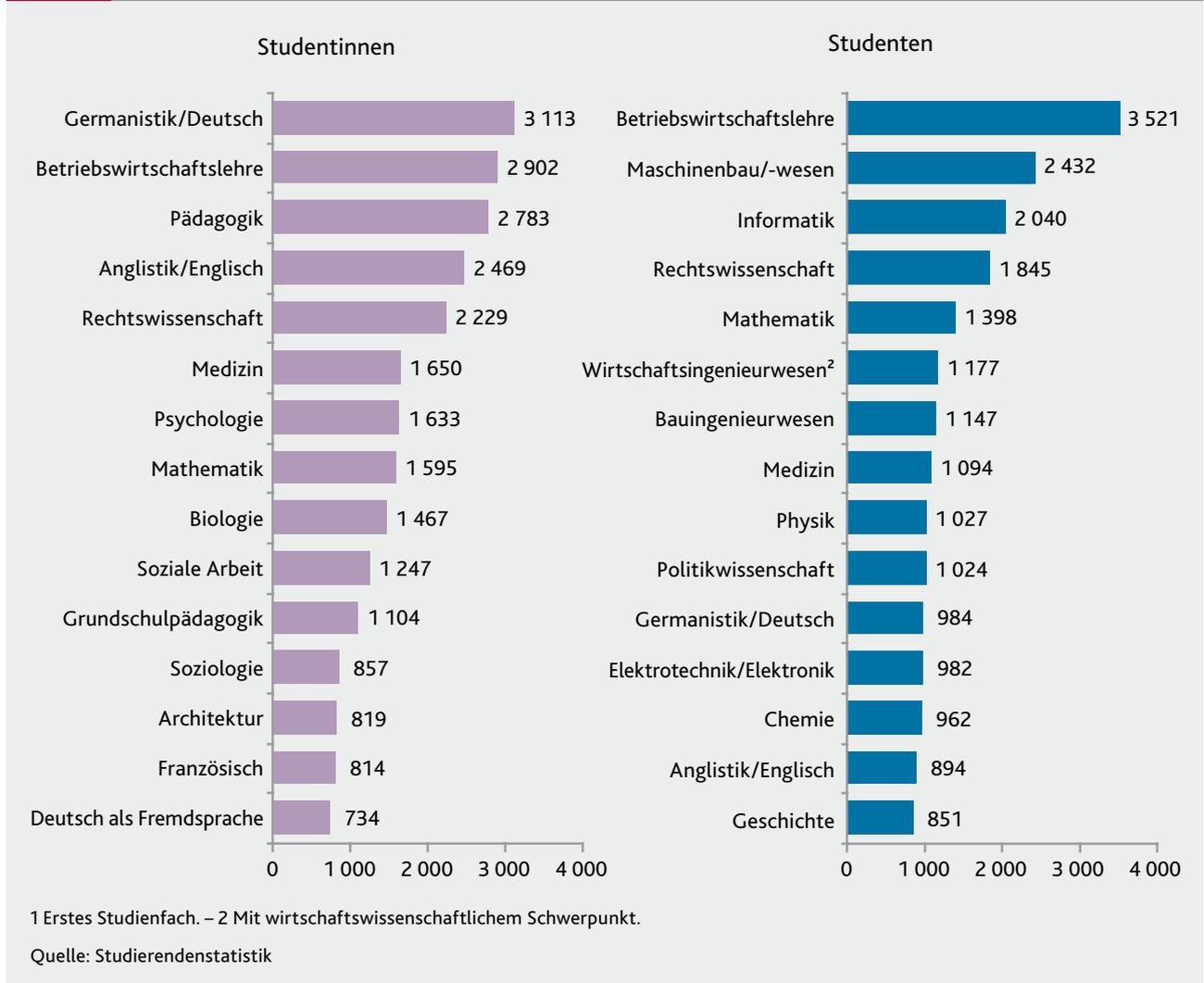
1 Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. – 2 Mit ingenieurwissenschaftlichem Schwerpunkt.

Quelle: Studierendenstatistik

Studentinnen in MINT-Fächern unterrepräsentiert

Studentinnen waren in den MINT-Fächern deutlich unterrepräsentiert. Ihr Anteil an allen MINT-Studierenden lag im Wintersemester 2009/10 bei lediglich 34 Prozent. Allerdings variierten die Frauenanteile in den verschiedenen MINT-Studienbereichen erheblich. Relativ hoch waren sie in den klassischen Lehramtsfächern Biologie, Mathematik und Geografie, in den Fächern Architektur/Innenarchitektur und Raumplanung sowie vor allem im pharmazeutischen Bereich. In den eher technischen Fächern Elektrotechnik, Maschinenbau oder Informatik waren die Männer dagegen weitgehend unter sich.

G 49 Studierende in den am stärksten besetzten Studienfächern¹ im Wintersemester 2009/10 nach Geschlecht



Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Wahl des Studienfachs

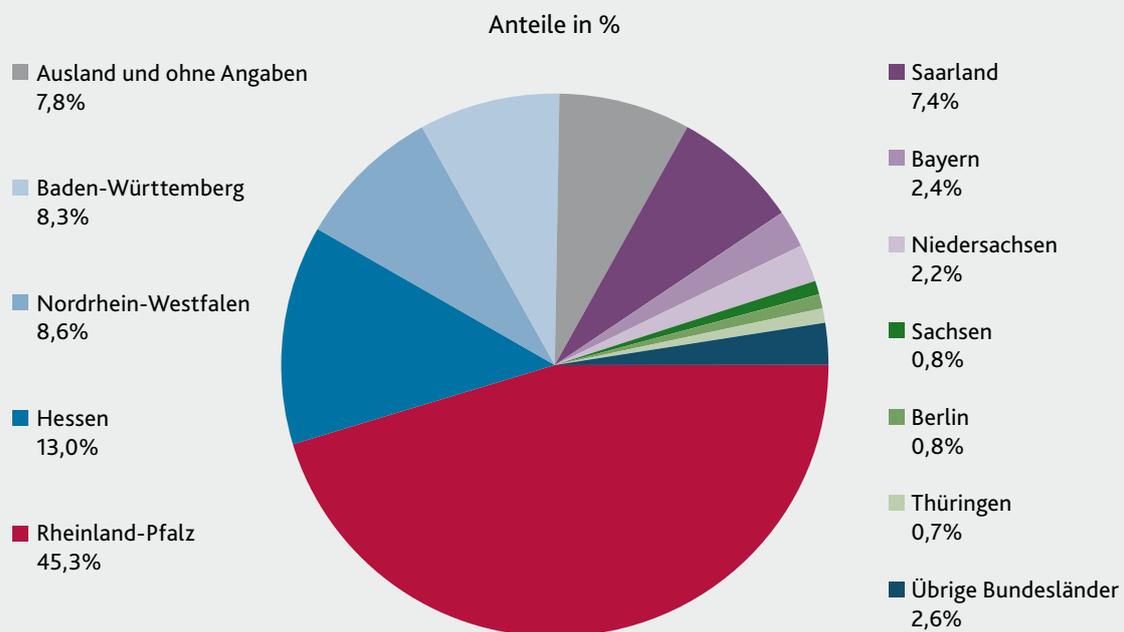
Auch über die MINT-Fächer hinaus lassen sich deutliche geschlechtsspezifische Präferenzen für bestimmte Fächergruppen erkennen. So waren Frauen im Wintersemester 2009/10 sehr stark in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (71 Prozent), Kunst, Kunstwissenschaft (64 Prozent) sowie Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (62 Prozent) vertreten. In den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Sport dominierten dagegen die Männer mit 75 Prozent beziehungsweise 70 Prozent.

Zu den am stärksten besetzten Studienfächern zählten bei den Frauen Germanistik/Deutsch, gefolgt von Betriebswirtschaftslehre und Pädagogik. Bei den Männern waren es Betriebswirtschaftslehre, Maschinenbau/-wesen und Informatik.

Erläuterung

Fächergruppen
Ein Studienfach ist die in Prüfungsordnungen festgelegte Bezeichnung für eine wissenschaftliche oder künstlerische Disziplin, in der ein Studienabschluss möglich ist. Mehrere verwandte Fächer werden zu Studienbereichen und diese wiederum zu Fächergruppen zusammengefasst.

G 50

Studierende in Rheinland-Pfalz im Wintersemester 2009/10
nach Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

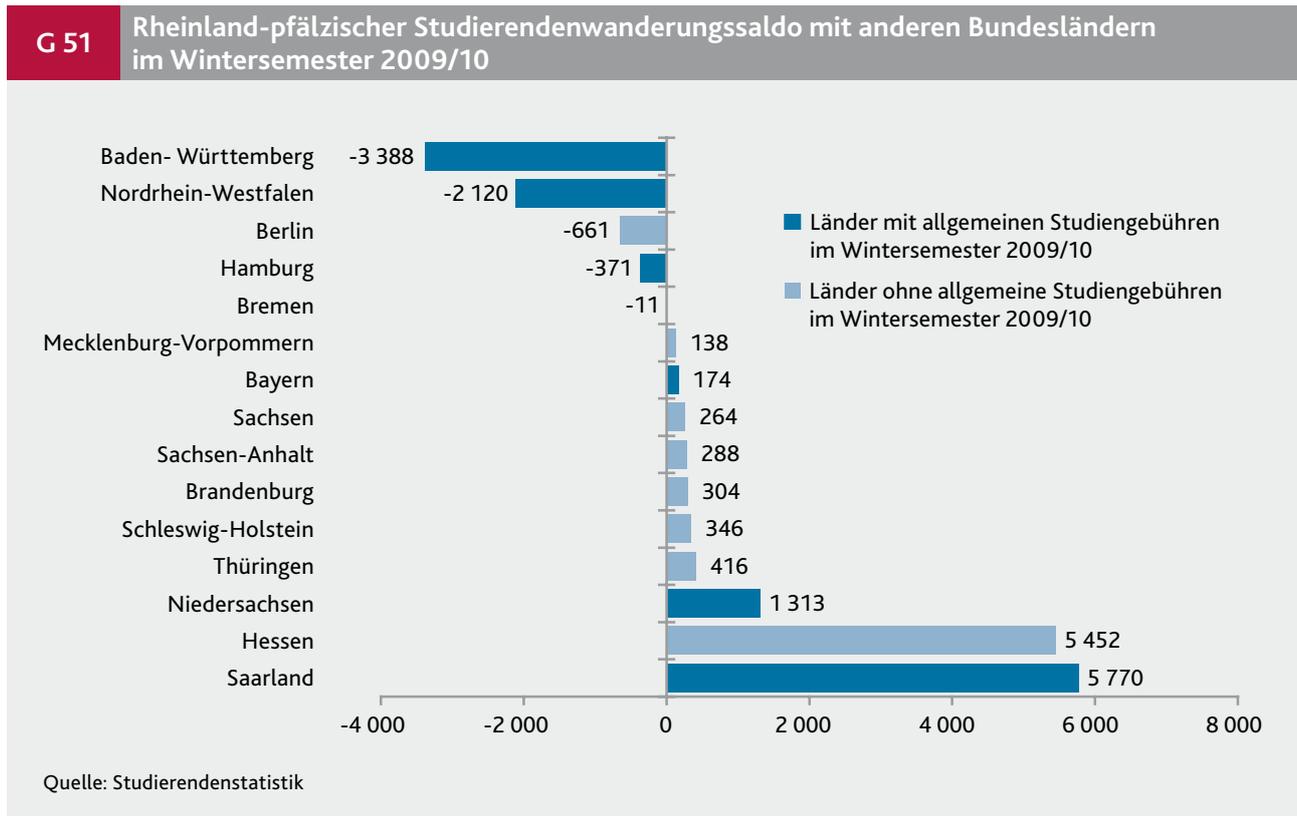
Quelle: Studierendenstatistik

Mehr als die Hälfte der Studierenden in Rheinland-Pfalz sind keine „Landeskinder“

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind auch für Abiturientinnen und Abiturienten anderer Bundesländer attraktiv. Im Wintersemester 2009/10 waren etwa 55 Prozent aller Studierenden keine „Landeskinder“. Unter den „Zugewanderten“ stellten neben den Studierenden aus dem Ausland die Studierenden, die ihre Hochschulreife in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erlangt hatten, die größten Gruppen.

Unter den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die ihr Studium in einem anderen Bundesland aufgenommen hatten, waren die Hochschulen in Baden-Württemberg am beliebtesten. Hier studierten 13 Prozent der Studienberechtigten aus Rheinland-Pfalz. Für Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (zwölf Prozent) und Hessen (9,4 Prozent) hatten sich ebenfalls viele Studienberechtigte entschieden. Nicht berücksichtigt sind Wanderungen in das Ausland, da diese von der Hochschulstatistik nicht erfasst werden.

Aus der Gegenüberstellung der aus dem Bundesgebiet nach Rheinland-Pfalz zugewanderten Studierenden und den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die zum Studium in andere Bundesländer abgewandert waren, ergibt sich der rheinland-pfälzische Wanderungssaldo. Dieser lag im Wintersemester 2009/10 bei +7 914 Studierenden. Das war nach Nordrhein-Westfalen (+13 861) der höchste Zuwanderungsgewinn unter allen Flächenländern.

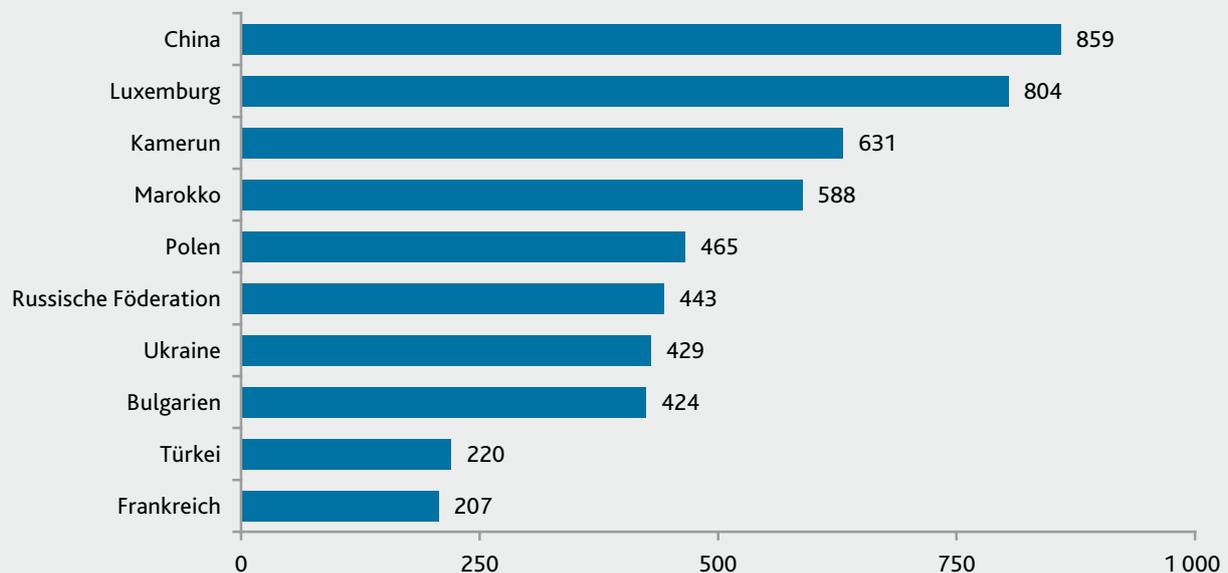


Größter Studierendenwanderungsgewinn gegenüber dem Saarland

Der hohe Zuwanderungsgewinn kann als Zeichen der Attraktivität des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz in Deutschland interpretiert werden. Er wird sicherlich auch durch die bundesweit unterschiedliche Praxis bei der Erhebung von Studiengebühren beeinflusst. So fordern die rheinland-pfälzischen Nachbarländer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland Studiengebühren, die bis zu 500 Euro pro Semester betragen können. In Rheinland-Pfalz ist das Erststudium dagegen gebührenfrei. Die größten Wanderungsüberschüsse hatte Rheinland-Pfalz gegenüber dem Saarland und Hessen, die größten Verluste gegenüber Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Erläuterung

Innerdeutscher Studierendenwanderungssaldo
 Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Verhältnis der ab- und zuwandernden Studierenden. Er gibt an, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in einem anderen Bundesland erworben haben. Ein positiver Wanderungssaldo bedeutet, dass ein Land mehr Studierende anderer Bundesländer aufnimmt, als es „exportiert“.

G 52 Bildungsausländer im Wintersemester 2009/10 nach den zehn häufigsten Herkunftsländern


Quelle: Studierendenstatistik

Anteil der „Bildungsausländer“ leicht gestiegen

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands erlangt und gegebenenfalls an einem deutschen Studienkolleg ergänzt haben, werden als „Bildungsausländer“ bezeichnet. Ihr Anteil gibt einen Hinweis auf die Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen für Studierende aus dem Ausland.

Der Anteil der Bildungsausländer lag im Wintersemester 2009/10 bei 8,2 Prozent. Verglichen mit dem Wintersemester 1999/2000 ließ sich insgesamt eine leichte Zunahme des Anteils der Bildungsausländer feststellen (+1,1 Prozentpunkte). Möglicherweise ist dies auch ein Erfolg der Bologna-Reform, die darauf zielt, durch die Schaffung des europäischen Hochschulraums eine Steigerung der innereuropäischen Studierendenmobilität und der internationalen Attraktivität europäischer Hochschulen zu erreichen. Unter den 8 939 Bildungsausländerinnen und -ausländern im Wintersemester 2009/10 stellten die Studierenden mit chinesischer Staatsangehörigkeit die größte Gruppe, gefolgt von Studentinnen und Studenten aus Luxemburg und Kamerun.

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erlangt haben, werden als „Bildungsinländer“ bezeichnet. Bei ihnen handelt es sich häufig um Angehörige der zweiten und dritten Generation von Zuwandererfamilien, die in den 50er- bis 70er-Jahren als „Gastarbeiter“ nach Deutschland kamen. Unter den Bildungsinländern waren im Wintersemester 2009/10 daher vor allem Personen mit türkischer (724), italienischer (275), kroatischer (172) und griechischer (150) Staatsangehörigkeit stark vertreten.

Der Anteil der Bildungsinländer an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz lag im Wintersemester 2009/10 bei 2,8 Prozent und damit auf dem Niveau des Wintersemesters 1999/2000.

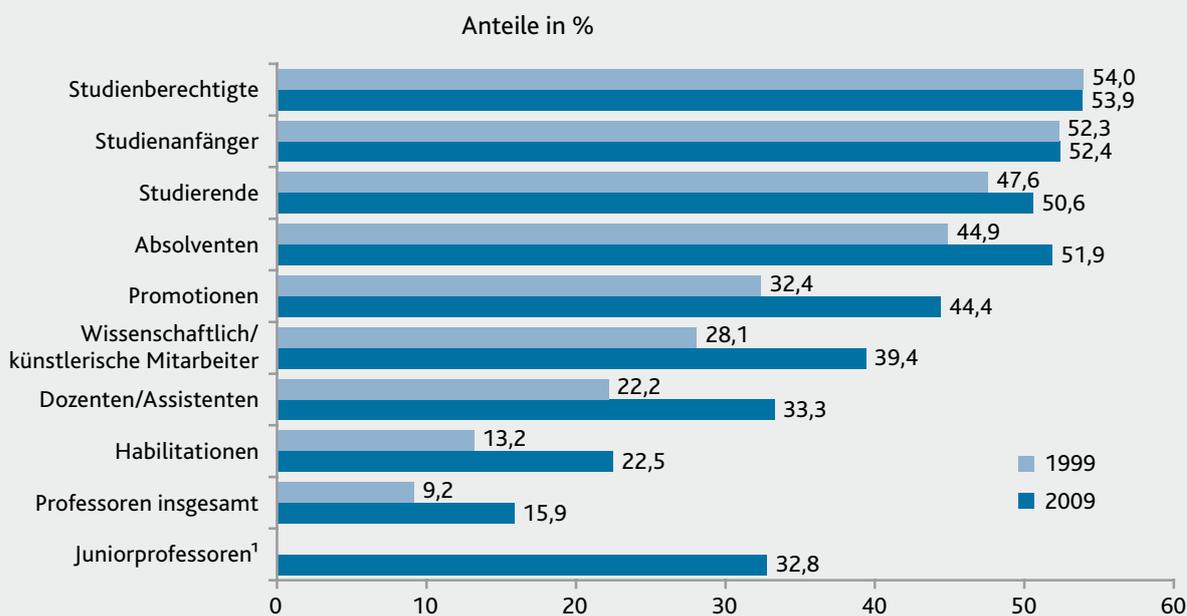
Erläuterungen**Bildungsausländer**

Als Bildungsausländer werden die ausländischen Studierenden nachgewiesen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland beziehungsweise an einem Studienkolleg erworben haben.

Bildungsinländer

Als Bildungsinländer werden ausländische Studierende bezeichnet, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland, aber nicht an einem Studienkolleg erworben haben. Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit zählen somit nicht zu den Bildungsinländern.

G 53 Frauen an Hochschulen 1999 und 2009 nach ausgewählten Kennzahlen



¹ Eingeführt im Jahr 2002.

Quelle: Studierendenstatistik, Prüfungsstatistik, Habilitationsstatistik, Personalstatistik

Nur jede sechste Professur mit einer Frau besetzt

Der Frauenanteil an den Hochschulen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2009 stellten Frauen bei den Studienanfängern, innerhalb der Studierendenschaft und auch bei den Absolventen die Mehrheit. Trotz ihrer starken Präsenz unter den Studierenden gilt für die akademische Laufbahn noch immer: je höher die „Statusgruppe“, desto geringer der Anteil der Frauen.

Relativ ausgeglichen war die Geschlechterrelation bei den erfolgreich abgeschlossenen Promotionen – dem Ausgangspunkt einer Hochschulkarriere. Hier stieg der Frauenanteil in den vergangenen zehn Jahren um zwölf Prozentpunkte auf 44 Prozent im Prüfungsjahr 2009. Bei den Habilitationen schwankte der Frauenanteil in den vergangenen Jahren recht stark und lag 2009 bei 23 Prozent. Im Jahr 1999 waren es lediglich 13 Prozent. Auch unter den wissenschaftlich/künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Hochschulen konnten Frauen in den vergangenen Jahren merklich aufholen. Sie stellten 2009 insgesamt 39 Prozent dieser Personalgruppe (1999: 28 Prozent). Weiterhin gering war ihr Anteil in der Professorenschaft. Lediglich jede sechste Professur war mit einer Frau besetzt. Die Gründe hierfür sind vielfältig. So sind beispielsweise starre Altersfristen und die häufig zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbereich insbesondere für Frauen in der Familiengründungsphase wenig attraktiv.

Als faktisches Gleichstellungsinstrument erwies sich die 2002 eingeführte sogenannte Juniorprofessur. Diese eröffnete jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen Weg zur Professur, ohne hierfür eine Habilitation vorauszusetzen. Im Jahr 2009 waren ein Drittel der Juniorprofessuren mit Frauen besetzt.

Zurzeit vollzieht sich an den Hochschulen ein Generationenwechsel. Gut die Hälfte der Professorinnen und Professoren wird in den nächsten zehn Jahren das Ruhestandsalter erreichen. Durch diesen Generationenwechsel kann sich der Frauenanteil in wissenschaftlichen Spitzenpositionen erhöhen.

Um gleichwertige Berufschancen von Akademikerinnen und Akademikern innerhalb und außerhalb der Hochschule zu erreichen, muss jedoch früher angesetzt werden. So sollte bereits in der Schule insbesondere auch das Interesse der Schülerinnen für die naturwissenschaftlich-technischen Fächer geweckt werden. Denn deutliche Geschlechterunterschiede zeigen sich schon bei der Kurswahl in der Oberstufe, die sich später auch bei der Studienfachwahl fortsetzen. Während Studentinnen vorwiegend sprachwissenschaftliche und pädagogische Studiengänge belegen, wählen ihre männlichen Kommilitonen eher technische Fächer wie Maschinenbau oder Informatik. Diese Fächer bieten häufig bessere Beschäftigungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten sowie ein attraktiveres Gehalt.

Erläuterungen

Prüfungsstatistik

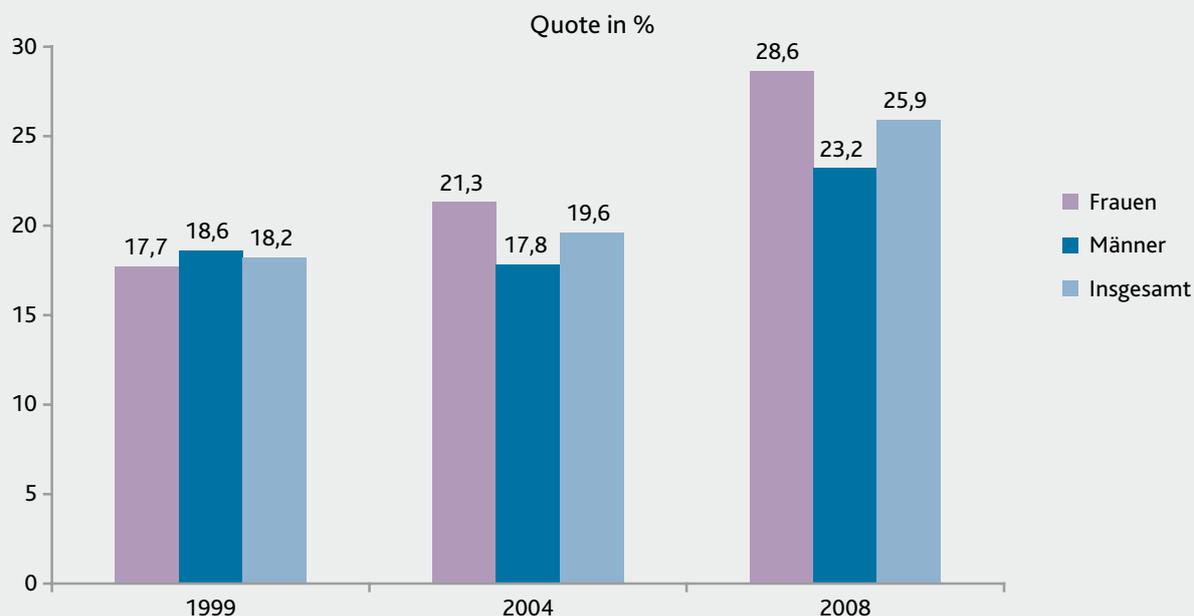
Die Daten zur Prüfungsstatistik werden in jedem Semester von den Prüfungsämtern an das Statistische Landesamt gemeldet. Erhoben werden unter anderem soziodemografische Merkmale der Prüfungskandidaten, Monat und Jahr der Prüfung, Prüfungserfolg und Gesamtnote, Hochschule, Studienfach, Art des Abschlusses und Fachsemester. Die Veröffentlichung der Daten erfolgt nach Prüfungsjahren.

Habilitationsstatistik

Die Habilitationsstatistik wird jährlich an allen Hochschulen mit Habilitationsrecht erhoben. Erfasst werden alle an der jeweiligen Hochschule im Berichtsjahr abgeschlossenen Habilitationsverfahren nach Fachgebieten. Außerdem werden für die Neuhabilitierten soziodemografische Merkmale sowie Angaben zur Art des Beschäftigungsverhältnisses zum Zeitpunkt der Habilitation und zur fachlichen und organisatorischen Zugehörigkeit erhoben.

Personalstatistik

Die Daten der Personalstatistik werden von den Hochschulen und der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz jährlich an das Statistische Landesamt gemeldet. Die Erhebung umfasst das gesamte am Erhebungstichtag haupt- und nebenberuflich an den Hochschulen tätige Personal, auch wenn kein Anstellungsverhältnis zum Land oder zur Hochschule besteht. Erhoben werden von den Beschäftigten soziodemografische Merkmale, Hochschule, fachliche und organisatorische Zugehörigkeit, Einstufung, Art der Finanzierung sowie bei Professoren das Jahr der Berufung.

G 54 Erstabsolventenquote 1999–2008¹

¹ Daten für 2009 liegen noch nicht vor.

Quelle: Prüfungsstatistik, Bevölkerungsfortschreibung

Hochschulabsolventenquote deutlich gestiegen

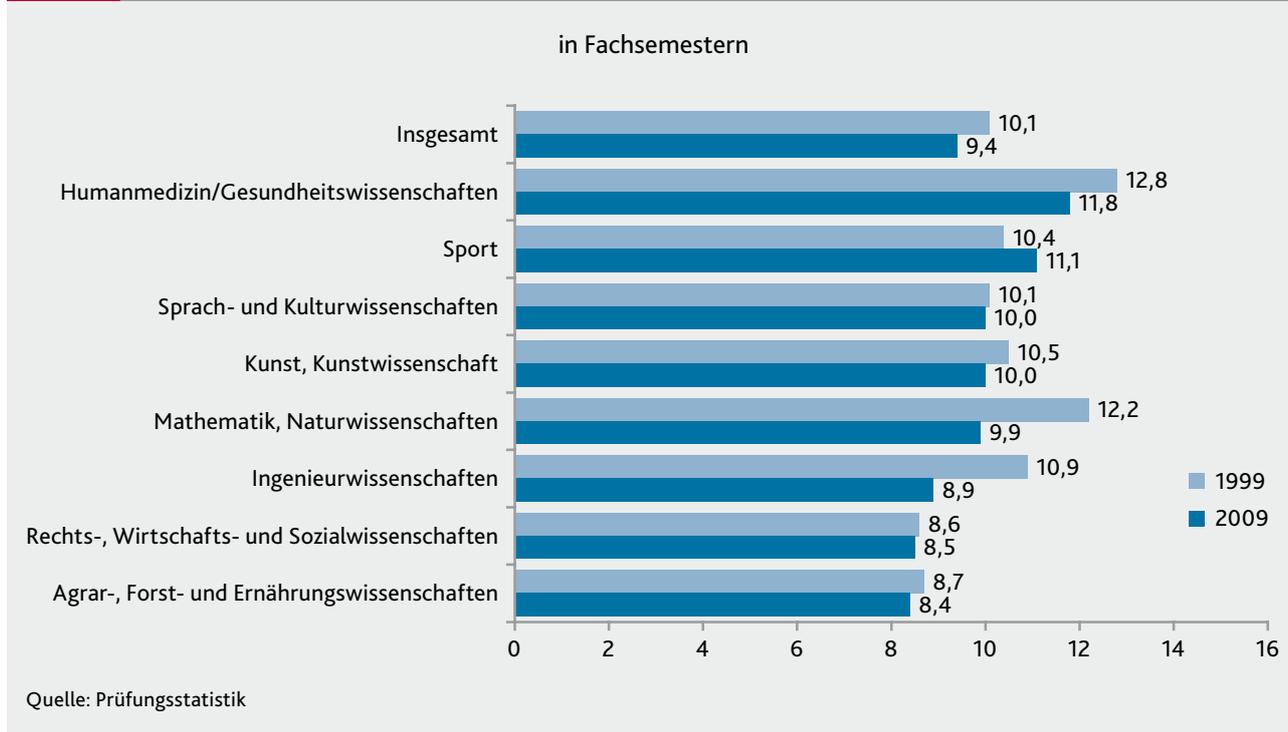
Die Zahl der Absolventen der rheinland-pfälzischen Hochschulen ist in den vergangenen Jahren ebenfalls deutlich gestiegen. Im Prüfungsjahr 2009 schlossen 15 797 Studierende ein Studium erfolgreich ab. Gegenüber 1999 war das ein Anstieg um 39 Prozent.

Die (Erst-)Absolventenquote erhöhte sich seit 1999 ebenfalls und stieg von 18 auf 26 Prozent im Jahr 2008. Sie lag damit noch neun Prozentpunkte unter der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Zielmarke.

Erläuterung

Absolventenquote

Die (Netto-) Absolventenquote gibt an, wie hoch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Die Berechnung erfolgt, wie bei der Studienanfängerquote, nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

G 55 Mittlere Fachstudiendauer (Median) bei Erstabschluss 1999 und 2009 nach Fächergruppen

Studierende erreichen den Abschluss früher

Ein wichtiges Thema in der hochschulpolitischen Diskussion ist neben den Absolventenzahlen und -quoten die Studiendauer, da von ihr unter anderem auch der finanzielle Aufwand für ein Studium abhängt. Für den erfolgreichen Berufseinstieg der Absolventen spielt zudem das Alter bei Erreichen des Studienabschlusses eine wichtige Rolle. Im Durchschnitt erreichten die Absolventen des Jahres 2009 ihren Erstabschluss nach einer Fachstudiendauer von 9,4 Semestern im Alter von 27 Jahren und damit etwas früher als in der Vergangenheit (1999: 10,1 Semester; 28 Jahre). Mit der zunehmenden Etablierung der neuen Bachelorabschlüsse ist mit einer weiteren Verringerung der mittleren Studiendauer zu rechnen.

Erläuterung
Fachsemester

Fachsemester sind die in einem Studiengang absolvierten Semester. Soweit diese von der Hochschule anerkannt werden, zählen hierzu auch Semester aus anderen Studiengängen im In- und Ausland. Die Fachsemesterzahl kann von der Zahl der Hochschulsemester abweichen, da Hochschulsemester nicht an einen bestimmten Studiengang gebunden sind. Die Fachstudiendauer gibt die Zahl der Semester an, die bis zum bestandenen Abschluss in einem bestimmten Studiengang benötigt wurde. Die Gesamtstudiendauer bezieht sich auf die Zahl der Semester, die insgesamt im Hochschulsystem verbracht wurde. Die Regelstudienzeit ist die Semesterzahl, die nötig ist, um einen Studiengang bei zügigem und intensivem Studium zu absolvieren.

G 56 Betreuungsrelationen¹ 1999 und 2009 nach Fächergruppen


¹ Ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Quelle: Studierendenstatistik, Personalstatistik

Mehr wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen

Die Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz sowie die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz beschäftigten 2009 insgesamt 21 824 Personen und damit 3 255 mehr als 1999. Von den Beschäftigten waren 11 175 dem wissenschaftlich/künstlerischen und 10 649 dem Verwaltungspersonal zugeordnet.

Seit dem Jahr 1999 verzeichneten die Hochschulen einen deutlichen Zuwachs des wissenschaftlich/künstlerischen Personals (+24 Prozent). Dieser fiel allerdings in den einzelnen Personalgruppen unterschiedlich aus. So wuchs die Zahl der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 32 Prozent während die der Professorinnen und Professoren lediglich um elf Prozent stieg. Einen kräftigen Rückgang gab es bei den Assistenten und Dozenten (-88 Prozent). Dieser ist eine Folge des 2003 in Kraft getretenen rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes. Entsprechend dieser Regelung ist die Neubegründung von Assistenten- und Dozentendienstverhältnissen nicht mehr zulässig.

Der generelle Zuwachs der Beschäftigtenzahlen ist nicht zuletzt auf die seit Jahren wachsende Teilzeitquote zurückzuführen. Diese stieg in den vergangenen zehn Jahren um 4,2 Prozentpunkte auf 56 Prozent im Jahr 2009. Um die Personalkapazitäten der Hochschulen trotz dieser „Teilzeiteffekte“ vergleichen zu können, werden sogenannte Vollzeitäquivalente berechnet. Hierfür wird das Personal in fiktive Vollzeitkräfte umgerechnet. Für das wissenschaftlich/künstlerische Personal ergab sich nach dieser Berechnung 2009 eine Personalkapazität von 6 978 Vollzeitäquivalenten. Gegenüber dem Jahr 1999 entsprach dies einem Anstieg von 20 Prozent. Zudem zeigte sich, dass insbesondere die Personalkapazitäten der Professorinnen und Professoren, der wissenschaftlich/künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Lehrkräfte für besondere Aufgaben aufgestockt wurden.

Um das Verhältnis der Lehrenden zu den Studierenden abzubilden, werden verschiedene Betreuungsrelationen errechnet. Danach betreute 2009 eine Lehrkraft 19 Studierende. Auf eine Professorin bzw. einen Pro-

Professor kamen im Schnitt 63 Studierende. Im Vergleich zum Jahr 1999 erhöhte sich die Zahl der Studierenden je Lehrkraft um 2,1 und je Professorin bzw. Professor um 27. Deutliche Unterschiede lassen sich zwischen den Hochschularten feststellen. So entfielen 2009 an den wissenschaftlichen Hochschulen wesentlich mehr Studierende (77) auf einen Professor als an den Fachhochschulen (44). Hier spiegelt sich unter anderem die unterschiedliche Ausrichtung der Universitäten und der Fachhochschulen wider. Letztere beschäftigen aufgrund des geringeren Forschungsanteils üblicherweise weniger sonstiges wissenschaftlich/künstlerisches Personal. Fachhochschulprofessorinnen und -professoren unterrichten zudem etwa doppelt so viele Stunden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an wissenschaftlichen Hochschulen.

Auch zwischen den Fächergruppen gibt es große Unterschiede der Betreuungsrelationen. So gehört beispielsweise der Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften mit 3,7 Studierenden pro Lehrkraft zu den betreuungsintensivsten. In der Fächergruppe Sport werden dagegen durchschnittlich fast 40 Studierende von einer Lehrperson betreut.

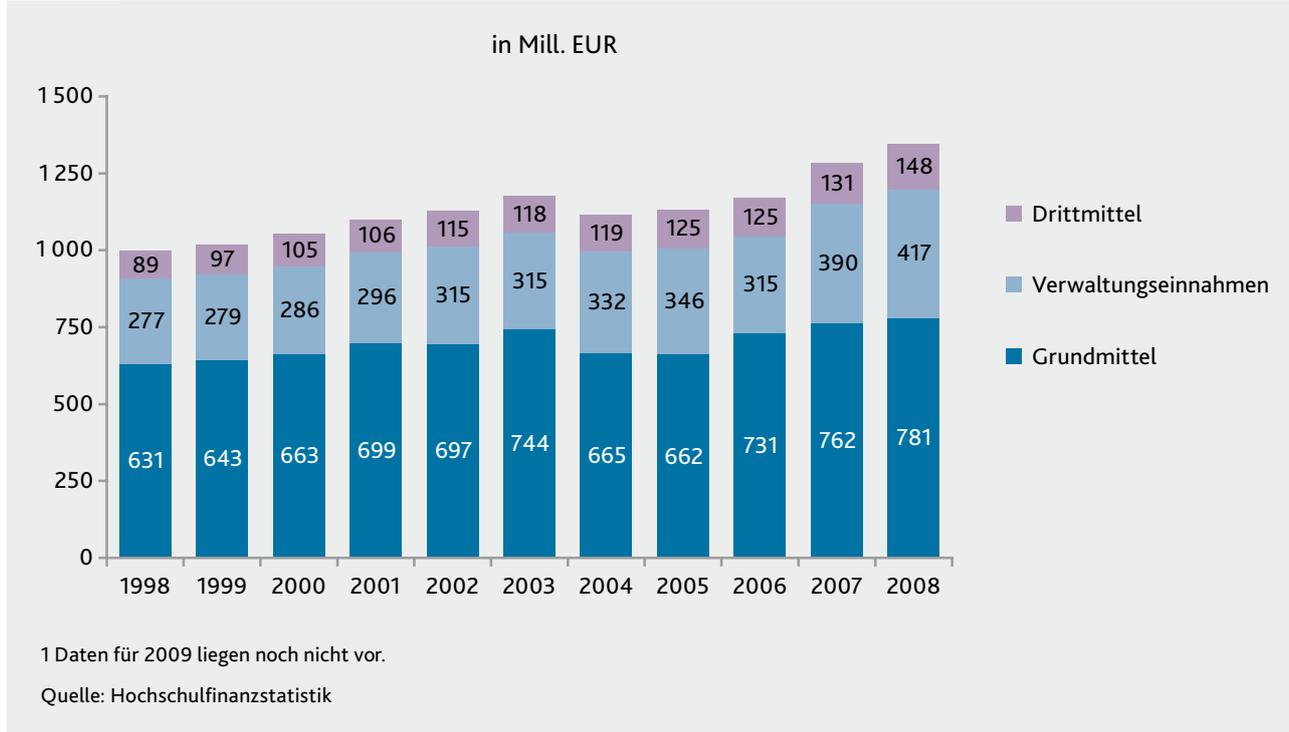
Erläuterungen

Vollzeitäquivalent

Vollzeitäquivalente sind standardisierte Vergleichsgrößen, auf deren Grundlage Personalkapazitäten beurteilt werden können. Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente an Hochschulen wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

Betreuungsrelation

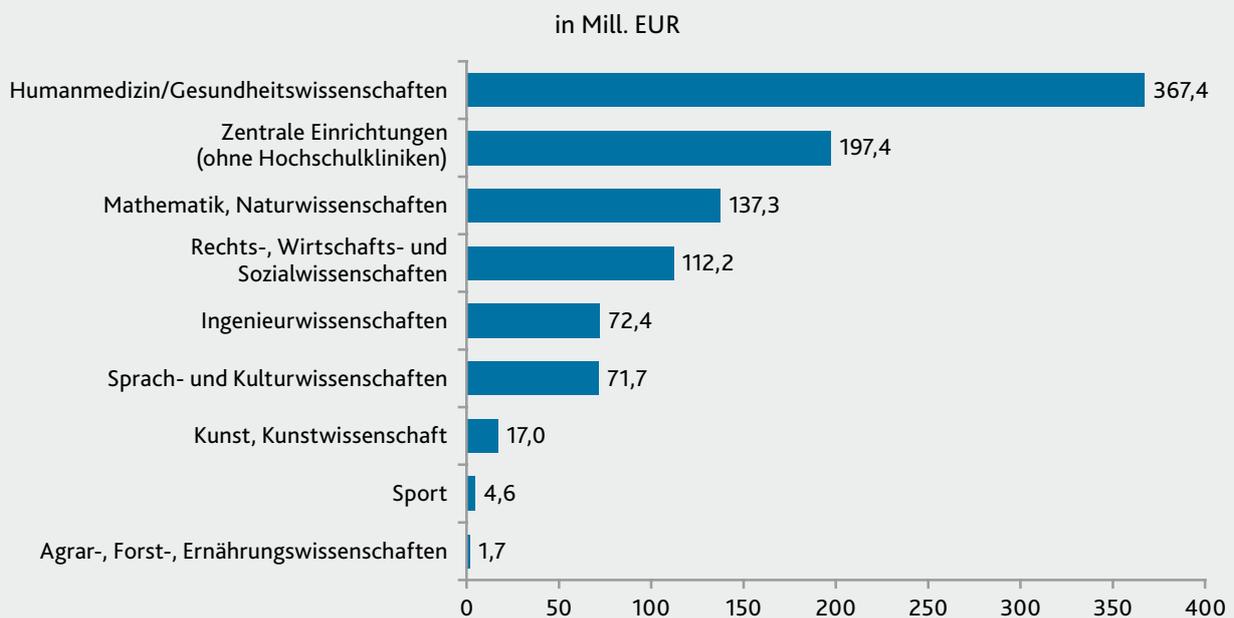
Diese Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlich/künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten. Nicht berücksichtigt wird hierbei das drittmittelfinanzierte Personal. Die Berechnung erfolgt zudem ohne Verwaltungsfachhochschulen. Angegeben wird hier einerseits das Verhältnis der Studierenden zur Personalkapazität aller wissenschaftlich/künstlerisch Beschäftigten (Lehrpersonen einschließlich der Professorinnen und Professoren) und andererseits nur zu jener der Professorinnen und Professoren.

G 57 Einnahmen der Hochschulen 1998–2008¹ nach Einnahmearten

Struktur der Hochschulfinanzierung in den letzten Jahren leicht geändert

Im Jahr 2008 gaben die rheinland-pfälzischen Hochschulen rund 1,3 Milliarden Euro für Forschung, Lehre und Krankenbehandlung (Universitätsklinikum Mainz) aus, das waren 35 Prozent mehr als 1998. Die Ausgaben der Hochschulen wurden im Wesentlichen aus drei Quellen bestritten: Grundmitteln, Verwaltungseinnahmen und Drittmitteln. Hierbei stellten die Grundmittel, also jene Mittel, die den Hochschulen vom Hochschulträger zur Verfügung gestellt werden, mit 58 Prozent den größten Anteil (781 Millionen Euro). Die Verwaltungseinnahmen beliefen sich 2008 auf 417 Millionen Euro (Anteil: 31 Prozent). Ein großer Teil dieser Einnahmen wurde, wie auch in den Vorjahren, an den medizinischen Einrichtungen des Universitätsklinikums Mainz erzielt. Zudem konnten die Hochschulen 148 Millionen Euro an Drittmitteln einwerben (Anteil: elf Prozent). Die wichtigsten Drittmittelgeber waren die Deutsche Forschungsgemeinschaft (50 Millionen Euro), die gewerbliche Wirtschaft (37 Millionen Euro) und der Bund (23 Millionen Euro).

Die Struktur der Hochschulfinanzierung hat sich in den vergangenen Jahren leicht verändert. So sind ein Wachstum des Anteils der Verwaltungseinnahmen und eine leichte Zunahme des Drittmittelanteils zu beobachten, während der Anteil der Grundmittel rückläufig ist. Zurzeit erweitern die Exzellenzinitiative und der Hochschulpakt 2020 den finanziellen Rahmen der Hochschulen. Daneben sorgt die Einführung von Globalhaushalten für eine größere Flexibilität des Mitteleinsatzes. Die Vergabe von Forschungsmitteln im Wettbewerb ermöglicht zudem die Einwerbung zusätzlicher Gelder. In der Folge ist in den nächsten Jahren mit einem weiteren Rückgang des Anteils der Grundfinanzierung und einer Zunahme der Drittmittelquote sowie des Anteils der Verwaltungseinnahmen zu rechnen.

G 58 Laufende Ausgaben der staatlichen Hochschulen 2008 nach Fächergruppen


Nachrichtlich: Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken (nur Humanmedizin): 160,2 Mill. EUR.

Quelle: Hochschulfinanzstatistik

Durchschnittlicher Mitteleinsatz je Studierendem beläuft sich auf 6 050 Euro

Nach Fächergruppen differenziert floss an den staatlichen Hochschulen das meiste Geld in die medizinischen Einrichtungen. Im Jahr 2008 gingen mehr als 367 Millionen Euro in diesen Bereich. Mit weitem Abstand folgten die Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Der durchschnittliche Mitteleinsatz (laufende Grundmittel) je Studierendem an öffentlichen und privaten Hochschulen blieb 2008 mit 6 050 Euro trotz der deutlichen Zunahme der Studierendenzahlen im Zeitvergleich nahezu unverändert (1999: 6 140 Euro). Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 7 310 Euro waren die rheinland-pfälzischen Hochschulausgaben je Studierendem damit aber relativ niedrig. Der geringe Mittelaufwand je Studierendem resultierte auch aus der rheinland-pfälzischen Fächerstruktur. Diese ist geprägt durch einen vergleichsweise hohen Anteil sozial-, rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Fächer. Diese Ausbildungsgänge weisen traditionell einen geringeren Mitteleinsatz je Studierenden auf.

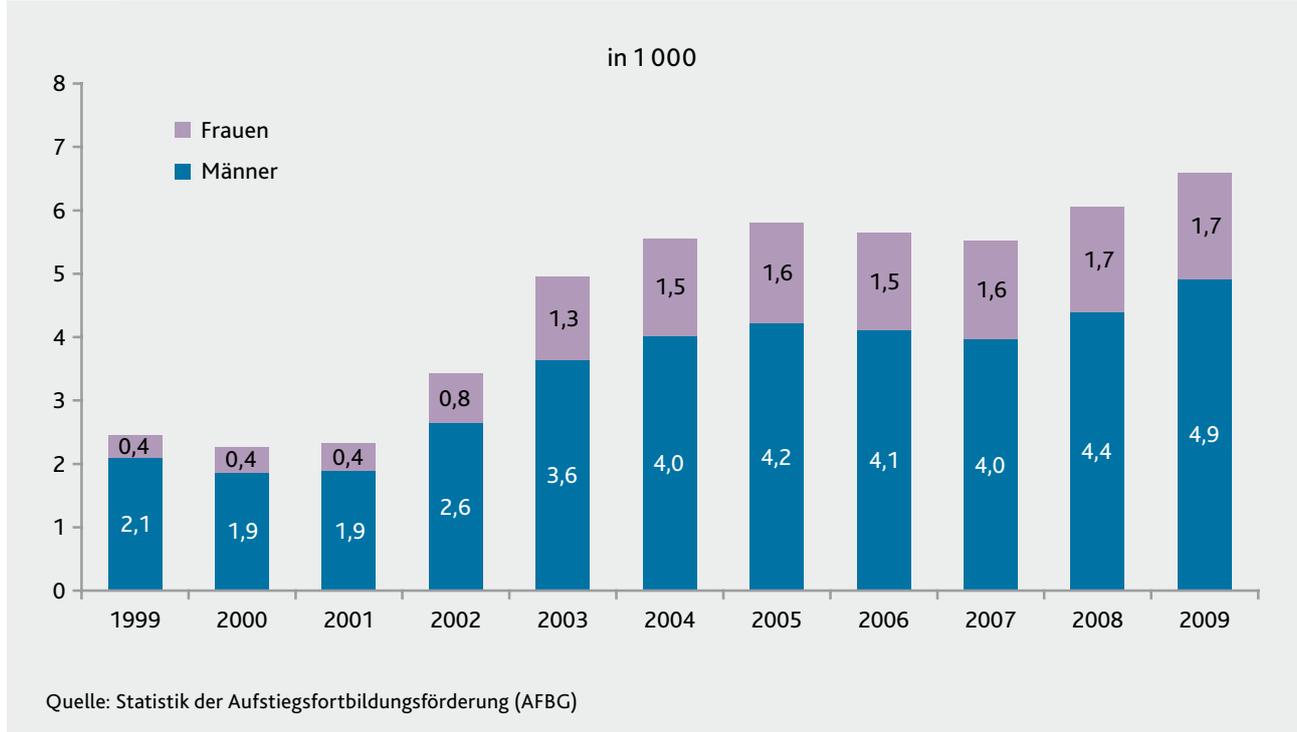
Erläuterungen
Hochschulfinanzstatistik

Im Rahmen der Hochschulfinanzstatistik werden jährlich an allen rheinland-pfälzischen Hochschulen die Einnahmen und Ausgaben erhoben. Sie liefert somit wichtige Informationen über die Struktur der Einnahmen und Ausgaben und zeigt Unterschiede in der Finanzausstattung zwischen den einzelnen Fächergruppen und Hochschulen.

Laufende Grundmittel

In die Berechnung der laufenden Ausgaben werden diejenigen Mittel einbezogen, die der Hochschulträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Diese werden ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke die Verwaltungs- und Drittmitteleinnahmen abgezogen werden. Investitionsausgaben bleiben dabei unberücksichtigt.

G 59

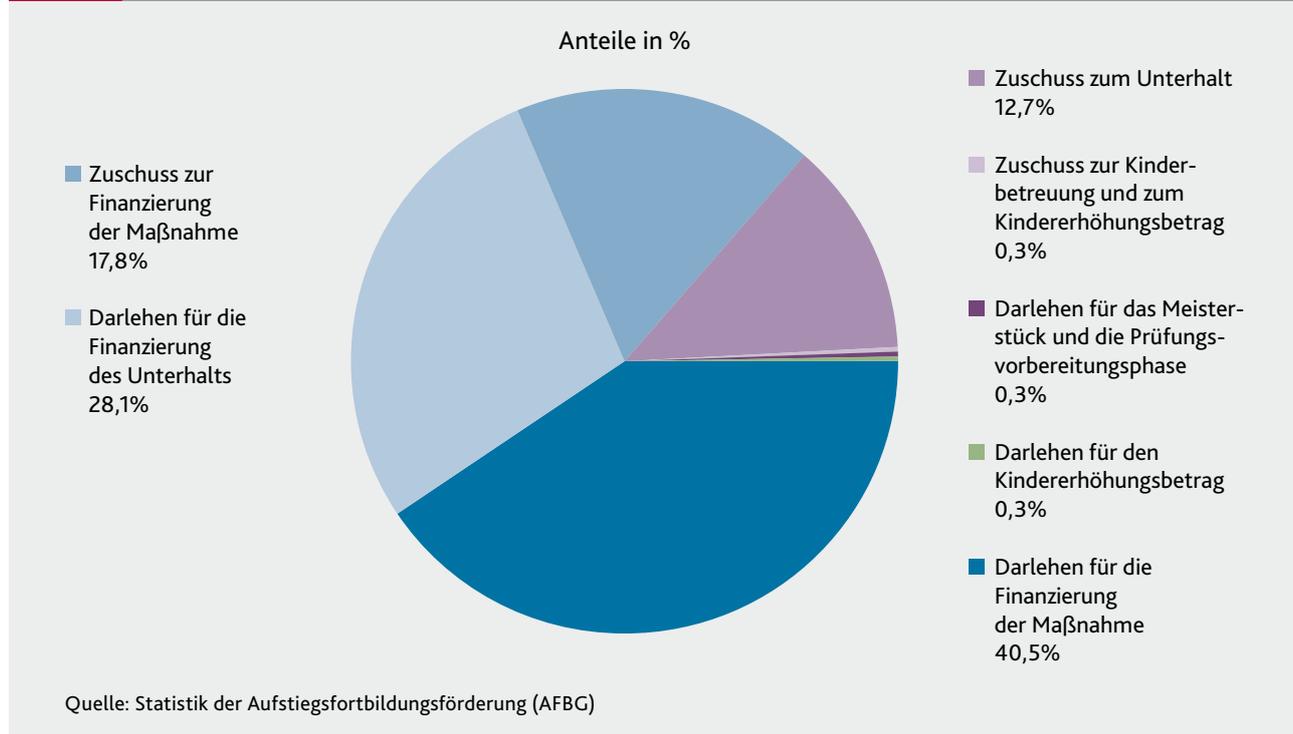
Geförderte nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 1999–2009
nach Geschlecht**Fast 6 600 Personen erhielten „Meister-BAföG“**

Das sogenannte „Meister-BAföG“ existiert seit dem Jahr 1996. Es garantiert Personen, die sich nach einer ersten qualifizierenden Berufsausbildung weiterbilden möchten (beispielsweise im Rahmen einer Meisterfortbildung), einen gesetzlich verankerten Anspruch auf staatliche Unterstützung. Leistungen nach dem AFBG werden zu 78 Prozent vom Bund und zu 22 Prozent vom Land getragen.

Im Jahr 2009 erhielten in Rheinland-Pfalz 6 585 Personen das Meister-BAföG, also finanzielle Unterstützung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Das waren 169 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Am stärksten wuchs in diesem Zeitraum die Zahl der Geförderten in Teilzeitmaßnahmen (+280 Prozent). Geringer fiel der Anstieg bei den Leistungsempfängern in Vollzeitfortbildungen aus (+74 Prozent). Im Jahr 2009 absolvierten 4 282 Geförderte eine Teilzeitfortbildung, 2 303 befanden sich in einer Vollzeitmaßnahme. Nach wie vor überwiegen unter den Geförderten die Männer (75 Prozent). Vor zehn Jahren betrug ihr Anteil sogar noch 86 Prozent.

G 60

Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2009 nach Förderungsarten

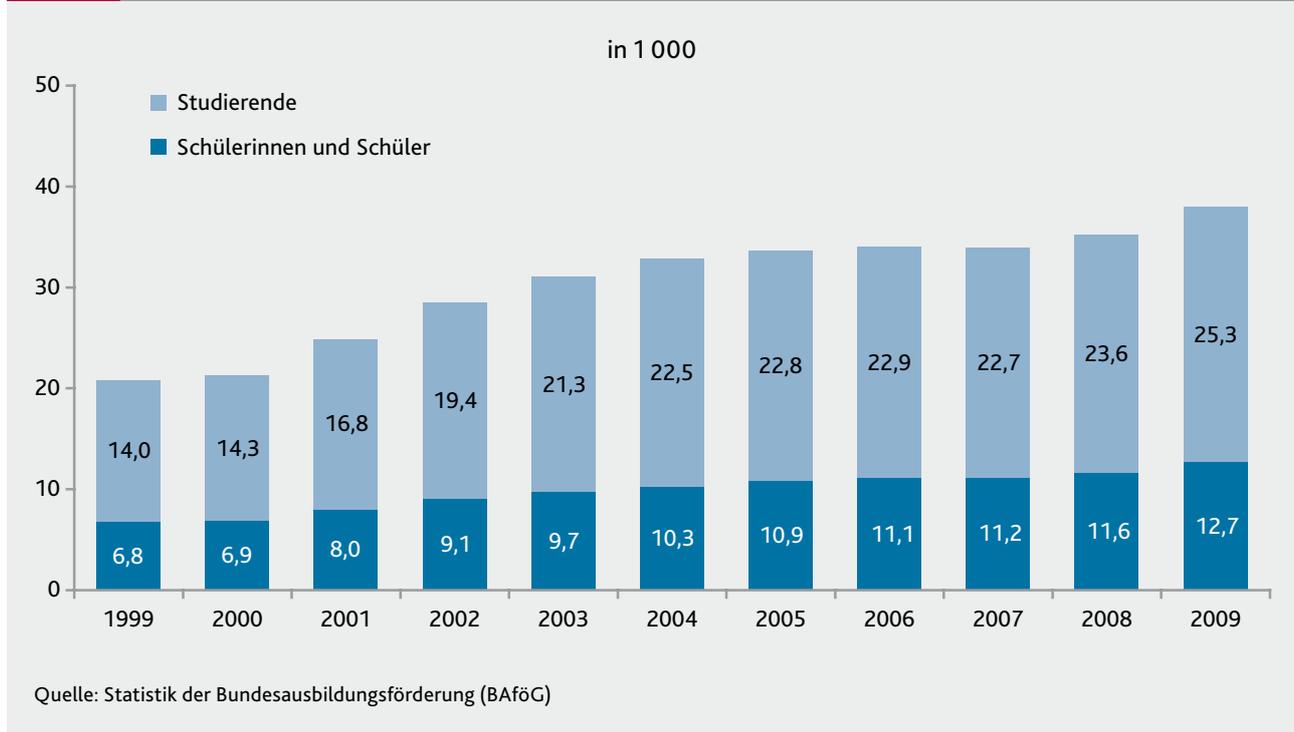


Sieben von zehn Geförderten zwischen 20 und 30 Jahren alt

Die Mehrzahl der Geförderten nach dem AFBG im Jahr 2009 war jünger als 35 Jahre. Am stärksten vertreten war die Altersgruppe der 25- bis 30-Jährigen (35 Prozent), gefolgt von den 20- bis 25-Jährigen (34 Prozent) und den 30- bis 35-Jährigen (14 Prozent). Mit der Zahl der Geförderten stieg in den vergangenen zehn Jahren auch die Gesamthöhe der bewilligten Leistungen. Der Umfang der Förderzusagen wuchs von 7,9 Millionen Euro im Jahr 1999 um 147 Prozent auf nun 19,6 Millionen Euro an. Von dieser Summe entfielen gut sechs Millionen Euro auf Zuschüsse und knapp 13,6 Millionen Euro auf Darlehen. Die Zuschüsse wurden vor allem für die Finanzierung der Bildungsmaßnahmen (3,5 Millionen Euro) und des Lebensunterhalts (2,5 Millionen Euro) gewährt. Darlehen wurden insbesondere für Leistungen zur Finanzierung der Maßnahmen (acht Millionen Euro) und für den Unterhalt bewilligt (5,5 Millionen Euro). Ob und in welchem Umfang die bewilligten Darlehen ausgezahlt werden, liegt im Ermessen der Förderberechtigten. Insgesamt wurden 2009 rund 8,3 Millionen Euro als Darlehen abgerufen.

G 61

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 1999–2009



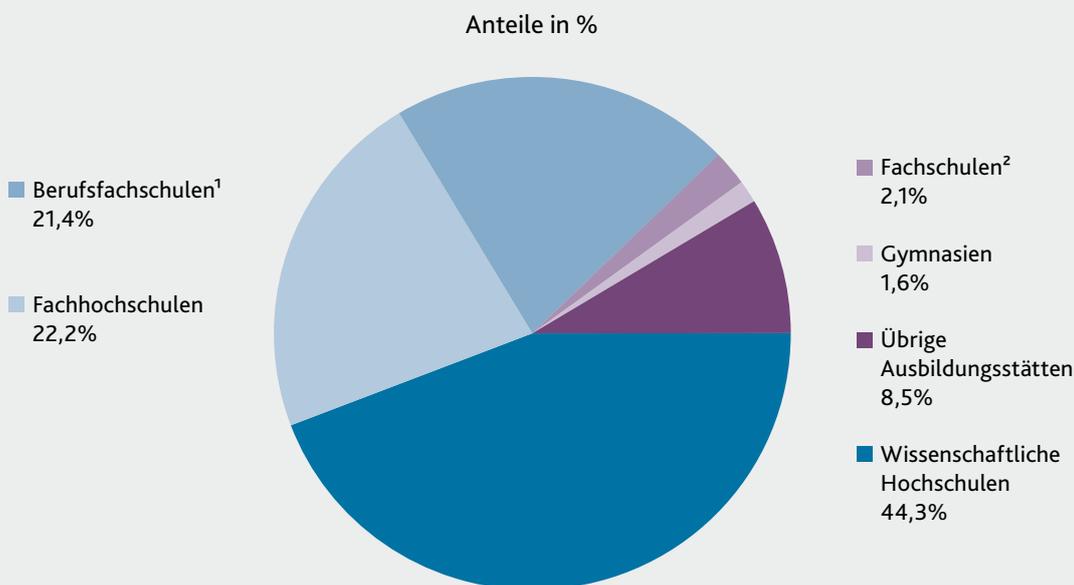
Fast 38 000 Personen erhalten BAföG

Die Zahl der Studierenden, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erhalten, stieg in den vergangenen zehn Jahren deutlich. Im Jahr 2009 erhielten insgesamt 25 270 Personen diese Förderung. Das waren 11 313 mehr als im Jahr 1999 (+81 Prozent). Die Förderung erstreckte sich nicht bei allen Empfängerinnen und Empfängern auf das gesamte Jahr. Im Durchschnitt wurden monatlich 16 236 Studierende gefördert. Bezogen auf die durchschnittliche Zahl der Studierenden des Jahres 2009 waren dies 15 Prozent aller Studentinnen und Studenten in Rheinland-Pfalz. Von den BAföG-beziehenden Studierenden waren 16 805 an einer wissenschaftlichen Hochschule, 8 409 an einer Fachhochschule sowie 56 an sonstigen Hochschuleinrichtungen immatrikuliert. Sie erhielten durchschnittlich 427 Euro im Monat (+100 Euro gegenüber 1999).

Zugenommen hat auch die Zahl der geförderten Schülerinnen und Schüler. Sie stieg gegenüber dem Jahr 1999 um 85 Prozent auf 12 690 Schülerinnen und Schüler. Von diesen besuchten die meisten eine Berufsfachschule (8 127). Weitere 790 wurden an Fachschulen, 611 an Gymnasien und 3 162 an sonstigen Ausbildungsstätten gefördert. Zu diesen gehörten beispielsweise Integrierte Gesamtschulen und Abendgymnasien. Im Jahr 2009 wurden durchschnittlich 7 492 Schülerinnen und Schüler pro Monat gefördert. Der durchschnittliche monatliche Förderungsbetrag lag bei 310 Euro (+67 Euro gegenüber 1999).

G 62

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 2009 nach Ausbildungsstätten



1 Einschließlich Fachschulklassen, deren Besuch keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. – 2 Nur Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt.

Quelle: Statistik der Bundesausbildungsförderung (BAföG)

111 Millionen Euro an BAföG-Leistungen

Im Jahr 2009 erhielten 37 963 Personen BAföG-Leistungen.¹ Für die Förderung in Rheinland-Pfalz wendeten Bund und Land 2009 mehr als 111 Millionen Euro auf. Das waren rund 64 Millionen Euro und damit gut 134 Prozent mehr als 1999. In Form von Zuschüssen wurden 70 Millionen Euro ausgezahlt (63 Prozent), 41 Millionen Euro flossen als Darlehen. Das BAföG wird zu 65 Prozent vom Bund und zu 35 Prozent vom Land finanziert.

Das BAföG hat seit seinem Inkrafttreten am 26. April 1971 zahlreiche Änderungen erfahren. Diese führten – neben demografischen Faktoren – zu deutlich schwankenden Gefördertenanzahlen. Zuletzt sorgte 2009 das 22. BAföG-Änderungsgesetz für einen merklichen Anstieg der Zahl der Leistungsbezieher. Im Zuge dieser letzten Reform wurden unter anderem die Freibetragsgrenzen angehoben sowie die Förderbedingungen für Personen mit Kindern und für Antragsteller mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit verbessert.

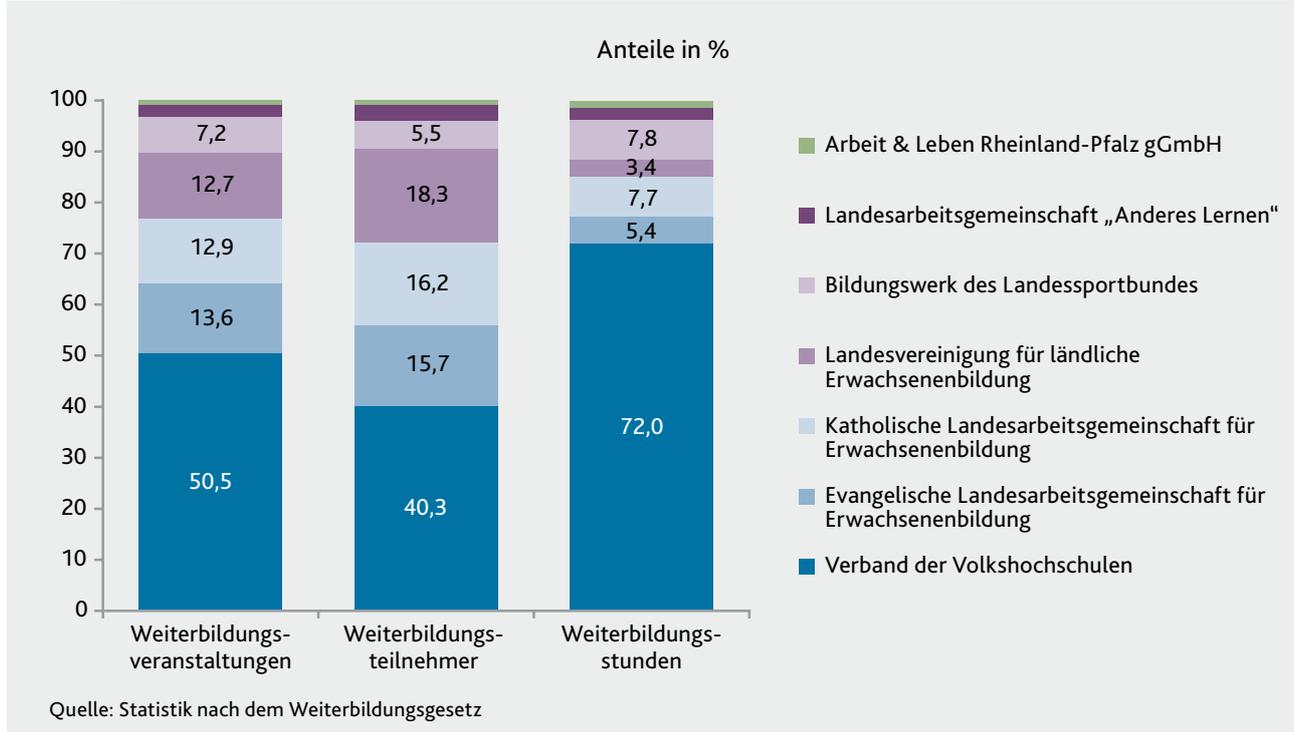
Erläuterung

Statistiken zur Ausbildungsförderung

Die staatlichen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sind Gegenstand jährlicher Statistiken zur Ausbildungsförderung. Ausgewertet werden Angaben zur finanziellen und sozialen Situation der Geförderten, zur finanziellen Situation unterhaltspflichtiger Ehegatten beziehungsweise Verwandter, die Höhe und Zusammensetzung der finanziellen Bedarfe sowie die festgesetzten Förderbeträge.

¹ Neben Studierenden sowie Schülerinnen und Schülern wurden auch drei Personen an Fernunterrichtsinstituten gefördert.

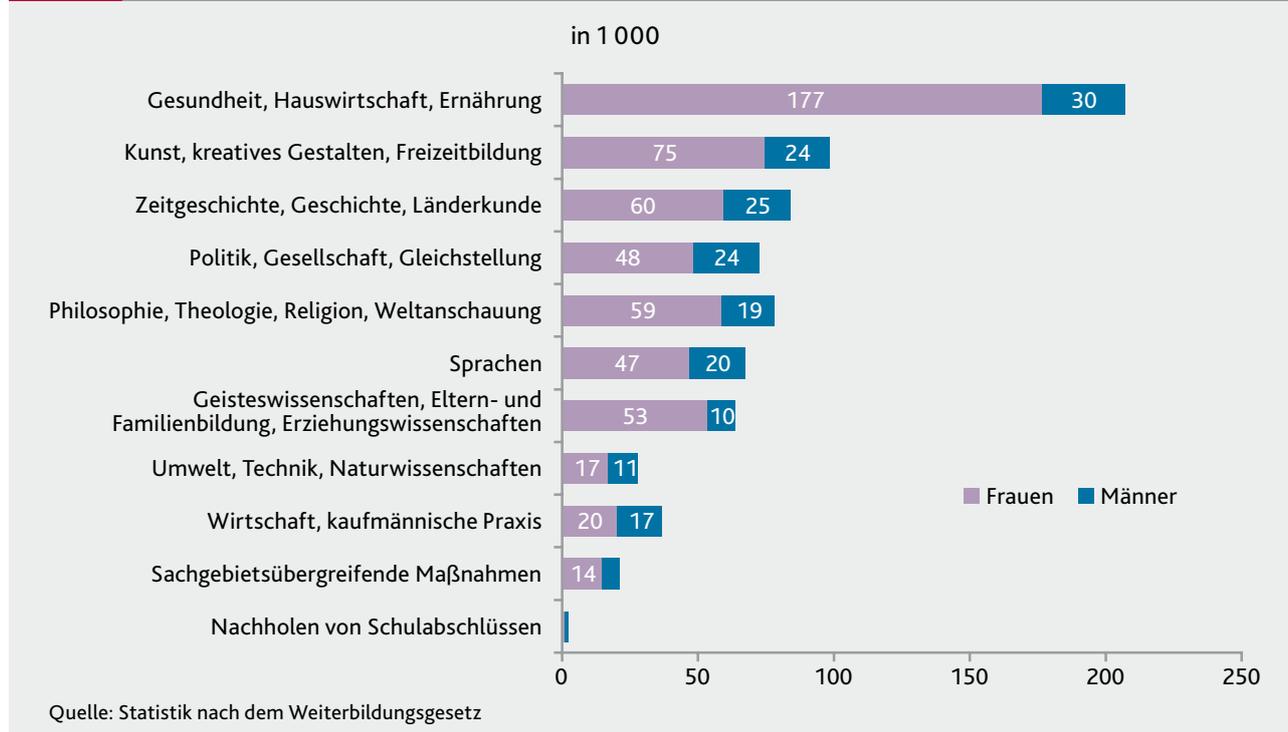
G 63 Weiterbildungsveranstaltungen, -teilnehmer und -stunden 2009 nach Landesorganisationen



Verband der Volkshochschulen organisiert die Hälfte aller Weiterbildungsveranstaltungen

Im Jahr 2009 wurden von den sieben staatlich anerkannten Weiterbildungsorganisationen in Rheinland-Pfalz insgesamt 46 410 Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt. Größter Anbieter war der Verband der Volkshochschulen. Dieser organisierte 23 424 Bildungsmaßnahmen und damit etwas mehr als die Hälfte aller Veranstaltungen. Auch in Bezug auf die erteilten Weiterbildungsstunden (72 Prozent) und die Zahl der Teilnehmenden (40 Prozent) liegen die Einrichtungen des Verbandes der Volkshochschulen deutlich vorn.

Den Schwerpunkt der Weiterbildungsarbeit bildeten Veranstaltungen aus dem Themenbereich „Sprachen“. Diese machten mit 218 879 erteilten Weiterbildungsstunden 29 Prozent der Weiterbildungstätigkeit der staatlich anerkannten Organisationen aus. An zweiter Stelle findet sich das Themengebiet „Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung“ (23 Prozent), gefolgt von „Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung“ und „sachgebietsübergreifenden Maßnahmen“ (jeweils elf Prozent). Vier Prozent der Weiterbildungsstunden wurden mit dem Ziel der Vermittlung von Schulabschlüssen erteilt.

G 64 Teilnehmende an Weiterbildungsmaßnahmen 2009 nach Themenbereichen und Geschlecht

Viele Teilnehmende im Bereich „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“

Die meisten Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gab es in Veranstaltungen aus den Bereichen „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ (27 Prozent), „Kunst, kreatives Gestalten und Freizeitbildung“ (13 Prozent) sowie „Zeitgeschichte, Geschichte und Länderkunde“ (elf Prozent). Die im Gegensatz zu den Weiterbildungsstunden unterschiedliche Besetzung der einzelnen Themenbereiche ergibt sich, da bei der Erfassung der Teilnehmerzahlen keine Gewichtung vorgenommen wird. So wird beispielsweise die Teilnahme an einem Sprachkurs, der 40 Stunden umfasst, nur einmal gezählt, genauso wie der Besuch eines Vortrages, der nur zwei Stunden dauert.

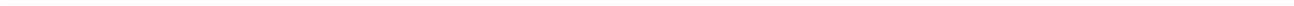
Traditionell werden die Weiterbildungsangebote der staatlich anerkannten Träger überproportional häufig von Frauen genutzt. Im Jahr 2009 waren etwa drei Viertel aller Teilnehmenden weiblich. Dieser Anteil ist seit Jahren nahezu unverändert.

Erläuterungen
Weiterbildungsstatistik nach dem Weiterbildungsgesetz

Die statistische Erfassung der Daten für die Weiterbildungsstatistik erfolgt über den Landesbeirat für Weiterbildung bei den Spitzenorganisationen der Weiterbildungsträger. Die einzelnen Spitzenorganisationen erheben ihrerseits die Daten bei den ihnen angeschlossenen Einrichtungen. Die Aufbereitung der Ergebnisse erfolgt beim Statistischen Landesamt.

Weitere Datenquellen zur Weiterbildung

Neben der Landesweiterbildungsstatistik existieren noch vielfältige weitere Datenquellen zur Weiterbildung. Ergänzende Daten finden sich beispielsweise in der Statistik über die Gasthörer an Hochschulen, in der Berufsbildungsstatistik und im Mikrozensus. Auch die Bundesagentur für Arbeit erhebt regelmäßig Daten zu den von ihr geförderten Weiterbildungsmaßnahmen. Umfangreiche statistische Informationen zur betrieblichen Weiterbildung liefert die alle fünf Jahre durchgeführte „Europäische Erhebung über die betriebliche Weiterbildung in Unternehmen“, die im Jahr 2011 das vierte Mal durchgeführt wird.



Tabellenanhang

Tabellenanhang

Grundinformationen

AT 1	Bevölkerung 2000–2030 nach Altersgruppen	86
AT 2	Bevölkerung im Alter von 25 Jahren und älter 2009 nach Bildungsstand, Altersgruppen und Geschlecht	86
AT 3	Bildungspersonal 2007/08 nach Funktionen	87

Vorschulische Bildung und Betreuung

AT 4	Unter 6-Jährige in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2006–2009 nach Altersgruppen	88
AT 5	Unter 6-Jährige in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2009 nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund	88

Allgemeinbildende Schulen

AT 6	Schulanfängerinnen und Schulanfänger 1999–2009 nach Einschulungsart und Schulart	89
AT 7	Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen und in der vorschulischen Ausbildung im Schuljahr 2009/10 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund	89
AT 8	Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2009/10 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund	90
AT 9	Schülerinnen und Schüler der achten Klassenstufe im Schuljahr 2009/10 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund	90
AT 10	Schülerinnen und Schüler mit Förderschwerpunkt 2009/10 nach besuchter Schulart	91
AT 11	Schülerinnen und Schüler 2009/10 nach Teilnahme am Ganztagsangebot, Schulstufe und Angebotsart	91
AT 12	Ganztags Schülerinnen und -schüler in den Schuljahren 2005/06–2009/10 nach Angebotsart	92
AT 13	Nichtversetzte im Schuljahr 2008/09 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund	92
AT 14	Schulentlassene allgemeinbildender Schulen 2009 nach Geschlecht, Abschlussart und Migrationshintergrund	93

Berufsbildende Schulen

AT 15	Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Schulformen, Geschlecht und Migrationshintergrund	94
AT 16	Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2009/10 nach Bildungsgängen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit	94

Duale Berufsausbildung

AT 17	Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach Ausbildungsbereichen	95
AT 18	Eckdaten zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnissen 2009	95
AT 19	Teilnehmer an Ausbildungsabschlussprüfungen 2008 und 2009 nach Ausbildungsbereichen, Geschlecht und Prüfungserfolg	96

Hochschulen

AT 20	Eckdaten zur Hochschulentwicklung 1999–2009	97
AT 21	Kennzahlen zur Hochschulbildung 1999–2009 nach Geschlecht	98
AT 22	Studierende in MINT-Fächern im Wintersemester 2009/10 nach Studienbereichen und Geschlecht	98
AT 23	Studierende im Wintersemester 2009/10 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Fächergruppen	99
AT 24	Studierende im Wintersemester 2009/10 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) und dem Land des Studienorts	99
AT 25	Bildungsausländer und -inländer in den Wintersemestern 1999/2000–2009/2010.....	100
AT 26	Mittlere Fachstudiendauer und Durchschnittsalter bei Erstabschluss 1999–2009 nach Geschlecht...	100
AT 27	Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 1999 und 2009.....	101
AT 28	Betreuungsrelationen im Wintersemester 2009/10 nach Fächergruppen und Hochschularten	101
AT 29	Laufende Grundmittel für Lehre und Forschung 1995–2008	102
AT 30	Studienanfängerinnen und -anfänger, Studierende, Absolventinnen und Absolventen sowie wissenschaftliches und künstlerisches Personal 2009 nach Hochschulen.....	103

Ausbildungsförderung

AT 31	Empfänger von Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sowie finanzieller Aufwand 1999–2009	104
AT 32	Empfänger von Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2009 nach Ausbildungsstätten und Geschlecht	104
AT 33	Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sowie finanzieller Aufwand 1999–2009	105
AT 34	Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 2009 nach Ausbildungsstätten und Geschlecht	105

Weiterbildung

AT 35	Landesorganisationen der Weiterbildung 2009 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden und Teilnehmenden	106
AT 36	Sachgebiete der Weiterbildung 2009 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden und Teilnehmenden	106

AT 1 Bevölkerung 2000–2030 nach Altersgruppen

Altersgruppen	2000		2009		2020		2030	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 15	657 320	16,3	549 446	13,7	498 658	12,7	467 207	12,3
unter 3	116 741	2,9	96 201	2,4	94 564	2,4	84 860	2,2
3–6	125 221	3,1	99 429	2,5	97 836	2,5	89 472	2,4
6–10	179 219	4,4	146 266	3,6	134 294	3,4	126 026	3,3
10–15	236 139	5,9	207 550	5,2	171 964	4,4	166 849	4,4
15–65	2 674 841	66,3	2 633 993	65,6	2 520 932	64,2	2 254 644	59,5
15–30	666 176	16,5	699 538	17,4	623 962	15,9	553 289	14,6
30–55	1 517 282	37,6	1 448 656	36,1	1 273 326	32,4	1 156 281	30,5
55–65	491 383	12,2	485 799	12,1	623 644	15,9	545 074	14,4
65 und älter	702 396	17,4	829 236	20,7	905 046	23,1	1 067 767	28,2
Insgesamt	4 034 557	100	4 012 675	100	3 924 636	100	3 789 618	100

Quelle: Jahre 2000 und 2009 Bevölkerungsfortschreibung, 2020 und 2030 Mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung

AT 2 Bevölkerung im Alter von 25 Jahren und älter¹ 2009 nach Bildungsstand, Altersgruppen und Geschlecht

Bildungsstand ²	Insgesamt		Alter in Jahren									
			25–35		35–45		45–55		55–65		65 und älter	
	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%
Insgesamt												
Niedrig	737	24,6	74	16,4	92	15,6	105	16,5	98	20,9	368	43,1
Mittel	1 648	54,9	273	60,4	356	60,2	381	60,0	268	57,5	370	43,3
Hoch	615	20,5	105	23,3	143	24,2	150	23,5	101	21,6	116	13,6
Insgesamt	2 999	100	452	100	591	100	636	100	466	100	854	100
Frauen												
Niedrig	511	32,9	38	16,5	52	17,9	63	20,1	67	29,6	291	59,3
Mittel	816	52,6	137	59,7	182	62,8	196	62,2	130	57,3	171	34,9
Hoch	225	14,5	55	23,8	56	19,3	56	17,7	30	13,1	29	5,8
Zusammen	1 551	100	230	100	289	100	315	100	227	100	490	100
Männer												
Niedrig	226	15,6	36	16,2	40	13,4	42	12,9	30	12,7	77	21,3
Mittel	832	57,5	136	61,1	174	57,7	185	57,8	138	57,6	199	54,7
Hoch	390	26,9	50	22,7	87	28,9	94	29,3	71	29,7	88	24,1
Zusammen	1 448	100	222	100	302	100	321	100	239	100	364	100

1 Nur Personen mit Angaben. – 2 Kategorisierung nach ISCED 1997: Niedrig: Sekundarbereich I oder weniger (ISCED 1 und 2), Mittel: Sekundarbereich II und postsekundärer nichttertiärer Bereich (ISCED 3 und 4), Hoch: Tertiärbereich (ISCED 5 und 6).

Quelle: Mikrozensus

AT 3 Bildungspersonal 2007/08 nach Funktionen

Merkmal	Personal insgesamt		Pädagogisches/ wissenschaftliches Personal		Sonstiges Personal ¹	
	Anzahl	VZÄ ²	Anzahl	VZÄ ²	Anzahl	VZÄ ²
Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege	27 900	20 100	22 400	17 700	5 500	2 400
Schulen	55 900	40 200	49 400	36 000	6 500	4 200
Hochschulen	19 600	13 600	10 300	6 200	9 300	7 400
Lehre	x	4 400	x	3 300	x	1 100
Forschung und Entwicklung	x	2 900	x	2 000	x	900
Krankenbehandlung	x	3 900	x	900	x	3 000
Service	x	2 400	x	-	x	2 400
Insgesamt	103 400	73 900	82 100	59 900	21 300	14 000

¹ Z. B. Bibliotheks- und Verwaltungspersonal. – ² VZÄ (Vollzeitäquivalente): Für Kindertagespflegepersonen wird der Teilzeitfaktor anhand des Betreuungsumfangs der Kinder geschätzt. Für Kindertageseinrichtungen werden die genauen wöchentlichen Arbeitsstunden herangezogen (Vollzeit = 38,5 Stunden). Für Schulen werden die Vollzeitlehrer-Einheiten der KMK verwendet. Für Hochschulen geht hauptberufliches Teilzeitpersonal mit dem Faktor 0,5, nebenberufliches Personal mit dem Faktor 0,2 ein.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungspersonalrechnung 2007/08

AT 4

Unter 6-Jährige in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2006–2009 nach Altersgruppen

Altersgruppe	2006	2007	2008	2009
Betreuungsquote in %				
unter 3 Jahre	9,4	12,0	15,0	17,5
3–6 Jahre	93,6	94,7	95,4	96,2
Betreute Kinder				
unter 3 Jahre	9 520	11 844	14 603	16 967
3–6 Jahre	104 631	101 654	99 854	98 067
Bevölkerung				
unter 3 Jahre	101 334	98 753	97 566	97 088
3–6 Jahre	111 832	107 389	104 642	101 983

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

AT 5

Unter 6-Jährige in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2009 nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund

Alter in Jahren	Insgesamt	Mädchen		Jungen		Mit Migrationshintergrund ¹		Darunter	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Mädchen	Jungen
									Anzahl
unter 3	16 967	8 202	48,3	8 765	51,7	3 683	21,7	1 707	1 976
unter 1	471	220	46,7	251	53,3	116	24,6	43	73
1	3 142	1 505	47,9	1 637	52,1	582	18,5	260	322
2	13 354	6 477	48,5	6 877	51,5	2 985	22,4	1 404	1 581
3–6	98 067	47 544	48,5	50 523	51,5	28 758	29,3	14 075	14 683
3	30 449	14 864	48,8	15 585	51,2	8 917	29,3	4 339	4 578
4	33 333	16 113	48,3	17 220	51,7	9 865	29,6	4 803	5 062
5	34 285	16 567	48,3	17 718	51,7	9 976	29,1	4 933	5 043
Insgesamt	115 034	55 746	48,5	59 288	51,5	32 441	28,2	15 782	16 659

¹ Ein Migrationshintergrund wird angenommen, wenn mindestens ein Elternteil nichtdeutscher Herkunft ist.

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

AT 6 Schulanfängerinnen und Schulanfänger 1999–2009 nach Einschulungsart und Schulart

Einschulungs- jahr	Insgesamt	Grundschulen							Freie Waldorf- schulen	Förder- schulen
		zusammen	vorzeitig		regulär		verspätet ¹			
		Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%		
1999	45 576	44 509	1 720	3,9	39 905	89,7	2 884	6,5	168	899
2000	44 498	43 449	1 650	3,8	38 854	89,4	2 945	6,8	149	900
2001	42 273	41 241	1 822	4,4	36 822	89,3	2 597	6,3	160	872
2002	42 537	41 520	2 160	5,2	36 819	88,7	2 541	6,1	164	853
2003	44 943	43 875	2 656	6,1	39 109	89,1	2 110	4,8	158	910
2004	43 573	42 408	3 374	8,0	36 760	86,7	2 274	5,4	149	1 016
2005	41 253	40 130	3 523	8,8	34 544	86,1	2 063	5,1	166	957
2006	40 275	39 189	3 571	9,1	33 746	86,1	1 872	4,8	163	923
2007	38 336	37 222	4 409	11,8	30 380	81,6	2 433	6,5	170	944
2008	39 524	38 350	1 746	4,6	34 825	90,8	1 779	4,6	165	1 009
2009	36 048	34 784	1 813	5,2	30 715	88,3	2 256	6,5	170	1 094

¹ Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 7 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen und in der vorschulischen Ausbildung im Schuljahr 2009/10 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung/ Schulart	Insgesamt	Schülerinnen		Schüler		Mit Migrations- hintergrund	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schul- und Förderschulkindergärten	712	230	32,3	482	67,7	.	.
Grundschulen	150 969	73 141	48,4	77 828	51,6	25 112	16,6
Hauptschulen	23 272	10 234	44,0	13 038	56,0	6 291	27,0
Realschulen	46 143	23 178	50,2	22 965	49,8	5 903	12,8
Realschulen plus	57 110	25 808	45,2	31 302	54,8	7 299	12,8
Gymnasien	138 652	74 362	53,6	64 290	46,4	8 049	5,8
Integrierte Gesamtschulen	24 526	12 080	49,3	12 446	50,7	2 718	11,1
Freie Waldorfschulen	2 416	1 237	51,2	1 179	48,8	47	1,9
Kollegs und Abendgymnasien	669	323	48,3	346	51,7	35	5,2
Förderschulen	15 545	5 792	37,3	9 753	62,7	2 076	13,4
Insgesamt	460 014	226 385	49,2	233 629	50,8	57 530	12,5

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 8

Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2009/10 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	15 170	38,3	7 749	40,0	7 421	36,6	815	19,8
Integrierte Gesamtschulen	4 216	10,6	1 990	10,3	2 226	11,0	442	10,7
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	3 507	8,8	1 755	9,1	1 752	8,6	184	4,5
Realschulen plus	8 154	20,6	3 704	19,1	4 450	21,9	1 041	25,3
Realschulen	5 802	14,6	2 913	15,1	2 889	14,2	974	23,7
Hauptschulen	2 610	6,6	1 166	6,0	1 444	7,1	629	15,3
Freie Waldorfschulen	24	0,1	10	0,1	14	0,1	0	0,0
Förderschulen	164	0,4	67	0,3	97	0,5	28	0,7
Insgesamt	39 647	100	19 354	100	20 293	100	4 113	100

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 9

Schülerinnen und Schüler der achten Klassenstufe im Schuljahr 2009/10 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	15 879	36,2	8 335	39,0	7 544	33,5	884	17,0
Integrierte Gesamtschulen	3 301	7,5	1 571	7,4	1 730	7,7	402	7,7
Realschulen plus	10 510	23,9	4 695	22,0	5 815	25,8	1 369	26,3
Realschulen	7 553	17,2	3 847	18,0	3 706	16,4	939	18,0
Hauptschulen	4 921	11,2	2 244	10,5	2 677	11,9	1 377	26,5
Förderschulen	1 546	3,5	578	2,7	968	4,3	226	4,3
Freie Waldorfschulen	185	0,4	95	0,4	90	0,4	7	0,1
Insgesamt	43 895	100	21 365	100	22 530	100	5 204	100

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 10 Schülerinnen und Schüler mit Förderschwerpunkt 2009/10 nach besuchter Schulart

Förderschwerpunkt	Insgesamt	Davon unterrichtet an			
		Förderschulen		Regelschulen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Lernen	10 765	8 563	79,5	2 202	20,5
Ganzheitliche Entwicklung	3 054	2 857	93,5	197	6,5
Motorische Entwicklung	1 705	1 606	94,2	99	5,8
Soziale und emotionale Entwicklung	980	917	93,6	63	6,4
Sehen	189	174	92,1	15	7,9
Hören	636	597	93,9	39	6,1
Sprache	964	831	86,2	133	13,8
Insgesamt	18 293	15 545	85,0	2 748	15,0

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 11 Schülerinnen und Schüler 2009/10 nach Teilnahme am Ganztagsangebot, Schulstufe und Angebotsart

Schulstufe	Insgesamt	Darunter mit Teilnahme am Ganztagsangebot		Davon		
		Anzahl	%	verpflichtende Form	offene Form	Angebotsform
	Anzahl			Anzahl	Anzahl	
Primarstufe	155 345	23 765	15,3	2 176	862	20 727
Sekundarstufe I	252 129	40 925	16,2	7 197	1 818	31 910
Sekundarstufe II	47 821	1 398	2,9	1 029	119	250
Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	4 007	3 991	99,6	3 990	-	1
Insgesamt	459 302	70 079	15,3	14 392	2 799	52 888

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 12 Ganztags Schülerinnen und -schüler in den Schuljahren 2005/06–2009/10 nach Angebotsart

Angebotsart	Schuljahr									
	2005/06		2006/07		2007/08		2008/09		2009/10	
	Anzahl	%								
Verpflichtende Form	15 262	3,1	14 940	3,1	17 290	3,6	14 997	3,2	14 392	3,1
Offene Form	6 049	1,2	4 982	1,0	4 210	0,9	4 079	0,9	2 799	0,6
Angebotsform	21 474	4,4	29 758	6,2	36 764	7,8	43 636	9,3	52 888	11,5
Keine Teilnahme	444 182	91,2	432 236	89,7	415 969	87,7	405 473	86,6	389 223	84,7
Insgesamt	486 967	100	481 916	100	474 233	100	468 185	100	459 302	100

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 13 Nichtversetzte im Schuljahr 2008/09 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %
Primarstufe	823	0,5	384	0,5	439	0,5	273	1,1
Sekundarstufe I	6 016	2,3	2 250	1,8	3 766	2,9	950	3,2
Sekundarstufe II ²	1 322	2,8	611	2,3	711	3,5	176	5,6
Insgesamt	8 161	1,8	3 245	1,4	4 916	2,1	1 399	2,4

1 Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schulstufe. – 2 Einschließlich Kollegs- und Abendgymnasien.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 14

Schulentlassene¹ allgemeinbildender Schulen 2009 nach Geschlecht, Abschlussart und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Davon			
			ohne Migrationshintergrund		mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt						
Ohne Hauptschulabschluss	3 076	6,7	2 415	6,1	661	11,2
darunter Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule	1 718	3,8	1 409	3,5	309	5,2
Hauptschulabschluss	10 250	22,4	8 132	20,4	2 118	35,9
Qualifizierter Sekundarabschluss I	18 570	40,6	16 370	41,1	2 200	37,3
Fachhochschulreife (schulischer Teil)	812	1,8	702	1,8	110	1,9
Allgemeine Hochschulreife	13 060	28,5	12 246	30,7	814	13,8
Insgesamt	45 768	100	39 865	100	5 903	100
Frauen						
Ohne Hauptschulabschluss	1 136	5,0	902	4,5	234	8,1
darunter Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule	639	2,8	529	2,7	110	3,8
Hauptschulabschluss	4 343	19,0	3 419	17,2	924	31,9
Qualifizierter Sekundarabschluss I	9 492	41,6	8 311	41,7	1 181	40,8
Fachhochschulreife (schulischer Teil)	444	1,9	382	1,9	62	2,1
Allgemeine Hochschulreife	7 392	32,4	6 896	34,6	496	17,1
Zusammen	22 807	100	19 910	100	2 897	100
Männer						
Ohne Hauptschulabschluss	1 940	8,4	1 513	7,6	427	14,2
darunter Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule	1 079	4,7	880	4,4	199	6,6
Hauptschulabschluss	5 907	25,7	4 713	23,6	1 194	39,7
Qualifizierter Sekundarabschluss I	9 078	39,5	8 059	40,4	1 019	33,9
Fachhochschulreife (schulischer Teil)	368	1,6	320	1,6	48	1,6
Allgemeine Hochschulreife	5 668	24,7	5 350	26,8	318	10,6
Zusammen	22 961	100	19 955	100	3 006	100

1 Ohne Nichtschülerprüfungen.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 15 Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Schulformen, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulform	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %
Berufsschule ohne Berufsschulvorbereitungsjahr ¹	81 595	-1,5	31 488	38,6	50 107	61,4	10 646	13,0
Berufsvorbereitungsjahr	2 725	-10,9	1 019	37,4	1 706	62,6	566	20,8
Berufsfachschule	24 313	-2,7	12 688	52,2	11 625	47,8	4 389	18,1
Fachschule	10 998	4,5	6 312	57,4	4 686	42,6	1 189	10,8
Berufsoberschule I	1 917	11,5	594	31,0	1 323	69,0	243	12,7
Berufsoberschule II	874	17,2	507	58,0	367	42,0	107	12,2
Duale Berufsoberschule	2 426	15,1	932	38,4	1 494	61,6	308	12,7
Berufliches Gymnasium	7 572	10,0	3 529	46,6	4 043	53,4	1 195	15,8
Insgesamt	132 420	-0,3	57 069	43,1	75 351	56,9	18 643	14,1

¹ Duales Ausbildungssystem einschließlich Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag (505 im Schuljahr 2009/10).

Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen

AT 16 Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2009/10 nach Bildungsgängen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Bildungsgang	Insgesamt		Frauen		Männer		Ausländerinnen und Ausländer
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Diätassistent	43		41	95,3	2	4,7	1
Ergotherapeut	401		357	89,0	44	11,0	1
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger	315		305	96,8	10	3,2	2
Gesundheits- und Krankenpfleger	3 139		2 614	83,3	525	16,7	171
Kranken- und Kinderkrankenpfleger	138		126	91,3	12	8,7	7
Hebamme	135		135	100	-	-	4
Krankenpflegehelfer	123		94	76,4	29	23,6	19
Logopäde	142		131	92,3	11	7,7	-
Masseur und medizinischer Bademeister	186		94	50,5	92	49,5	14
Medizinisch technischer Assistent (Labor)	284		261	91,9	23	8,1	16
Medizinisch technischer Assistent (Radiologie)	66		59	89,4	7	10,6	4
Operationstechnischer Assistent	98		87	88,8	11	11,2	-
Pharmazeutisch-technischer Assistent	311		292	93,9	19	6,1	21
Physiotherapeut	1 588		1 024	64,5	564	35,5	67
Podologe	38		29	76,3	9	23,7	-
Rettungsassistent	255		70	27,5	185	72,5	3
Insgesamt	7 262		5 719	78,8	1 543	21,2	330

Quelle: Erhebung über die Schulen des Gesundheitswesens

AT 17 Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge								Auszubildende							
	insgesamt				von Frauen		von Ausländerinnen und Ausländern		insgesamt				Frauen		Ausländerinnen und Ausländer	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr		Anzahl					%	Anzahl	%	Anzahl				
		Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%					Anzahl	%		
Industrie und Handel	15 791	-1 168	-6,9	6 759	42,8	641	4,1	42 095	-715	-1,7	16 633	39,5	1 443	3,4		
Handwerk	8 950	-46	-0,5	2 296	25,7	524	5,9	25 780	-632	-2,4	5 760	22,3	1 297	5,0		
Landwirtschaft	754	-37	-4,7	161	21,4	19	2,5	2 052	-20	-1,0	422	20,6	31	1,5		
Öffentlicher Dienst	660	46	7,5	384	58,2	11	1,7	1 955	-51	-2,5	1 146	58,6	32	1,6		
Freie Berufe	2 125	-82	-3,7	2 034	95,7	175	8,2	5 964	-78	-1,3	5 710	95,7	443	7,4		
Hauswirtschaft	292	-	-	273	93,5	14	4,8	798	28	3,6	763	95,6	36	4,5		
Insgesamt	28 572	-1 287	-4,3	11 907	41,7	1 384	4,8	78 644	-1 468	-1,8	30 434	38,7	3 282	4,2		

Quelle: Berufsbildungsstatistik

AT 18 Eckdaten zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnissen 2009

Ausbildungsbereich	Insgesamt			Frauen	Männer	Davon im ... Ausbildungsjahr							
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr	Lösungsquote			1.		2.		3.		4.	
		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Industrie und Handel	3 571	-7,7	21,1	1 679	1 892	1 998	56,0	1 117	31,3	446	12,5	10	0,3
Handwerk	3 526	14,7	36,2	981	2 545	1 547	43,9	1 115	31,6	706	20,0	158	4,5
Landwirtschaft	231	6,5	28,3	64	167	117	50,6	76	32,9	38	16,5	-	-
Öffentlicher Dienst	54	-31,6	8,1	29	25	23	42,6	15	27,8	16	29,6	-	-
Freie Berufe	420	-14,5	18,3	397	23	238	56,7	80	19,0	102	24,3	-	-
Hauswirtschaft	78	-3,7	25,8	76	2	45	57,7	21	26,9	12	15,4	-	-
Insgesamt	7 880	0,9	25,6	3 226	4 654	3 968	50,4	2 424	30,8	1 320	16,8	168	2,1

Quelle: Berufsbildungsstatistik

AT 19

Teilnehmer an Ausbildungsabschlussprüfungen 2008 und 2009
nach Ausbildungsbereichen, Geschlecht und Prüfungserfolg

Ausbildungsbereich	2008					2009					Veränderung 2009 zu 2008
	insgesamt	Frauen		Männer		insgesamt	Frauen		Männer		
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Insgesamt											
Industrie und Handel	13 564	5 678	41,9	7 886	58,1	14 656	6 374	43,5	8 282	56,5	8,1
Handwerk	7 483	1 773	23,7	5 710	76,3	7 089	1 703	24,0	5 386	76,0	-5,3
Landwirtschaft	637	132	20,7	505	79,3	682	138	20,2	544	79,8	7,1
Öffentlicher Dienst	779	413	53,0	366	47,0	741	429	57,9	312	42,1	-4,9
Freie Berufe	2 155	2 070	96,1	85	3,9	2 002	1 912	95,5	90	4,5	-7,1
Hauswirtschaft	257	244	94,9	13	5,1	221	208	94,1	13	5,9	-14,0
Insgesamt	24 875	10 310	41,4	14 565	58,6	25 391	10 764	42,4	14 627	57,6	2,1
darunter bestandene Abschlussprüfungen											
Industrie und Handel	12 394	5 160	41,6	7 234	58,4	13 386	5 772	43,1	7 614	56,9	8,0
Handwerk	6 278	1 553	24,7	4 725	75,3	6 054	1 545	25,5	4 509	74,5	-3,6
Landwirtschaft	539	113	21,0	426	79,0	570	123	21,6	447	78,4	5,8
Öffentlicher Dienst	687	375	54,6	312	45,4	648	384	59,3	264	40,7	-5,7
Freie Berufe	1 955	1 876	96,0	79	4,0	1 797	1 709	95,1	88	4,9	-8,1
Hauswirtschaft	209	197	94,3	12	5,7	184	171	92,9	13	7,1	-12,0
Zusammen	22 062	9 274	42,0	12 788	58,0	22 639	9 704	42,9	12 935	57,1	2,6

Quelle: Berufsbildungsstatistik

AT 20 Eckdaten zur Hochschulentwicklung 1999–2009

Jahr ¹	Studienberechtigte			Studienanfänger			Studierende			Absolventen		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
Insgesamt												
1999	14 924	8 052	6 872	13 174	6 891	6 283	80 582	38 325	42 257	11 375	5 107	6 268
2000	15 267	8 259	7 008	14 652	7 596	7 056	82 008	39 595	42 413	10 732	5 217	5 515
2001	15 918	8 451	7 467	16 355	8 623	7 732	85 881	42 284	43 597	10 249	4 933	5 316
2002	16 628	8 936	7 692	17 841	9 484	8 357	91 123	45 522	45 601	9 693	4 828	4 865
2003	16 912	9 162	7 750	18 030	9 033	8 997	96 139	47 821	48 318	10 743	5 431	5 312
2004	17 194	9 231	7 963	17 807	8 979	8 828	99 138	49 431	49 707	11 188	5 857	5 331
2005	16 861	8 985	7 876	17 535	8 931	8 604	101 845	50 770	51 075	12 847	6 722	6 125
2006	17 631	9 635	7 996	17 725	9 404	8 321	103 156	51 723	51 433	12 477	6 551	5 926
2007	19 589	10 728	9 131	19 222	10 158	9 064	105 630	53 396	52 234	13 736	7 293	6 443
2008	21 202	11 451	9 751	20 004	10 427	9 577	107 116	54 181	52 935	14 472	7 700	6 772
2009	21 896	11 800	10 096	20 842	10 926	9 916	109 478	55 438	54 040	15 797	8 201	7 596
darunter in MINT-Fächern ²												
1999	x	x	x	4 070	1 462	2 608	24 683	7 785	16 898	3 454	971	2 483
2000	x	x	x	4 799	1 652	3 147	24 920	8 019	16 901	3 184	985	2 199
2001	x	x	x	5 186	1 704	3 482	25 764	8 367	17 397	2 960	949	2 011
2002	x	x	x	5 621	2 013	3 608	27 227	9 105	18 122	2 727	917	1 810
2003	x	x	x	6 259	2 122	4 137	29 350	9 937	19 413	2 728	891	1 837
2004	x	x	x	5 989	2 029	3 960	30 622	10 438	20 184	2 940	1 057	1 883
2005	x	x	x	6 197	2 092	4 105	31 870	10 814	21 056	3 351	1 176	2 175
2006	x	x	x	6 195	2 211	3 984	32 314	10 997	21 317	3 354	1 229	2 125
2007	x	x	x	7 074	2 583	4 491	33 919	11 613	22 306	3 674	1 370	2 304
2008	x	x	x	7 141	2 452	4 689	34 751	11 822	22 929	4 020	1 511	2 509
2009	x	x	x	7 581	2 686	4 895	36 781	12 462	24 319	4 608	1 578	3 030
MINT-Anteile in %												
1999	x	x	x	30,9	21,2	41,5	30,6	20,3	40,0	30,4	19,0	39,6
2000	x	x	x	32,8	21,7	44,6	30,4	20,3	39,8	29,7	18,9	39,9
2001	x	x	x	31,7	19,8	45,0	30,0	19,8	39,9	28,9	19,2	37,8
2002	x	x	x	31,5	21,2	43,2	29,9	20,0	39,7	28,1	19,0	37,2
2003	x	x	x	34,7	23,5	46,0	30,5	20,8	40,2	25,4	16,4	34,6
2004	x	x	x	33,6	22,6	44,9	30,9	21,1	40,6	26,3	18,0	35,3
2005	x	x	x	35,3	23,4	47,7	31,3	21,3	41,2	26,1	17,5	35,5
2006	x	x	x	35,0	23,5	47,9	31,3	21,3	41,4	26,9	18,8	35,9
2007	x	x	x	36,8	25,4	49,5	32,1	21,7	42,7	26,7	18,8	35,8
2008	x	x	x	35,7	23,5	49,0	32,4	21,8	43,3	27,8	19,6	37,0
2009	x	x	x	36,4	24,6	49,4	33,6	22,5	45,0	29,2	19,2	39,9

1 Studienberechtigte und Studienanfänger: Kalenderjahr; Studierende: Wintersemester; Absolventen: Prüfungsjahr. – 2 Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, Studierendenstatistik, Prüfungsstatistik

AT 21 Kennzahlen zur Hochschulbildung 1999–2009 nach Geschlecht

Jahr ¹	Studienberechtigtenquote			Studienanfängerquote						Absolventenquote ²		
	insgesamt	Frauen	Männer	am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz			der rheinland-pfälzischen Studierenden in Deutschland			insgesamt	Frauen	Männer
				insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer			
	%											
1999	34,9	38,6	31,5	30,4	32,7	28,3	24,6	23,9	25,3	18,2	17,7	18,6
2000	34,7	38,3	31,2	33,5	35,3	31,7	27,1	26,2	28,0	18,0	18,5	17,4
2001	35,3	38,3	32,4	36,6	39,1	34,4	29,1	28,5	29,7	18,2	18,7	17,6
2002	36,8	40,6	33,2	39,2	42,4	36,3	31,0	31,7	30,5	17,2	18,3	16,2
2003	37,6	41,6	33,7	39,4	40,2	38,7	31,8	30,5	33,1	18,3	19,9	16,7
2004	38,6	42,4	35,0	39,0	40,0	38,1	30,6	29,6	31,6	19,6	21,3	17,8
2005	37,2	40,5	34,0	38,4	39,8	37,1	30,5	29,8	31,2	21,9	23,7	20,2
2006	38,0	42,4	33,8	38,4	41,3	35,7	30,0	30,7	29,3	21,5	23,8	19,3
2007	41,3	45,4	37,3	40,7	43,4	38,1	31,4	31,8	31,1	24,0	26,5	21,6
2008	43,8	48,1	39,5	41,7	43,9	39,7	34,4	34,1	34,7	25,9	28,6	23,2
2009	44,9	49,6	40,4

¹ Studienberechtigte und Studienanfänger: Kalenderjahr; Absolventen: Prüfungsjahr. – 2 Erstabsolventen.

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung, Statistik der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, Studierendenstatistik, Prüfungsstatistik

AT 22 Studierende in MINT-Fächern im Wintersemester 2009/10 nach Studienbereichen und Geschlecht

Studienbereich	Insgesamt	Frauen		Männer	
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%
Informatik	6 149	990	16,1	5 159	83,9
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	5 431	812	15,0	4 619	85,0
Mathematik	3 810	1 961	51,5	1 849	48,5
Biologie	3 200	2 048	64,0	1 152	36,0
Geografie	2 462	1 246	50,6	1 216	49,4
Chemie	2 224	1 028	46,2	1 196	53,8
Elektrotechnik	2 168	169	7,8	1 999	92,2
Architektur, Innenarchitektur	2 166	1 340	61,9	826	38,1
Bauingenieurwesen	1 730	366	21,2	1 364	78,8
Ingenieurwesen allgemein	1 531	329	21,5	1 202	78,5
Physik, Astronomie	1 530	325	21,2	1 205	78,8
Raumplanung	1 427	684	47,9	743	52,1
Wirtschaftsingenieurwesen ¹	1 055	181	17,2	874	82,8
Geowissenschaften	677	296	43,7	381	56,3
Pharmazie	515	366	71,1	149	28,9
Mathematik, Naturwissenschaften allgemein	501	295	58,9	206	41,1
Vermessungswesen	169	25	14,8	144	85,2
Verkehrstechnik, Nautik	36	1	2,8	35	97,2
Insgesamt	36 781	12 462	33,9	24 319	66,1

¹ Mit ingenieurwissenschaftlichem Schwerpunkt.

Quelle: Studierendenstatistik

AT 23

Studierende im Wintersemester 2009/10 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Fächergruppen

Fächergruppe	Insgesamt		Frauen		Männer		Ausländerinnen und Ausländer	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	309	0,3	105	0,2	204	0,4	35	0,3
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	5 225	4,8	3 218	5,8	2 007	3,7	477	4,0
Ingenieurwissenschaften	15 713	14,4	3 907	7,0	11 806	21,8	2 291	19,1
Kunst, Kunstwissenschaft	3 547	3,2	2 256	4,1	1 291	2,4	404	3,4
Mathematik, Naturwissenschaften	21 068	19,2	8 555	15,4	12 513	23,2	2 031	17,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	34 681	31,7	17 493	31,6	17 188	31,8	3 624	30,3
Sport	1 662	1,5	497	0,9	1 165	2,2	50	0,4
Sprach- und Kulturwissenschaften	27 273	24,9	19 407	35,0	7 866	14,6	3 064	25,6
Insgesamt	109 478	100	55 438	100	54 040	100	11 976	100

Quelle: Studierendenstatistik

AT 24

Studierende im Wintersemester 2009/10 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)¹ und dem Land des Studienorts

Land	Aus Rheinland-Pfalz studieren in ...		In Rheinland-Pfalz studieren aus ...		Wanderungsüberschuss (+)/ -defizit (-)
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Innerhalb des Bundesgebietes	93 063	100	100 977	92,2	+7 914
Baden-Württemberg	12 477	13,4	9 089	8,3	-3 388
Bayern	2 504	2,7	2 678	2,4	+174
Berlin	1 533	1,6	872	0,8	-661
Brandenburg	284	0,3	588	0,5	+304
Bremen	208	0,2	197	0,2	-11
Hamburg	801	0,9	430	0,4	-371
Hessen	8 776	9,4	14 228	13,0	+5 452
Mecklenburg-Vorpommern	269	0,3	407	0,4	+138
Niedersachsen	1 057	1,1	2 370	2,2	+1 313
Nordrhein-Westfalen	11 571	12,4	9 451	8,6	-2 120
Rheinland-Pfalz	49 588	53,3	49 588	45,3	-
Saarland	2 346	2,5	8 116	7,4	+5 770
Sachsen	656	0,7	920	0,8	+264
Sachsen-Anhalt	262	0,3	550	0,5	+288
Schleswig-Holstein	336	0,4	682	0,6	+346
Thüringen	395	0,4	811	0,7	+416
Außerhalb des Bundesgebietes und ohne Angaben ²	x-	x-	8 501	7,8	+8 501
Insgesamt	93 063	100	109 478	100	16 415

1 Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 2 Angaben zu deutschen Studierenden im Ausland werden nicht erfasst.

Quelle: Studierendenstatistik

AT 25 Bildungsausländer und -inländer in den Wintersemestern 1999/2000–2009/2010

Wintersemester	Bildungsausländer				Bildungsinländer			
	insgesamt	Anteil an allen Studierenden			insgesamt	Anteil an allen Studierenden		
		insgesamt	an Uni- versitäten ¹	an Fach- hochschulen		insgesamt	an Uni- versitäten ¹	an Fach- hochschulen
	Anzahl	%			Anzahl	%		
1999/00	5 740	7,1	8,3	4,4	2 365	2,9	2,8	3,4
2000/01	6 138	7,5	8,8	4,5	2 432	3,0	2,8	3,4
2001/02	6 930	8,1	9,5	4,9	2 520	2,9	2,8	3,2
2002/03	7 758	8,5	10,1	5,1	2 589	2,8	2,7	3,2
2003/04	8 454	8,8	10,2	5,8	2 671	2,8	2,6	3,1
2004/05	8 816	8,9	10,1	6,3	2 714	2,7	2,6	3,0
2005/06	8 972	8,8	9,6	7,1	2 712	2,7	2,6	2,9
2006/07	9 154	8,9	9,5	7,5	2 748	2,7	2,5	3,0
2007/08	9 373	8,9	9,1	8,5	2 837	2,7	2,5	3,1
2008/09	9 417	8,8	8,8	8,8	2 865	2,7	2,5	3,1
2009/10	8 939	8,2	8,1	8,3	3 037	2,8	2,6	3,2

1 Einschließlich sonstiger wissenschaftlicher und theologischer Hochschulen.

Quelle: Studierendenstatistik

AT 26 Mittlere Fachstudiendauer¹ und Durchschnittsalter bei Erstabschluss 1999–2009 nach Geschlecht

Prüfungsjahr	Durchschnittsalter bei Erstabschluss			Mittlere Fachstudiendauer		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	Jahre			Fachsemester		
1999	28,4	27,6	29,1	10,1	9,8	10,4
2000	28,1	27,5	28,6	10,1	9,8	10,4
2001	28,0	27,3	28,7	9,8	9,6	10,1
2002	28,0	27,4	28,6	9,9	9,9	10,1
2003	28,1	27,5	28,7	9,8	9,7	9,9
2004	27,7	27,2	28,3	9,5	9,3	9,8
2005	27,6	27,1	28,1	9,5	9,4	9,6
2006	27,6	27,2	28,0	9,5	9,4	9,7
2007	27,5	27,2	27,9	9,4	9,3	9,5
2008	27,5	27,2	27,9	9,5	9,5	9,6
2009	27,2	26,9	27,6	9,4	9,3	9,4

1 Median.

Quelle: Prüfungsstatistik

AT 27 Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 1999 und 2009

Beschäftigte	1999				2009				Veränderung VZÄ 2009 zu 1999	
	insgesamt		Teilzeit		VZÄ ¹	insgesamt		Teilzeit		VZÄ ¹
	Anzahl		%			Anzahl		%		
Hauptberufliches Personal	6 161	1 854	30,1	5 234	7 696	2 827	36,7	6 283	20,0	
Professoren	1 609	44	2,7	1 587	1 789	118	6,6	1 730	9,0	
Dozenten und Assistenten	338	22	6,5	327	42	14	33,3	35	-89,3	
Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter	3 788	1 665	44,0	2 956	5 016	2 249	44,8	3 892	31,7	
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	426	123	28,9	365	849	446	52,5	626	71,7	
Nebenberufliches Personal	2 852	2 852	100	570	3 479	3 479	100	696	22,0	
Gastprofessor, Emeriti	17	17	100	3	49	49	100	10	188,2	
Lehrbeauftragte	2 490	2 490	100	498	2 803	2 803	100	561	12,6	
wissenschaftliche Hilfskräfte (ohne studentische Hilfskräfte)	345	345	100	69	627	627	100	125	81,7	
Insgesamt	9 013	4 706	52,2	5 804	11 175	6 306	56,4	6 978	20,2	

1 VZÄ (Vollzeitäquivalente): Bei der Berechnung wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte Personal mit dem Faktor 0,5 und das nebenberufliche Personal mit dem Faktor 0,2 gewichtet.

Quelle: Personalstatistik

AT 28 Betreuungsrelationen im Wintersemester 2009/10 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Hochschulen insgesamt ¹		Wissenschaftliche Hochschulen		Fachhochschulen ¹	
	Studierende je					
	Lehrperson ²	Professor	Lehrperson ²	Professor	Lehrperson ²	Professor
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	15,9	21,3	-	-	15,9	21,3
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	3,7	56,8	3,2	52,1	81,0	124,2
Ingenieurwissenschaften	25,5	46,2	20,4	66,8	28,2	41,5
Kunst, Kunstwissenschaft	15,9	35,8	15,0	41,2	17,8	29,2
Mathematik, Naturwissenschaften	19,9	55,4	18,6	59,7	26,7	43,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	28,9	68,5	29,7	98,5	27,9	49,7
Sport	38,5	166,2	38,5	166,2	-	-
Sprach- und Kulturwissenschaften	28,0	95,9	28,1	96,4	19,1	43,3
Insgesamt	18,6	62,7	16,4	77,3	26,6	43,8

1 Ohne Verwaltungsfachhochschulen. – 2 Wissenschaftliches/künstlerisches Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal) nach der organisatorischen Zugehörigkeit.

Quelle: Personalstatistik, Studierendenstatistik

AT 29 Laufende Grundmittel für Lehre und Forschung 1995–2008

Jahr	Studierende	Laufende Grundmittel	Laufende Grundmittel je Studierenden		
			insgesamt	Personal- ausgaben	laufender Sachaufwand
Anzahl		1 000 EUR			
1995	80 691	412 077	5,11	2,89	2,21
1999	80 582	494 405	6,14	4,46	1,67
2000	81 178	504 947	6,22	4,46	1,76
2002	91 123	563 353	6,18	4,42	1,76
2003	96 139	568 317	5,91	4,26	1,65
2004	99 138	566 772	5,72	4,00	1,72
2005	101 845	561 263	5,51	3,84	1,67
2006	103 156	634 659	6,15	4,15	2,00
2007	105 630	622 222	5,89	3,78	2,11
2008	107 116	647 606	6,05	3,79	2,26

Quelle: Hochschulfinanzstatistik

AT 30

Studienanfängerinnen und -anfänger, Studierende, Absolventinnen und Absolventen sowie wissenschaftliches und künstlerisches Personal 2009 nach Hochschulen

Hochschule ¹	Studienanfänger im 1. Hochschulsesemester		Studierende		Absolventen		Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	5 198	5,3	34 224	-0,1	4 154	10,4	2 737	-15,0
Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz	x	x	x	x	x	x	1 712	32,5
Technische Universität Kaiserslautern	2 202	-4,5	11 978	7,0	1 456	4,1	1 332	12,8
Universität Trier	2 576	-18,0	14 226	-0,1	1 336	-11,3	1 284	1,7
Universität Koblenz-Landau	2 534	49,1	12 486	4,4	1 894	14,4	1 035	-0,1
Theologische Fakultät Trier	52	-29,7	419	-3,5	18	12,5	34	-
Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar	9	-40,0	217	5,9	40	5,3	30	-14,3
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	7	-12,5	329	-9,9	51	27,5	160	-11,1
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung, Vallendar	187	33,6	613	36,8	187	-12,6	228	16,3
Fachhochschule Bingen	552	0,4	2 440	3,3	323	17,9	134	25,2
Fachhochschule Kaiserslautern	1 091	0,1	5 402	1,0	807	10,9	405	16,7
Fachhochschule Koblenz	1 557	-0,6	6 685	5,5	1 134	3,0	475	0,4
Fachhochschule Ludwigshafen	930	5,9	4 016	6,6	832	19,9	301	-0,3
Fachhochschule Mainz	897	12,1	4 209	-0,9	952	25,3	320	-0,9
Fachhochschule Trier	1 551	12,3	6 334	1,9	1 215	29,3	471	12,1
Fachhochschule Worms	586	-2,3	2 740	-0,5	500	14,4	189	3,8
Katholische Fachhochschule Mainz	225	11,9	961	6,2	170	9,7	109	-1,8
Fachhochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg	89	43,5	236	12,4	70	34,6	68	-
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	449	12,3	1 496	5,9	428	0,9	121	6,1
Fachhochschule für Finanzen, Edenkoben	150	-4,5	467	5,4	115	-0,9	30	-
Sonstige deutsche Hochschulen ²	x	x	x	x	92	100	x	x
Hochschulen im Ausland ²	23	228,6	x	x
Insgesamt	20 842	4,2	109 478	2,2	15 797	9,2	11 175	2,4

¹ Studienanfänger: Kalenderjahr 2009; Studierende und Personal: Wintersemester 2009/10; Absolventen: Prüfungsjahr 2009. – ² In der Prüfungsstatistik wird die Hochschule der Letztmatrikulation erhoben.

Quelle: Studierendenstatistik, Prüfungsstatistik, Personalstatistik

AT 31

Empfänger von Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sowie finanzieller Aufwand 1999–2009

Jahr	Geförderte					Finanzieller Aufwand ¹			
	insgesamt	Frauen		Männer		insgesamt	davon		jährlicher durchschnittlicher Förderbetrag
		Zuschuss	Darlehen						
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 EUR			pro Kopf in EUR	
1999	2 452	354	14,4	2 098	85,6	7 948	1 068	6 879	4 051
2000	2 266	395	17,4	1 871	82,6	7 215	1 017	6 198	4 017
2001	2 329	435	18,7	1 894	81,3	7 618	1 021	6 598	3 968
2002	3 421	779	22,8	2 642	77,2	11 197	3 629	7 568	3 480
2003 ²	4 957	1 316	26,5	3 640	73,4	15 254	5 041	10 214	3 642
2004	5 551	1 531	27,6	4 020	72,4	15 847	5 141	10 706	3 591
2005 ²	5 803	1 588	27,4	4 214	72,6	16 161	4 981	11 180	3 534
2006	5 642	1 536	27,2	4 106	72,8	15 408	4 558	10 849	3 515
2007	5 521	1 557	28,2	3 964	71,8	15 205	4 533	10 672	3 515
2008	6 053	1 658	27,4	4 395	72,6	16 622	5 006	11 616	3 448
2009	6 585	1 671	25,4	4 914	74,6	19 633	6 045	13 588	3 753

¹ Rundungsdifferenzen möglich. – ² Im Datenmaterial dieser Jahre fehlt jeweils eine Angabe zum Geschlecht.

Quelle: Statistik der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG)

AT 32

Empfänger von Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2009 nach Ausbildungsstätten und Geschlecht

Ausbildungsstätte	Insgesamt		Frauen		Männer		Durchschnittlicher jährlicher Förderbetrag
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	%	Anzahl	%	pro Kopf in EUR
Maßnahmen an öffentlichen Schulen	2 036	9,9	432	21,2	1 604	78,8	4 273
Maßnahmen an privaten Schulen	333	5,4	116	34,8	217	65,2	4 159
Lehrgänge an öffentlichen Instituten	3 019	4,5	731	24,2	2 288	75,8	3 570
Lehrgänge an privaten Instituten	933	22,8	321	34,4	612	65,6	3 078
Fernlehrgänge an öffentlichen Instituten	48	14,3	11	22,9	37	77,1	1 564
Fernlehrgänge an privaten Instituten	216	11,3	60	27,8	156	72,2	1 671
Insgesamt	6 585	8,8	1 671	25,4	4 914	74,6	3 753

Quelle: Statistik der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG)

AT 33

Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sowie finanzieller Aufwand 1999–2009

Jahr	Geförderte						Finanzieller Aufwand ¹			
	insgesamt	Frauen		Männer		durchschnittlich pro Monat	insgesamt	davon		monatlicher durchschnittlicher Förderbetrag ²
		Anzahl		%				Zuschuss	Darlehen	
							1 000 EUR		pro Kopf in EUR	
1999	20 803	11 457	55,1	9 346	44,9	13 123	47 489	30 024	17 465	302
2000	21 234	11 689	55,0	9 545	45,0	13 198	48 438	30 627	17 810	306
2001	24 849	13 724	55,2	11 125	44,8	15 077	62 489	39 510	22 979	345
2002	28 494	15 822	55,5	12 672	44,5	17 914	74 905	47 116	27 789	348
2003	31 071	17 305	55,7	13 766	44,3	19 785	81 698	51 138	30 561	344
2004	32 835	18 473	56,3	14 362	43,7	20 995	86 011	54 085	31 926	341
2005	33 662	19 168	56,9	14 494	43,1	21 327	87 623	55 004	32 619	342
2006	34 017	19 410	57,1	14 607	42,9	21 690	88 363	55 941	32 423	339
2007	33 928	19 513	57,5	14 415	42,5	21 500	87 339	55 420	31 919	339
2008	35 191	20 459	58,1	14 732	41,9	21 839	94 109	59 628	34 480	359
2009	37 963	22 020	58,0	15 943	42,0	23 729	111 122	70 053	41 069	390

1 Rundungsdifferenzen möglich. – 2 Bezogen auf die durchschnittlich je Monat Geförderten.

Quelle: Statistik der Bundesausbildungsförderung (BAföG)

AT 34

Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 2009 nach Ausbildungsstätten und Geschlecht

Ausbildungsstätte	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr in %	Frauen		Männer		Durchschnittlicher monatlicher Förderbetrag ¹
	Anzahl		Anzahl	%	Anzahl	%	EUR
Gymnasien	611	-5,3	386	63,2	225	36,8	411
Berufsfachschulen ²	8 127	11,6	5 301	65,2	2 826	34,8	255
Fachschulen ³	790	5,2	236	29,9	554	70,1	452
Fachhochschulen	8 409	5,9	3 815	45,4	4 594	54,6	440
Wissenschaftliche Hochschulen	16 805	7,9	10 755	64,0	6 050	36,0	421
Übrige Ausbildungsstätten	3 221	7,5	1 527	47,4	1 694	52,6	416
Insgesamt	37 963	7,9	22 020	58,0	15 943	42,0	390

1 Bezogen auf die durchschnittlich je Monat Geförderten. – 2 Einschließlich Fachschulklassen, deren Besuch keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. – 3 Nur Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt.

Quelle: Statistik der Bundesausbildungsförderung (BAföG)

AT 35

Landesorganisationen der Weiterbildung 2009 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden und Teilnehmenden

Landesorganisation	Veranstaltungen		Weiterbildungsstunden		Teilnehmende		Darunter Frauen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Arbeit & Leben Rheinland-Pfalz gGmbH	400	0,9	10 137	1,4	6 619	0,9	41,5
Bildungswerk des Landessportbundes	3 354	7,2	58 790	7,8	42 019	5,5	70,3
Evangelische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	6 320	13,6	40 606	5,4	119 497	15,7	78,4
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	5 998	12,9	57 422	7,7	122 918	16,2	73,0
Landesarbeitsgemeinschaft „Anderes Lernen“	1 013	2,2	17 686	2,4	23 213	3,1	84,4
Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung	5 901	12,7	25 399	3,4	139 093	18,3	89,3
Verband der Volkshochschulen	23 424	50,5	540 291	72,0	305 662	40,3	69,2
Insgesamt	46 410	100	750 331	100	759 021	100	75,2

Quelle: Statistik nach dem Weiterbildungsgesetz

AT 36

Sachgebiete der Weiterbildung 2009 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden und Teilnehmenden

Sachgebiete	Veranstaltungen		Weiterbildungsstunden		Teilnehmende		Darunter Frauen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Geisteswissenschaften, Eltern- und Familienbildung, Erziehungswissenschaften	3 140	6,8	35 418	4,7	63 670	8,4	83,8
Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung	14 229	30,7	171 391	22,8	207 210	27,3	85,3
Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung	6 651	14,3	86 110	11,5	98 403	13,0	75,9
Nachholen von Schulabschlüssen	129	0,3	29 034	3,9	2 097	0,3	46,5
Philosophie, Theologie, Religion, Weltanschauung	3 533	7,6	16 750	2,2	78 018	10,3	75,3
Politik, Gesellschaft, Gleichstellung	3 267	7,0	27 882	3,7	72 486	9,5	66,7
Sachgebietsübergreifende Maßnahmen	1 397	3,0	80 292	10,7	21 060	2,8	68,5
Sprachen	6 755	14,6	218 879	29,2	67 462	8,9	69,8
Umwelt, Technik, Naturwissenschaften	1 914	4,1	27 073	3,6	27 810	3,7	60,5
Wirtschaft, kaufmännische Praxis	2 270	4,9	40 716	5,4	36 695	4,8	55,0
Zeitgeschichte, Geschichte, Länderkunde	3 125	6,7	16 786	2,2	84 110	11,1	70,8
Insgesamt	46 410	100	750 331	100	759 021	100	75,2

Quelle: Statistik nach dem Weiterbildungsgesetz

Glossar

Absolventenquote, Hochschulen

Die (Netto-)Absolventenquote gibt an, wie hoch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Die Berechnung erfolgt, wie bei der Studienanfängerquote, nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

Allgemeinbildende Schulen

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Realschulen plus, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen und Förderschulen. Die bisher existierenden Regionalen Schulen und Duale Oberschulen wurden durch die Schulstrukturreform zum 1. August 2009 in Realschulen plus überführt. Eine Sonderstellung nehmen Kollegs und Abendgymnasien ein. Dies sind Einrichtungen des zweiten Bildungsweges, an denen nach 3-jähriger Ausbildung die allgemeine Hochschulreife (Abitur) im Ganztags- oder Teilzeitunterricht (berufsbegleitend) erlangt werden kann.

Ausbildungsbereiche

In der Berufsbildungsstatistik werden die Ausbildungsbereiche Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe), Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, Freie Berufe und Hauswirtschaft unterschieden. Die Zuordnung der Auszubildenden richtet sich entsprechend dem Berufsbildungsgesetz vielfach nach der Art des Ausbildungsberufes und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebes zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich. Dies führt unter anderem im öffentlichen Dienst dazu, dass die nachgewiesene Zahl an Auszubildenden nicht das vollständige Ausbildungsvolumen dieses Bereiches abbildet. Ein für den Beruf des Gärtners Auszubildender bei einer Stadtverwaltung wird beispielweise dem Bereich Landwirtschaft zugeordnet, weil die Landwirtschaftskammer die für seine Ausbildung zuständige Stelle ist.

Ausbildungsförderung

Die staatlichen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sind Gegen-

stand jährlicher Statistiken zur Ausbildungsförderung. Ausgewertet werden Angaben zur finanziellen und sozialen Situation der Geförderten, zur finanziellen Situation unterhaltspflichtiger Ehegatten beziehungsweise Verwandter, die Höhe und Zusammensetzung der finanziellen Bedarfe sowie die festgesetzten Förderbeträge.

Auszubildende

Als Auszubildende werden Personen nachgewiesen, die auf der Grundlage eines Berufsausbildungsvertrages in einem nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung anerkannten Lehrberuf ausgebildet werden. Nicht zu den Auszubildenden zählen Praktikantinnen und Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre, Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter, Umschülerinnen und Umschüler sowie Schülerinnen und Schüler, die in einem Vollzeitbildungsgang an einer berufsbildenden Schule oder einer Schule des Gesundheitswesens ausgebildet werden.

Bachelor

Der Bachelor ist der erste berufsqualifizierende Studienabschluss. Die Regelstudienzeit beträgt üblicherweise sechs Semester. Eingeführt wurde der Bachelor in Deutschland im Zuge der Bologna-Reform Ende der 90er-Jahre. Mit der Reform soll erreicht werden, dass Abschlüsse und Prüfungsleistungen im europäischen Hochschulraum besser vergleichbar und wechselseitig anerkannt werden.

Berufsbereiche

Die Berufsbereiche fassen als oberste Einheit der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen „Klassifizierung der Berufe 1992“ jene Berufe zusammen, die sich nach den Arbeitsaufgaben und der allgemeinen Art der Tätigkeit ähneln. Die fachlich näher zueinander gehörenden, ihrer Berufsaufgabe und Tätigkeit nach verwandten Berufe, sind in verschiedene Berufsgruppen zusammengefasst.

Berufsbildende Schulen

Diese Schulart umfasst mehrere Schulformen. An einer beruflichen Schule (Verwaltungs- bzw. Organisationseinheit) können parallel mehrere Schulformen (beispielsweise Berufsschule und berufliches

Gymnasium) geführt werden. An berufsbildenden Schulen können sowohl berufsbildende als auch allgemeinbildende Abschlüsse erlangt werden, letztere sowohl eigenständig, als auch zusätzlich zu einer beruflichen Qualifikation. In Rheinland-Pfalz existieren folgende Formen der berufsbildenden Schulen: Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufsoberschulen I, Berufsoberschulen II, Duale Berufsoberschulen, Berufliche Gymnasien und Fachschulen. Die Schulen des Gesundheitswesens nehmen eine Sonderstellung ein.

Berufsbildungssystem

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben ein länderübergreifendes Datenset für das Indikatorensystem Ausbildungsberichterstattung entwickelt. Zur Darstellung des gesamten Ausbildungsgeschehens wurden hierfür die verschiedenen beruflichen Bildungsgänge zu Sektoren und Konten zusammengefasst. Die hier dargestellten Bereiche basieren auf Daten der Statistik der berufsbildenden Schulen und der Schulen des Gesundheitswesens.

Es können fünf Bereiche beziehungsweise Konten unterschieden werden:

- Die duale Berufsausbildung: Dieser Sektor beinhaltet die Berufsausbildung im Dualen System in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO). Sie findet parallel in einem Ausbildungsbetrieb und in einer Berufsschule statt.
- Das Schulberufssystem: Ausgewiesen werden hier Ausbildungsgänge in vollzeitschulischer Form, die zu einem Abschluss in einem gesetzlich anerkannten Beruf führen.
- Das Übergangssystem: In diesem Bereich werden berufliche und allgemeinbildende Bildungsangebote ausgewiesen, die zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern das Ziel haben, die Kompetenzen von Jugendlichen zu verbessern, um ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung oder einer anerkannten Berufsausbildung zu ermöglichen.
- Der Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung: Hierzu gehören Bildungsgänge, die vorrangig auf den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung

zielen. Dazu zählen Bildungsgänge an beruflichen Gymnasien, an Berufsoberschulen und an Dualen Berufsoberschulen.

- Die berufliche Fortbildung: In diesen Sektor fallen Fortbildungsprogramme an Fachschulen ohne die Bildungsgänge im Bereich Sozialwesen.

Beschäftigte

Beschäftigte sind gemäß der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation ILO diejenigen Personen im Alter von 15 Jahren und älter, die während der untersuchten Bezugswoche der Arbeitskräfteerhebung mindestens eine Stunde für ein Gehalt (Arbeitnehmer) oder für einen Gewinn (Selbstständige und unentgeltlich mithelfende Familienangehörige) arbeiten oder einen Arbeitsplatz haben, aber vorübergehend nicht zur Arbeit gehen (beispielsweise aufgrund von Krankheit oder Urlaub) und eine formelle Bindung an ihren Arbeitsplatz haben. (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsindikatoren im Ländervergleich, 2010 Wiesbaden, S.80)

Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote ist gemäß der Definition in den ILO-Richtlinien der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtzahl der Bevölkerung gleichen Alters.

Besuchs- und Betreuungsquote (Kinder- und Jugendhilfestatistik)

Unter Besuchsquote wird bei getrennter Betrachtung der Betreuung in einer Tageseinrichtung und der Inanspruchnahme von Kindertagespflege jeweils der Anteil der versorgten Kinder an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe verstanden. Bezogen auf die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege zusammen wird dieser Wert als Betreuungsquote bezeichnet.

Betreuungsrelation (Hochschulen)

Diese Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlich/künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten. Nicht berücksichtigt wird hierbei das drittmittelfinanzierte Personal. Die Berechnung erfolgt zudem ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Bildungsausländer

Als Bildungsausländer werden die ausländischen Studierenden nachgewiesen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland beziehungsweise an einem Studienkolleg erworben haben.

Bildungsinländer

Als Bildungsinländer werden ausländische Studierende bezeichnet, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland, aber nicht an einem Studienkolleg erworben haben.

Bildungspersonal

Bildungspersonal wird entsprechend der Abgrenzungen in der Bildungspersonalrechnung verstanden als „das in Einrichtungen des Bildungswesens beschäftigte Personal. Dies umfasst sowohl das pädagogische beziehungsweise wissenschaftliche als auch das sonstige Personal. Zum pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personal zählen Kindertagespflegepersonen, das im Gruppendienst tätige Personal in Kindertageseinrichtungen (ohne Personen in Berufsausbildung), Lehrkräfte in Schulen sowie das wissenschaftliche und künstlerische Personal in Hochschulen. Für den internationalen Vergleich (Elementarbereich) sind Zweitkräfte an Kindertageseinrichtungen, die über keinen Abschluss des Tertiärbereichs verfügen, nicht einbezogen. Zum sonstigen Personal zählen das Leitungs-, Verwaltungs- und hauswirtschaftliche/technische Personal in Kindertageseinrichtungen, Personal in Schulen im mittleren und einfachen Dienst sowie das Verwaltungs- und technische Personal in Hochschulen (ohne Personen in Berufsausbildung).“ (Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld 2010, S. 25).

Bologna-Reform

In der sogenannten Bologna-Erklärung aus dem Jahr 1999 brachten 29 europäische Staaten ihren Willen zum Ausdruck, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Zu den Zielen gehörte die Etablierung eines einheitlichen Systems gestufter Studiengänge, dessen erste Stufe der berufsqualifizierende Bachelorabschluss ist, an den sich ein Masterstudium anschließen kann.

Drittmittel

Drittmittel sind Mittel, die von den Hochschulen zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt (Grundausrüstung) bei öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden. Sie können der Förderung von Forschung, Entwicklung und Lehre sowie der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen.

Erfolgsquote (Berufsbildungsstatistik)

Zur Berechnung der Erfolgsquote werden die bestandenen Prüfungen eines Berichtsjahres auf alle Prüfungen dieses Berichtsjahres bezogen.

Einmündungsquote (Duale Berufsausbildung)

Die Einmündungsquote gibt die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge je 100 Schulabgängerinnen und -abgänger allgemeinbildender Schulen wieder.

Fächergruppen

Ein Studienfach ist die in Prüfungsordnungen festgelegte Bezeichnung für eine wissenschaftliche oder künstlerische Disziplin, in der ein Studienabschluss möglich ist. Mehrere verwandte Fächer werden zu Studienbereichen und diese wiederum zu Fächergruppen zusammengefasst.

Fachgebundene Hochschulreife

Die fachgebundene Hochschulreife wird in Rheinland-Pfalz seit dem Schuljahr 2005/06 an Berufsoberschulen II angeboten. Im Gegensatz zur allgemeinen Hochschulreife wird für die Erlangung dieses Abschlusses nur eine Fremdsprache benötigt. Die fachgebundene Hochschulreife vermittelt die Zugangsvoraussetzung für Fachhochschulen und für ausgewählte Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten).

Fachhochschulreife (schulischer Teil)

Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe, die die Schule ohne den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife verlassen, können frühestens nach dem Besuch von zwei Schulhalbjahren der Qualifikationsphase den Antrag auf Feststellung des Erwerbs des schulischen Teils der Fachhochschul-

reife stellen. Für die Erlangung des praktischen Teils der Fachhochschulreife muss zudem ein mindestens 1-jähriges Praktikum nachgewiesen werden.

Fachsemester

Fachsemester sind die in einem Studiengang absolvierten Semester. Soweit diese von der Hochschule anerkannt werden, zählen hierzu auch Semester aus anderen Studiengängen im In- und Ausland. Die Fachsemesterzahl kann von der Zahl der Hochschulsemester abweichen, da Hochschulsemester nicht an einen bestimmten Studiengang gebunden sind.

Fachstudienanfänger

Fachstudienanfängerinnen und -anfänger sind Studierende im ersten Semester eines bestimmten Studiengangs. Hierzu zählen auch jene Studierende, die vor Aufnahme dieses Studiums bereits in einem anderen Studiengang eingeschrieben waren. Die Zahl der Fachstudienanfängerinnen und -anfänger eines Studienjahres ergibt sich aus den Studienanfängerinnen und -anfängern eines Sommersemesters und des darauffolgenden Wintersemesters.

Fach- und Gesamtstudiedauer

Die Fachstudiedauer gibt die durchschnittliche Zahl der Ausbildungssemester an, die in einem bestimmten Studiengang bis zum Abschluss verbraucht werden. Die Gesamtstudiedauer bezieht sich auf die Zahl der Semester, die insgesamt im Hochschulsystem belegt werden.

Förderschwerpunkt

Unter dem Begriff „Förderschwerpunkt“ wird der amtsärztlich festgestellte sonderpädagogische Förderbedarf eines Schülers nachgewiesen.

Es werden sieben Förderschwerpunkte unterschieden:

- Soziale und emotionale Entwicklung,
- Ganzheitliche Entwicklung,
- Hören,
- Motorische Entwicklung,
- Lernen,
- Sehen und
- Sprache.

Förderquote

Die Förderquote entspricht dem prozentualen Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den Schülern mit Vollzeit-schulpflicht (Klassenstufe 1 bis 10 und Förderschulen).

Ganztagsschulangebote in Rheinland-Pfalz

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz drei verschiedene Formen der Ganztagschule: die Angebotsform, die verpflichtende Form und die offene Form.

■ Angebotsform

Die Ganztagschule in Angebotsform sieht an mindestens vier Tagen pro Woche ein Ganztagsangebot von 8:00 bis 16:00 Uhr vor. Schülerinnen und Schüler können die Teilnahme an diesem Angebot frei wählen. Nach der Anmeldung ist die Teilnahme allerdings für ein Jahr bindend.

■ Verpflichtende Form

Bei Ganztagschulen in verpflichtender Form erstreckt sich der Unterricht in der Regel auf vier Nachmittage in der Woche. Unterrichtliche und außerunterrichtliche Veranstaltungen sind zu einer organisatorischen Einheit miteinander verbunden. Die Teilnahme am Ganztagsschulangebot ist für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend.

■ Offene Form

Die Ganztagschule in offener Form legt einzelne Unterrichtsveranstaltungen auf den Nachmittag und bietet darüber hinaus eine außerunterrichtliche Betreuung an. Betreuungskräfte werden vom Schulträger bereitgestellt. Die Ganztagschule in offener Form kann mit Zustimmung des Schulträgers nach Anhörung der Gesamtkonferenz und des Schulleiternbeirats ohne Beteiligung der Schulbehörde eingerichtet werden.

Gaststudium

Das Gasthörerstudium wird von vielen Hochschulen angeboten. Es ermöglicht interessierten Personen – auch ohne Hochschulzugangsberechtigung – den Besuch einzelner Lehrveranstaltungen und Kurse. Gasthörer haben jedoch keinen Studierendenstatus und können keine Prüfungen ablegen. Seit dem

Wintersemester 2004/05 können Hochschulen in Rheinland-Pfalz für die Teilnahme an einem Gaststudium bis zu 250 Euro Gebühren verlangen.

Hochschularten

Als Hochschulen werden alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen bezeichnet. Die Hochschularten dienen der Zusammenfassung gleichartiger Hochschulen. In Rheinland-Pfalz gibt es:

- Universitäten,
- Theologische Hochschulen,
- sonstige wissenschaftliche Hochschulen,
- Fachhochschulen und
- Verwaltungsfachhochschulen.

Hochschulzugangsberechtigung

Hochschulzugangsberechtigung ist ein Sammelbegriff für alle Bildungsabschlüsse, die zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigen. In Deutschland existieren drei Arten der Hochschulzugangsberechtigung:

- die Fachhochschulreife,
- die fachgebundene Hochschulreife und
- die allgemeine Hochschulreife.

Die Hochschulzugangsberechtigung kann auf verschiedensten Bildungswegen unter anderem auch durch berufliche Qualifizierung erreicht werden. Studienbewerber aus dem Ausland ohne anerkannte Hochschulzugangsberechtigung können diese an einem Studienkolleg erlangen.

ISCED-Klassifikation

Die ISCED-Klassifikation (International Standard Classification of Education) ist eine internationale Standardklassifikation des Bildungswesens, die ursprünglich von der UNESCO entwickelt wurde. Die ISCED Bildungsstufen (in der Fassung von 1997) gelten als Standard für internationale Vergleiche von Bildungssystemen und -abschlüssen.

Nach ISCED wird das Bildungswesen in sieben Bereiche untergliedert:

- Elementarbereich (ISCED 0): Kindergärten, Schulkindergärten, Elementarbereich an Förderschulen,
- Primarbereich (ISCED 1): Grundschulen, Freie Waldorfschulen, Förderschulen (Jahrgangsstufen

1 bis 4) sowie Grundschulteil organisatorisch verbundener Schulen,

- Sekundarbereich I (ISCED 2): Schulartübergreifende Orientierungsstufe, Hauptschule, Realschule, Realschule plus, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Freie Waldorfschule, Förderschule (Jahrgangsstufen 5 bis 10), Berufsvorbereitungsjahr,
- Sekundarbereich II (ISCED 3): Gymnasium und Integrierte Gesamtschule (Jahrgangsstufen 11 bis 13), Fachoberschule, duale Berufsausbildung, Berufsfachschule, Beamtenausbildung für den mittleren Dienst,
- Postsekundärer, nicht tertiärer Bereich (ISCED 4): Berufs-/Technische Oberschule, Fachoberschule,
- Tertiärer Bereich, Phase 1 (ISCED 5): Hochschule, Fachschule, Fachakademie, Schulen des Gesundheitswesens (2- oder 3-jährig),
- Tertiärer Bereich, Phase 2 (ISCED 6): Promotionsstudium, Habilitation.

Juniorprofessur

Die Juniorprofessur wurde im Jahr 2002 mit der Novelle des Hochschulrahmengesetzes eingeführt. Sie ermöglicht jungen Wissenschaftlern mit hervorragender Promotion einen direkten Einstieg in Forschung und Lehre, um sich auf diesem Wege ohne die bisher übliche Habilitation für die Berufung auf eine Lebenszeitprofessur zu qualifizieren.

Laufende Ausgaben (Hochschulen)

In die Berechnung der laufenden Ausgaben (laufende Grundmittel) werden diejenigen Mittel einbezogen, die der Hochschulträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Diese werden ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (zum Beispiel für Personal und sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungs- und Drittmiteleinahmen abgezogen werden. Bei der Berechnung der laufenden Ausgaben bleiben die Investitionsausgaben unberücksichtigt.

Lehrkräfte

Als hauptamtliche bzw. hauptberufliche Lehrkräfte werden beamtete und nicht beamtete Personen in Voll- oder Teilzeitbeschäftigung (einschließlich gemäß § 87 a LBG unterhältig Teilzeitbeschäftigten) nur

an ihrer Stammschule gezählt. Zu den nebenamtlichen bzw. nebenberuflichen Kräften zählen neben den „reinen“ nebenamtlich bzw. beruflich Tätigen auch Lehrkräfte, die außerhalb ihrer Stammschule unterrichten, beispielsweise als abgeordnete oder teilabgeordnete Lehrkräfte. Da diese bereits an ihrer Stammschule als hauptamtliche Lehrkräfte gezählt werden, zählen sie beim Einsatz an einer oder mehreren weiteren Schule/n dort zur Gruppe „nebenamtliche bzw. nebenberufliche/sonstige Kräfte“.

Mainzer Studienstufe

Mitte der 70er-Jahre wurde, einer Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vom 7. Juli 1972 folgend, in allen Bundesländern die gymnasiale Oberstufe reformiert. Mit Beginn des Schuljahres 1975/76 führte auch Rheinland-Pfalz ein reformiertes Oberstufenmodell für die Klassenstufen 11 bis 13 an allen Gymnasien ein. Dieses Modell ist auch für den Oberstufenunterricht an Integrierten Gesamtschulen bindend. In den Jahrgangsstufen 11 bis 13 wird der Unterricht ausschließlich in einem Kurssystem erteilt, das den Schülerinnen und Schülern innerhalb eines vorgegebenen Rahmens Wahlfreiheit bei der Bestimmung von drei Hauptfächern (Leistungskursen) und von Grundfächern (Grundkursen) zugeht. Durch die Verkürzung der 13. Jahrgangsstufe erhalten die Schülerinnen und Schüler ihr Abiturzeugnis spätestens am 31. März eines jeden Jahres.

Master

Der Master ist ein akademischer Abschluss, der nach einem zwei- bis viersemestrigen Studium erreicht werden kann. Masterstudiengänge setzen üblicherweise einen ersten Hochschulabschluss voraus und dienen der beruflichen und akademischen Weiterqualifizierung.

Zu unterscheiden sind:

- konsekutive (weiterführende) Masterstudiengänge, die auf einem speziellen Bachelorstudiengang aufbauen,
- nicht-konsekutive Masterstudiengänge, die inhaltlich nicht auf ein vorangegangenes Bachelorstudium aufbauen und

- weiterbildende Masterstudiengänge, die neben einem Hochschulabschluss eine qualifizierte berufspraktische Tätigkeit von nicht unter einem Jahr voraussetzen.

Eingeführt wurde der Master in Deutschland im Zuge der Bologna-Reform Ende der 90er-Jahre. Der Master ist den „klassischen“ Hochschulabschlüssen wie Diplom und Magister gleichgestellt und berechtigt zur Promotion.

Median

Für die Fachstudiendauer wird der Median ausgewiesen. Dieser teilt die Verteilung in zwei gleiche Hälften. Anders als der Durchschnittswert (arithmetisches Mittel) ist der Median weniger anfällig gegenüber Ausreißern.

Migrationshintergrund

Seit dem Jahr 2005 erhebt die amtliche Statistik im Rahmen des **Mikrozensus** Angaben zum Migrationshintergrund. Personen mit Migrationshintergrund sind in dieser Statistik wie folgt definiert: Alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Dieses weite Migrationsverständnis berücksichtigt neben der Staatsangehörigkeit auch die individuelle (1. Generation) und familiäre Migrationserfahrung (2. und ggf. weitere Generation(en) einer Person).

Das Merkmal Migrationshintergrund fehlt in den meisten der hier dargestellten Bildungsstatistiken (beispielsweise Berufsbildungsstatistik und Hochschulstatistik) oder ist abweichend definiert. Abweichende Definitionen werden in den entsprechenden Kapiteln angegeben. Sie finden sich in den Statistiken der Kindertagesbetreuung und in der Schulstatistik. Die **Statistiken der Kindertagesbetreuung** stellen einen Migrationshintergrund fest, wenn mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist.

In der **Schulstatistik** wird ein Migrationshintergrund nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern angenommen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- nichtdeutsches Geburtsland oder
- nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie beziehungsweise im häuslichen Umfeld.

MINT-Fächer

MINT ist eine Abkürzung für die Fachgebiete Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. In der Studierendenstatistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften (einschließlich Informatik).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge werden solche Verträge gezählt, die im Berichtsjahr geschlossen und bis zum 31. Dezember nicht vorzeitig gelöst wurden. Es werden demnach die Fälle (neu abgeschlossene Ausbildungsverträge) und nicht die Personen gezählt. Dies hat zur Folge, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Auszubildenden keine Teilmenge der Zahl der Auszubildenden am 31. Dezember des Berichtsjahres ist. In der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sind auch Anschlussverträge enthalten. Diese Anschlussverträge beziehen sich auf Personen, die bereits eine zweijährige Berufsausbildung abgeschlossen hatten und die Berufsausbildung in einem drei- oder dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf fortführen, also keine „Auszubildenden“ sind.

Nichtversetzte

Nichtversetzte sind die Schülerinnen und Schüler, die zum Ende des Schuljahres das Klassenziel nicht erreicht haben. Die Nichtversetztenquote gibt den Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern an. Zu unterscheiden sind Nichtversetzte von den sogenannten Wiederholern. Als Wiederholer gelten Schülerinnen und Schüler, die eine Klassenstufe wegen Nichtversetzung oder freiwillig zum wiederholten Mal durchlaufen.

Prüfungsjahr

Hochschulabsolventen werden in der amtlichen Statistik üblicherweise nach Prüfungsjahren ausgewiesen. Ein Prüfungsjahr setzt sich aus einem Wintersemester und dem folgenden Sommersemester zusammen.

Quotensummenverfahren

Im Gegensatz zur Studienberechtigtenquote wird die Studienanfängerquote (wie auch die Absolventenquote) im Quotensummenverfahren errechnet. Hierfür wird zunächst für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger berechnet. Diese Anteile werden anschließend addiert und ergeben so die Studienanfängerquote für die Gesamtbevölkerung.

Regelstudienzeit

Die Regelstudienzeit ist die Semesterzahl, die nötig ist, um einen Studiengang bei zügigem und intensivem Studium zu absolvieren.

Schulen des Gesundheitswesens

Die Schulen des Gesundheitswesens vermitteln eine Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsberufe. Sie nehmen eine Sonderstellung zwischen der bundeseinheitlich geregelten betrieblichen Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung und dem rein länderrechtlich geregelten schulischen Ausbildungsteil des dualen Ausbildungssystems ein. Sie können als staatlich anerkannte Privatschulen organisiert, aber auch an ein Krankenhaus angegliedert und über dessen Pflegesätze finanziert werden. Die Abschlüsse sind staatlich anerkannt. Die Ausbildung der Gesundheitsfachberufe erfolgt fast vollständig an diesen Schulen. Bis zum Schuljahr 2008/09 wurde die Erhebung über die Schulen des Gesundheitswesens auf freiwilliger Basis durchgeführt. Seit dem Schuljahr 2009/10 besteht eine gesetzliche Auskunftspflicht.

Schulstrukturreform

Am 22. Dezember 2008 verabschiedete der rheinland-pfälzische Landtag mit Artikel 7 des „Landesgesetzes zur Änderung der Schulstruktur“ das „Lan-

desgesetz zur Einführung der neuen Schulstruktur im Bereich der Sekundarstufe I" (SchulstrukturEinfG). Dieses Gesetz regelt unter anderem das Errichtungsverfahren für die neuen Realschulen plus. Durch die Schulstrukturreform wurden zum 1. August 2009 alle Regionalen Schulen und Dualen Oberschulen in Realschulen plus überführt. Für die noch existierenden Haupt- und Realschulen wird eine schrittweise Überführung in die Realschulen plus zum 31. Juli 2013 angestrebt.

Schulstufen

Durch Schulstufen wird das allgemeinbildende Schulwesen in Bildungsabschnitte gegliedert. Nach dieser Einteilung werden Vorklassen und Schulkindergärten zum Elementarbereich gezählt. Die Klassenstufen 1 bis 4 sind dem Primarbereich (Grundstufe), die Klassenstufen 5 bis 10 dem Sekundarbereich I und die Jahrgangsstufen 11 bis 13 dem Sekundarbereich II zugeordnet.

Klassen mit Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung werden den Kategorien „Grundstufe“, „Mittelstufe“, „Oberstufe“ und „Werkstufe“ zugeordnet.

Schul- und Förderschulkindergärten

Diese Einrichtungen werden an Grund- oder Förderschulen geführt. Die Fördermaßnahmen beschränken sich vorzugsweise auf Kinder, die vom Schulbesuch zurückgestellt wurden.

Studienanfänger

Als Studienanfängerinnen und -anfänger werden Studierende bezeichnet, die im ersten Hochschulsemester an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind. Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger eines Studienjahres ergibt sich aus den Studienanfängerinnen und -anfängern eines Sommersemesters und des darauffolgenden Wintersemesters.

Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Als regionale Bezugsgröße kann entweder das Bundesland,

in dem die Studienberechtigung erworben wurde, oder das Bundesland, in dem der Studienort liegt, gewählt werden. Die Berechnung erfolgt nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der Abgängerinnen und Abgänger berufsbildender und allgemeinbildender Schulen mit Hochschulreife an der Bevölkerung (zum 31. 12. des Vorjahres) im Alter zwischen 18 und 20 Jahren an.

Studienjahr

Studienanfänger werden in der amtlichen Statistik üblicherweise nach Studienjahren ausgewiesen. Ein Studienjahr setzt sich aus einem Sommersemester und dem folgenden Wintersemester zusammen.

Studierende

Studierende sind in einem Fachstudium als Haupt- und Nebenhörer eingeschriebene Personen ohne Beurlaubte, Gasthörer und Studienkollegiaten. Die Zahl der Studierenden wird jährlich zu Beginn des Wintersemesters erhoben.

Vertragslösungsquote

Die Vertragslösungsquote wird hier nach dem sogenannten „einfachen Verfahren“ berechnet. Hierfür werden alle Vertragslösungen eines Berichtsjahres auf die Zahl der Neuabschlüsse dieses Jahres bezogen, zuzüglich der Vertragslösungen in der Probezeit.

Vollzeitäquivalente (Vollzeitlehrereinheiten)

Vollzeitäquivalente sind standardisierte Vergleichsgrößen, auf deren Grundlage Personalkapazitäten beurteilt werden können. Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente an Hochschulen wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet. Für den Schulbereich werden sogenannte „Vollzeitlehrereinheiten“ errechnet. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen/hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nebenamtlichen Lehrkräfte in sogenannte Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften hinzu addiert.

Wanderungssaldo (Studierendenstatistik)

Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Verhältnis der ab- und zuwandernden Studierenden. Er gibt an, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in einem anderen Bundesland erworben haben. Ein positiver Wanderungssaldo bedeutet, dass ein Land mehr Studierende anderer Bundesländer aufnimmt, als es „exportiert“.

Weiterbildungsstatistik nach dem Weiterbildungsgesetz

In der Weiterbildungsstatistik nach dem Weiterbildungsgesetz wird ausschließlich die Arbeit der sieben staatlich anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung erfasst. Weiterbildungsaktivitäten anderer Anbieter sind in dieser Statistik nicht enthalten.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Referat „Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“ und Referat „Bildung“

Titelfoto: Hartmann Fotodesign, Taunusstein / JGU

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Satz: Fotoheadliners Krüll GmbH, Düsseldorf

Erschienen im Februar 2011

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:
http://www.statistik.rlp.de/stat_analysen/bildung/KennzahlenBildung.pdf

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.